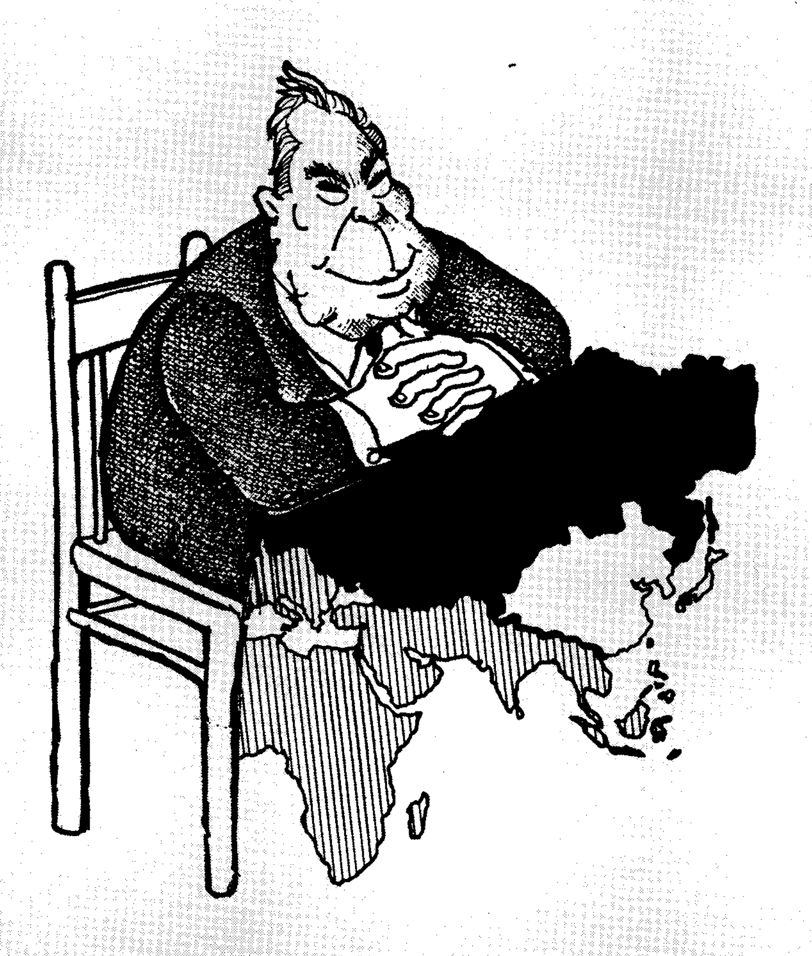


# Sowjetunion und Dritte Welt

# impressum

**blätter des iz3w**

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun, Florence Buchmann, Iris Cramer, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Nevendu Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendungen von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/ 28 26 19
Druck: SOAK Hannover, Tel.0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, 6304 Lollar, Telefon: 06406/5127





Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40, . Ermäßigtes Jahresabonnement (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende; nur direkt über den Verlag: DM 30,

Schweiz: SFR 40,-- (bzw. 30, )
Österreich: ÖS 300,-- (bzw. 230, )
Übriges Ausland: DM 44,-- (bzw. DM 34,--)
Luftpostabonnements:
Europa DM 52, (bzw. DM 42, )
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: DM 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: DM 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: DM 76, (bzw. DM 66, )

Einzelpreis: **DM 5,– / SFR 5,– / ÖS 37,–**

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

**Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:** 19. Juli 1983

Einem Teil der Auflage liegt der Verlagsprospekt der SOAK bei.


*Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.*



## VERGESSEN

In unserer letzten Ausgabe (Nr. 109, Mai 1983) haben wir vergessen, die Autor(inn)en folgender Berichte zu erwähnen: Seite 14, Zimbabwe, »Schadenfreude unangebracht«: Susanne Habicht. Seite 24, Sri Lanka, »Der Weg in die Diktatur«: Ulrich Dornberg, Ludgeristraße 61, 4400 Münster.

Die Redaktion

# NACHRICHTEN UND BERICHTE



# Arbeitsteilung in der NATO

**Am 14. Mai dieses Jahres erschreckte die „Frankfurter Rundschau" ihre Leser mit der Überschrift „USA fordern 80.000 Reservisten von Bonn". Untertitel: „Bei Krise Entlastung für Truppen in Europa." „Die Bundesregierung", so war zu lesen, „soll den US-Truppen in Europa rund 80.000 Reservisten für den Fall zur Verfügung stellen, daß die US-Streitkräfte in einen Konflikt außerhalb der NATO-Region verwickelt würden und deswegen in Europa entstehende Lücken gefüllt werden müßten". Diese Forderung des US-Verteidigungsministeriums würde im Militärausschuß der NATO diskutiert und käme Ende des Monats auf die Tagesordnung der NATO-Frühjahrstagung. Anlaß zu der Forderung hätte ein „South-West-Asia-Impact-Study" betiteltes Papier gegeben (1). Was steckt hinter dieser Meldung?**

In der November-Ausgabe der „blätter des iz3w" wurde über die „Schnelle Eingreiftruppe" der USA berichtet (2); eine Interventionsstreitmacht, deren vorrangiges – aber nicht ausschließliches – Einsatzgebiet Südwestasien (3) ist. Begründet wurde die Aufstellung dieser Truppe hauptsächlich mit der sowjetischen Präsenz in Afghanistan, die angeblich die Ölfelder am Persischen Golf bedrohe. Weil die Roh-Ölversorgung aus diesem Gebiet für die Westeuropäer und Japaner jedoch sehr viel wichtiger sei als für die USA, so wurde bereits im Frühjahr 1980 argumentiert, müßten diese sich an der gemeinsamen Aufgabe beteiligen. Hierzu versuchten die USA den Europäern zwei Modelle nahezubringen: (A) Entweder die europäischen Verbündeten beteiligen sich direkt an der Eingreiftruppe und stellen eigene Einheiten zur Verfügung (Partizipationsmodell) oder (B) sie übernehmen innerhalb des NATO-Bereichs die Aufgaben US-amerikanischer Truppen, damit diese für einen Einsatz am Golf frei werden (Kompensationsmodell) (4). Bereits im April 1980 legte Robert W. Komer, damals der dritte Mann im Pentagon, in Brüssel einen Plan vor, der u.a. forderte: „Die Alliierten werden ersucht Programme aufzustellen, um im Falle eines Konfliktes schnell Reservestreitkräfte einberufen zu können, die an die Stelle von amerikanischen Truppen zu treten hätten, welche ihrerseits im Mittleren Osten gebraucht würden." (5). „Arbeitsteilung" hieß das neue Zauberwort. Nachdem sich NATO-Generalsekretär Luns im darauffolgenden Monat einmal mehr gründlich verplapperte (6), wurde erstmals deutlich, daß im Falle einer US-Intervention in Südwestasien Teile der in der BRD stationierten 7. US-Armee abgezogen würden.

Nachdem die US-Regierung zunächst die Modelle A *und* B verfolgte, zeichnete sich sehr schnell ab, daß eine direkte Beteiligung der Europäer nur teilweise zu erreichen sein würde. Margaret Thatcher bekannte sich öffentlich zur Unterstützung (7), Frankreich ließ keinen Zweifel an den rein nationalen Einsatzkriterien seiner beträchtlichen Interventionstruppen, erklärte sich aber zu einer Zusammenarbeit bereit (8). Die seit Amtsantritt der Reagan-Administration nunmehr sehr nachdrücklich vorgetragenen Forderungen richteten sich an die als zurückhaltend und zögernd kritisierte Bundesregierung. Im November 1980 befaßte sich das Kabinett mit dem Poblem. Rechtliche Fragen spielten eine besondere Rolle. Das Grundgesetz sieht in Artikel 87 a (2) eine erhebliche Beschränkung für den Einsatz der Bundeswehr vor: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Gesetz es ausdrücklich zuläßt." Ein vom Auswärtigen Amt erarbeitetes Rechtsgutachten vom 17.12.80 stellte fest: „Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre ... im gegenwärtigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt" (9). Bonn wurde wegen dieser „legalistischen" Verteidigungsposition kritisiert (10), blockte so aber Beteiligungsforderungen ab. Wegen des anhaltenden Druckes der USA und weil ein vorsichtiges Abrücken von der „bisherige(n) machtpolitischen Abstinenz" (11) den Vorstellungen Helmut Schmidts und H.-D. Genschers durchaus entsprach, gab Schmidt die Losung von der „vernünftigen Arbeitsteilung" aus (12): Die Bundesregierung wählte das Kompensationsmodell, das kleinere und politisch unverfänglichere Übel.

Im NATO-Rahmen wurden die Abschlußkommuniques des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC), die auch von Herrn Apel abgesegnet wurden, von Sitzung zu Sitzung schärfer formuliert. Während man im Mai 1980 noch unverbindlich blieb, „stimmten die Minister" im Dezember 1981 bereits „darin überein, daß ... von Bündnismitgliedern verlangt werden kann, Dislozierungen (13) ausserhalb des NATO-Gebietes zur Förderung der lebenswichtigen Interessen aller zu erleichtern" (14). „Im Klartext: Wenn britische oder amerikanische Verbände in die Golfregion und nach Südwest-Asien geschickt werden, weil es da „stinkt" und von dort Hilferufe kommen, dann wird vor allem die Bundesrepublik als Transit-Stelle dienen müssen – Anlandung in Bremerhaven, Weitertransport zum Frankfurter Rhein-Main-Flughafen und von dort per Luft in die Krisenregion" (15). Im Dezember 1981 schließlich „bestätigten" die Minister „die Notwendigkeit verstärkter kooperativer Planung und nahmen zur Kenntnis, daß die zuständigen Stellen des Bündnisses einen Bericht über die Auswirkungen auf die NATO-Untersuchung, die sich aus amerikanischen Plänen für den Schnellen Eingreifverband ergeben, prüfen wer-

den" (16). Hiermit ist sehr unverständlich jene „South-West-Asia-Impact Study" angesprochen, mit der ermittelt werden sollte, welche Auswirkungen auf die NATO eine US-Intervention am Golf hätte und von der im FR-Artikel die Rede ist. Bereits auf dieser Dezembertagung nannten US-Vertreter die Zahl von „bis zu 80.000" US-Soldaten im Nachschub- und Versorgungsbereich, die abgezogen würden (17).

Die Dementis aus dem Bundesverteidigungsministerium auf den FR-Artikel vom 14. Mai erfolgten unverzüglich. Peter-Kurt Würzbach, Wörners Stellvertreter, bezeichnete die Meldung als „falsch". Wörner hingegen wollte den Washingtoner Forderungen eine „deutliche Abfuhr" erteilen (18), um wenig später festzustellen: „Es gibt keine Anforderung von 80.000 Reservisten" (19).

Tatsächlich dürfte es eine Forderung nach *„zusätzlichen"* 80.000 nicht geben. In dem Artikel verweist die FR auf das am 15. April 1982 unterzeichnete deutsch-amerikanische Regierungsabkommen „über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in *Krise und Krieg"* (20) (englisch: „Wartime Host Nation Support", WHNS). In beiden Fällen wird die Bundeswehr 93.329 Reservisten mobilisieren, welche die Versorgung von sechs US-Divisionen übernehmen werden. Diese Divisionen sollen im Kriegsfall nach Mitteleuropa eingeflogen werden. Eine Garantie hierfür geben die USA aber auch im WHNS-Abkommen nicht (21).

Die im Abkommen verwendeten Termini geben jedoch Anlaß zur Sorge! „Es muß einen triftigen Grund geben, wenn für Umstände, die das Grundgesetz mit den Begriffen „Spannungsfall" und „Verteidigungsfall" faßt, die grundgesetzfremden Begriffe (Krise und Krieg, d. Verf.) gewählt werden, „dann kann man davon ausgehen, „daß hier nach diplomatischem Usus sorgfältig vorformuliert, ausgehandelt und ausformuliert wurde" (22). Obwohl die FR berichtete, die neue US-Forderung „hat mit diesem Vertrag nichts zu tun" (23), gibt es Indizien für einen engen Zusammenhang. Der Jahresbericht des US-Verteidigungsministers Caspar Weinberger, läßt keinen Zweifel an den erheblichen Anforderungen im Versorgungs- und Nachschubbereich, die im Interventionsfall aufträten. Was liegt näher als die benötigten Versorgungsverbände aus Europa statt aus den USA einzufliegen? Weinberger: „Wenn wir eine überlebensfähige konventionelle Verteidigungsfähigkeit in Europa und Südwestasien aufrechterhalten wollen, müssen wir deshalb zweiseitige Abkommen über *host nation wartime support* von US-Truppen erlangen" (24).

Neben dem bereits zitierten Komer-Papier vom April 1980 nun einen weiteren Beleg, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: So schreibt das Sprachrohr der Rüstungslobby „Wehrtechnik": „Die USA lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sie Mittelost mit absoluter Priorität behandeln. Die im Krisenfall für Europa bestimmten Truppen und Materialien kommen dorthin. Die Europäer müßten mit Reservisten und voll Dienst tuenden Divisionen ... für die Sicherung Europas einspringen. Das sehe z.B. so aus:

– Ein Busunternehmer werde nicht Touristen nach Italien, sondern US-Soldaten nach Frankfurt bringen müssen.

– Am Kai von Bremerhaven werden deutsche Gabelstapler mit deutschen Zivilkräften Material auf deutsche Lkw verladen, die aus US-Schiffen Ausgeladenes nach Frankfurt zum Weitertransport per Luft schaffen.

– Deutsche Schulen müßten 'mal zehn Tage lang' zur Unterkunft für US-

...aber einen „gewissen Beitrag" für Golfregion

Haig: Ölversorgung auch militärisch sichern

London baut eine Eingreiftruppe für Spezialeinsätze auf

Europas Zugriff aufs Öl?

Von der Fähigkeit zum Eingreifen




*„Mach' dir keine Gedanken, Elfi, sicher ist das nur ein lokal beschränktes Geplänkel!"*

Soldaten auf dem Weg nach Mittelost dienen...
*Der „Host Nation Support" wird zum Kernthema für den deutschen Sonderbeitrag zur Sicherung des Mittleren Ostens* durch die USA und einige Alliierte" (25).
Zu diesem Schluß kam auch der SPD-MdB Herberholz. Ihm wurde auf seine Anfrage beschieden: „Von einer Automatik des Hereinziehens der Bundesrepublik Deutschland in kriegerische Konflikte außerhalb des NATO-Vertragsbereiches kann ... keine Rede sein" (26). Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Die BRD bereitet „arbeitsteilig" die Intervention mit vor: Neuer deutscher Imperialismus! Gemäß Art. 1 des WHNS-Abkommens wird der Krisenfall – unter Ausschluß des Parlaments – auf Regierungsebene festgestellt. Zur Zeit wäre Herr Wörner hierbei entscheidend beteiligt. Er sprach sich bereits im Februar 1980 für eine Aufnahme der Sicherung der Öl- und Rohstoffversorgung ... in den Aufgabenkatalog der NATO" aus und war der Auffassung, „die NATO kann sich nicht länger nur als militärisches Verteidigungsbündnis begreifen". Im Sinne der Globalisierung der NATO dachte er an eine „Entlastung" der Amerikaner „vor allem" im „logistischen Bereich. Dabei müssen alle europäischen Staaten ihren Anteil leisten"
– Wir können uns auf Minister Wörner verlassen, daß er die ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten des WHNS-Abkommens ausschöpfen wird.

Epilog:
„Handlungen die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, daß friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, *insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten,* sind verfassungswidrig".
(Art. 26 (1) GG. Hervorhebung d.d. Verf.).

Thomas Horlohe

**Anmerkungen:**

1) Ulrich Mackensen, „USA fordern 80.000 Reservisten von Bonn", Frankfurter Rundschau v. 14.05.1983, S. 1 f.
2) Thomas Horlohe, Die „Schnelle Eingreiftruppe": Eine weltweite Interventionsdrohung gegenüber der Dritten Welt? in: blätter des iz3w Nr. 105, November 1982; S. 21 - 30.
3) Südwestasien bezeichnet die Territorien von Kenia, Somalia, Äthiopien, Djibouti, Nord- und Südjemen, Oman, den VAR, Saudi-Arabien, Iran,Irak, Afghanistan und Pakistan (im engeren Sinne), Sudan, Ägypten und Israel (im weiteren Zusammenhang).
4) Die Bezeichnungen der zwei Modelle sind nicht offiziell oder gebräuchlich, sondern die des Verfassers.
5) Richard Burt, „U.S. Asking Allies to Assume More of Military Burden", New York Times v. 14.4.1980, S. A 11
6) „Luns stiftet Verwirrung in Bonn", Süddeutsche Zeitung v. 8.5.1980
7) „London befürwortet internationale Eingreiftruppe", Frankfurter Rundschau v. 2.3.1981
8) „Druck auf Bonn: The Germans to the Front", Der Spiegel (35. Jg. Nr. 11) v. 9.3.1981, S. 19-25; hier: S. 20
9) ebd. S. 21
10) Vgl. Richard Burt, „Allies harm NATO, Senator Baker says", New York Times v. 14.11.1980, S. 17 und Herrmann Bohle, „NATO-Notizen", in: Wehrtechnik Nr. 4/1981; S. 12
11) „Druck auf Bonn..." (Anm. 8); S. 21
12) Robert W. Komer, Maritime Strategy vs.Coalition Defense, in: Foreign Affairs (Vol. 60, No 5) Summer 1982, S. 1124-1144, hier: 1137.
13) Der Begriff Dislozierung bezeichnet die räumliche Um- oder Neuverteilung von Streitkräften und Waffen zum Zwecke des Gefechts.
14) „Ausführungen des Generalsekretärs der NATO, Joseph Luns, vor der Presse in Brüssel am 9. Dezember 1981 über Inhalt und Ergebnisse der zweitägigen Tagung des Verteidigungsplanungsausschusses", in: Europa-Archiv Folge 5/1982; Seite D 149- D 151; hier: D 150 f.
15) Herrmann Bohle, „NATO-Notizen", in: Wehrtechnik Nr. 6/1981; S. 12
16) „Kommunique über die Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses der NATO in Brüssel am 1. und 2. Dezember 1982, „in: Europa-Archiv Folge 4/1983; S. D 82 - D 85, hier: D 84 unter 8.
17) „NATO missile Plans on Ministers Agenda", International Herald Tribune v. 29.11.1982, S. 2. Die FR kommt mit ihrem Bericht demnach 5 Monate nach diesem Korrespondentenbericht und nicht „als erste Zeitung", wie sie es von sich am 21.5. d. J. behauptete.
18) „Wörner will Weinberger auf Finanzgrenzen hinweisen", Frankfurter Rundschau v. 21.5.1983; S. 2
19) Horst Schreitter-Schwarzenfeld, „Die Stationierung läuft nach Plan", Frankfurter Rundschau v. 1.6.1983, S. 2
20) Vgl. Bundesgesetzblatt Jg. 1982, Teil II, S. 450 - 459 (Herv h. V.)
21) Zur Problematik der teilweisen Identität von US-Verstärkungen für Europa und den Verbänden der Eingreiftruppe vgl. Horlohe, „Die Schnelle Eingreiftruppe ..." (Anm. 2), Tabelle 2
22) Wilhelm Nolte, 'Wartime Host Nation Support' und die Wiedergeburt der Vorwärtsstrategie, in: Frankfurter Hefte (37 Jg. Heft 10) Oktober 1982; S. 17 – 25; hier: S. 17
23) Mackensen, „USA fordern..." (Anm 1) S. 1
24) Caspar W. Weinberger, Annual Report to Congress, Fiscal Year 1983, Washington D. C., 1982, S. III - 113
25) Herrmann Bohle, „NATO-Notizen", in: Wehrtechnik Nr. 4/1981; S. 12 (Herv. V.)
26) Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1736; S. 3
27) Wolf J. Bell, „Wörner: NATO-Aufgaben neu definieren", Bonner General-Anzeiger, v. 2.2.1980, S. 17

Chile

# Das chilenische Volk findet zur Tradition seiner Kämpfe zurück



Am 10. Mai fällt um 21 Uhr in Santiago plötzlich die Stromversorgung aus. Es ist Winter und die Stadt bleibt eine Stunde lang dunkel.
Was ist vorgefallen?
Die chilenische Widerstandsbewegung hat mit der Einleitung dessen begonnen, was später als der nationale Protest des 11. Mai bekannt wird.
Während die Sicherheitskräfte der Diktatur Pinochets ergebnislos die Verursacher suchen und die Schäden beheben, arbeitet der Widerstand im Stillen und gut organisiert. Es werden Flugblätter verteilt, Fassaden beschriftet und Plakate geklebt, die zur Unterstützung des nationalen Protests für den nächsten Tag aufrufen.
Es gibt unterschiedliche Erwartungen im Land. Was wird geschehen? Die Diktatur vertraut auf die Repressionskraft der Armee und der C.N.I. (Central de Informaciones, zivile Geheimpolizei, mit Spezialtraining zur Repression). Den Aufruf zum nationalen Protest, der von den Arbeitern der Kupferminen in Gang gebracht wird, zusammen mit anderen Gewerkschaftsorganisationen, beantwortet die Diktatur mit der Mobilisierung von tausenden Soldaten und Polizeikräften in Richtung auf die wichtigsten Städte des Landes, wie Santiago, Valpariaso und Concepcion.
Die besondere Bedeutung dieser Städte liegt in diesem Falle in der hohen Konzentration von Arbeitern, in ihnen befinden sich die größten Universitäten des Landes. So werden diese Städte auch militärisch besetzt und die Fabriken und Industrieanlagen kontrolliert. Gepanzerte Fahrzeuge patrouillieren in den Straßen um Furcht zu verbreiten.
Also erhebt sich die Frage: Wird das chilenische Volk den Aufruf zum Protest annehmen, nach fast 10 Jahren brutaler Militärdiktatur?
Werden sich die Arbeiter, Studenten, Bauern, Bewohner der Elendsviertel, den Repressionskräften entgegenstellen? Werden sie die militärische Einkreisung durchbrechen, trotz der Panzerwagen und Maschinenpistolen?
Die militärische Repression hatte für die Bevölkerung die Verhaftung von mehr als 150 000 Menschen aus politischen Gründen zur Folge, mehr als 30 000 Inhaftierte wurden ermordet, über 2 500 Festgenommene sind „verschwunden" und eine Million Chilenen im Exil, bei einer Bevölkerung von knapp 12 Millionen Einwohnern.
Dieser 11. Mai wird für die Chilenen von großer Bedeutung, denn der nationale Protest wird massiv befolgt. Zum ersten Mal nach dem Staatsstreich gibt es eine breite Einigung unter den Basisorganisationen.
Die Arbeiter der zweitgrößten Kupfermine der Welt legen die Arbeit nieder, in Santiago stehen sieben Fabriken still und der Rest schließt sich an in Protesten am Arbeitsplatz.
In Concepcion streiken 80 % der Metallarbeiter, die Arbeiter der nationalen Raffinerien gehen mittags auf die Straße, statt in die Kantine, um gegen die Regierung zu protestieren. Die Frauen demonstrieren in den Straßen, sie schlagen auf leere Kochtöpfe, um gegen den Hunger zu protestieren. Bankangestellte legen den Bankbetrieb lahm und 300 Anwälte streiken.
Im ganzen Land schicken Eltern ihre Kinder nicht in die Schule, zum Zeichen ihres Protests. In Santiago besetzen Medizin- und Pädagogikstudenten die Universität. Die Polizei dringt in die Universitäten ein und nimmt viele Besetzer fest. Die Jurastudenten machen vor dem Unigelände einen Sitzstreik.
In Santiago, Valparaiso und Concepcion besetzen Studenten, Schüler und die Basisorganisationen die Straße. Sie errichten Barrikaden, zünden Autos und Autoreifen an und skandieren Parolen gegen die Regierung.
In Santiago stehen den Studenten Polizeieinheiten in Zivil gegenüber, die speziell in Südafrika ausgebildet wurden.
34 Seminaristen und der Priester Luis Valenzuela von der Theologischen Fakultät der katholischen Universität werden von der Polizei verhaftet.
Am selben Abend noch erklärt der In-

nenminister Enrique Montero in einem Bericht an den Präsidenten Augusto Pinochet, „die Situation hat sich normalisiert".
In den Tagen nach den Demonstrationen verhängt die Regierung eine Gesetzesverordnung gegen den Radiosender „Cooperativa Vitalicia" der Christdemokraten, da dieser den Aufruf zur Unterstützung des nationalen Protestes ausgestrahlt hatte und über dessen Verlauf berichtet hatte.
In dieser Verordnung wird dem Sender verboten, nationale Nachrichten auszustrahlen, er darf nur noch Sportnachrichten bringen und die offiziellen Erklärungen der Regierung.
Die Medien werden kontrolliert; so erscheint zum Beispiel die Tageszeitung 'El Mercurio', ein Regierungsblatt, in den ersten Tagen nach dem 11. Mai mit weißen Stellen im Text, die die Zensur veranschaulichen.
In der Nähe von universitären Einrichtungen gab es viele Festnahmen. Man beobachtete einen geringeren Verkehr der öffentlichen Verkehrsmittel, die Presse berichtete über viele „Miguelitos" (Krähenfüße, Nägel, die sich in Autoreifen bohren) auf den Straßen und entsprechende Pannen.

Der Präsident der C.T.C. (Vereinigung der Kupferarbeiter) Rodolfo Sequel erklärte, daß man versuchte die Leiter der Organisation zu isolieren, indem man die Telefonleitungen unterbrach. Er sagte, daß 70 % der Arbeiter des Landes an dem „Tag des aktiven friedlichen Protests" teilgenommen hatten, um ihre Ablehnung gegen das Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialsystem zu demonstrieren, das ihnen die Militärdiktatur aufnötigt; es gab verschiedene Aktionen wie: die Kinder nicht in die Schule zu schicken, nicht in den Läden einzukaufen, den Verkehr mit niederer Geschwindigkeit zu behindern, und nicht in den Kantinen und Sammlungsorten zu erscheinen. Politische Gefangene traten in den Hungerstreik, um ihre Unterstützung zu zeigen.
Nach den Demonstrationen kontrollierten die Patrouillen der C.N.I. die Armenviertel und schossen auf den 15-jährigen Victor Rodriguez und auf den 22jährigen Taxifahrer Andres Fuentes. Beide befanden sich im Moment ihrer Ermordung an ihrer eigenen Haustüre.
Die Demonstranten wurden von Wasserwerfern und gepanzerten Fahrzeugen eingeschüchtert.
Nach den Demonstrationen wurden die Vertreter der Kupferminenarbeiter verhaftet, aber nach einer Woche aufgrund der Drohung eines unbefristeten Streikes der Minenarbeiter wieder freigelassen. Sie mußten sehr hohe Geldstrafen bezahlen und ein Gerichtsverfahrer wurde gegen sie eingeleitet.
Die traurige Bilanz des Tages sind 150 Verletzte und 350 Verhaftete.
Zwei Tage nach dem 11. Mai durchkämmen die Polizeikräfte auf brutale Art die Armenviertel von Santiago,



*Santiago, 14. Mai 1983: Militär umstellt die Arbeiterviertel.*

schlagen Männer, Frauen und Kinder und zerstören die wenigen Wertgegenstände der Bewohner. Alle Männer über 14 Jahre werden verhaftet, es werden über 3 000 Gefangene gemacht.
Das Stadion 'Chile' in Santiago füllt sich mit politischen Gefangenen und die Regierung weigert sich, offizielle Angaben über die Zahl der Verhaftungen zu machen. Es gibt 600 Verschwundene, über deren Verbleib man den Familien die Auskunft verweigert.
Das chilenische Volk hat seine kämpferische Tradition wiedergefunden, trotz der unterdrückerischen Politik der neuen Verfassung und des von der Diktatur durchgesetzten Wirtschaftsmodells, welches den Interessen der in- und ausländischen Monopolgruppen dient.
Die Unterdrückung führt dazu, daß sich bei Parteien, Gewerkschaften und kulturellen Organisationen, die das Volk sich geschaffen und durch die es in der Zeit der 'Unidad Popular' eine hohe Mobilisation erreicht hatte, Angst breitmachte.
Diese Organisationen waren nun nicht mehr in der Lage, sich zu äußern. So mußte das Volk ganz neu beginnen sich zu organisieren und zahlte dafür einen hohen Preis an Menschenleben, Gefangenen, Relegierten und Ausgewiesenen. Ab 1978 begann das Volk allmählich, aber immer deutlicher, sich zu erheben. Das chilenische Proletariat hat eine lange Erfahrung und Kampftradition, mit der es sich heute der Diktatur entgegenstellt.
Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß die Arbeiterbewegung sich wieder erholt und organisiert und ihre lange historische Tradition wieder aufgreift, die 10 Jahre Diktatur nicht haben auslöschen können.
Im Kampf gegen die von der Diktatur aufgezwungenen Institutionen, wurde 1981 ein nationaler Forderungkatalog aufgestellt und es wurden alternative Gewerkschaftsverbände ins Leben gerufen, um die von der Diktatur aufgezwungenen Organisationen zu unterlaufen. Es muß betont werden, daß die neuen sozialen Bewegungen von Bewohnern der Elendsviertel, Studenten, Frauen, Arbeitern, Bauern und Arbeitslosen inmitten einer Diktatur entstehen, die das Volk politisch, wirtschaftlich und sozial brutal unterdrückt. Insofern hat die heutige Volksbewegung ein höheres Bewußtsein, als zur UP-Zeit, denn dieses Niveau ist unter Bedingungen erreicht worden, die so ungünstig waren, wie nie zuvor.
Die Streiks der Kupferarbeiter und bei Madeco, Panal und Colbun-Machicura 1982 zeigen klare Entschlossenheit und gute Organisation.
Im Falle des Streiks bei der Textilfirma Panal, besetzen die Arbeiter die Fabrik und es gab eine umfassende Solidarität von Seiten der Studenten, die Lebensmittel sammelten. Während der 60 Streiktage wurden kulturelle Veranstaltungen organisiert. Bei der Baufirma Colbun-Machicura handelte es sich um einen illegalen Streik, der auf regionaler und nationaler Ebene von den Volksorganisationen unterstützt wurde und gut organisiert und sehr kämpferisch war.
Die obdachlosen Bewohner der Elendsviertel haben sich organisiert und die Besetzungen von Grundstücken werden immer häufiger, in Santiago gab es einmal vier davon innerhalb von 24 Stunden.
Am 8. März haben die Frauenorganisationen in Santiago, Valparaiso und Concepcion den internationalen Tag der Frau mit kulturellen Veranstaltungen und Straßendemonstrationen begangen, unter dem Motto: „Brot, Arbeit, Freiheit."
Die Universitätsstudenten haben protestiert und versucht, mit Hungerstreik die Demokratisierung der Universitäten zu erreichen.
Die organisierten Arbeitslosen haben

einen Dachverband geschaffen und mit der Unterstützung der Volksorganisationen Hungermärsche organisiert.

Aber trotz der Repression kämpft das Volk weiter und die Gewerkschaften haben jetzt gemeinsam mit allen Volksorganisationen für den 14. Juni zu einem zweiten Tag des nationalen Protestes aufgerufen.

**Von der Wirtschaftskrise zur politischen Krise**

Vom Zeitpunkt des Militärputschs 1973 ab haben sich die großen Kapitalisten und die Militärs bemüht, eine neue Klassenallianz herauszubilden, einen Machtblock zu schaffen, dessen Kern das große Finanzkapital sein sollte, repräsentirt durch inländische Monopolgruppen, die eng mit den Multinationalen Konzernen verknüpft sind und die ein Bündnis mit den Militärs eingingen. Hinzu kam die Agrarbourgeoisie, sowohl die Produzenten traditioneller landwirtschaftlicher Produkte für den einheimischen Markt, als auch die Produzenten landwirtschaftlicher Exportprodukte. Hinzu kamen ferner Teile des mittleren Kapitals und kleine Transportunternehmer, Handwerker, kleine Industrielle, Technokraten des Regimes und Manager, Offiziere und auch kleine Teile der Arbeiterschaft, die durch die regimetreuen Gewerkschafter integriert wurden, sowie Teile der katholischen Kirche.
Zwischen 1974 und 1975 festigte sich die Hegemonie des Bündnisses zwischen großem Finanzkapital und Militärs und dieses Bündnis ordnete sich die übrigen Fraktionen des Bürgertums unter.
Auf der institutionellen Ebene drückte sich dieses Verhältnis in einer sehr rigiden Militärdiktatur aus und in der Durchsetzung eines neuen, dogmatischen Wirtschaftsmodells, das auf einer völligen Liberalisierung des inneren Marktes und des Außenhandels beruht und auf der drastischen Senkung der Staatsausgaben.
1980 versuchte dieses Klassenbündnis, den Prozeß der Konsolidierung des Regimes weiter voranzutreiben und mit der neuen Verfassung den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums und der Gesamtheit der chilenischen Gesellshaft ein politisches System aufzuzwingen, das den Bedürfnissen des Wirtschaftsmodells und des Regimes besser angepaßt sein sollte. (Neues Arbeitsgesetz, Privatisierung der Rentenversicherung, Privatisierung und Reorganisierung der Universitäten und des Erziehungswesens, Beseitigung der Berufsschulen, Verwaltungsreform (vgl. „blätter des iz3w" Nr. 96). Alle diese Maßnahmen zielten außerdem darauf ab, das Protestpotential und die Mobilisierungsfähigkeit einzudämmen, die die Volksbewegung seit 1978 zu entwickeln begonnen hatte.
Der völlige Stillstand der Volksbewegung als Folge des Militärputschs und der brutalen Unterdrückung war ab 1978 von einem schrittweisen Wiederaufleben abgelöst worden.

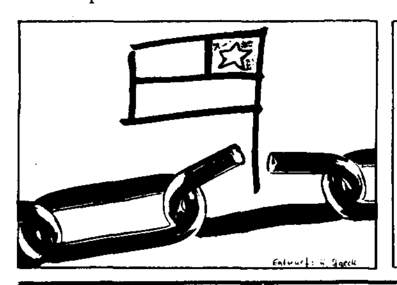
Diese Bewegung nahm gerade in dem Moment den Kampf wieder auf und wurde stärker, als die Wirtschaft die höchsten Wachstumsraten aufwies. Die Volksbewegung war schon zu einem aktiven Faktor des Klassenkampfes geworden,als im zweiten Halbjahr 1981 die chilenische Wirtschaft in die Rezession geriet, die durch die Weltwirtschaftskrise noch verstärkt wurde.
1979 war ein fester Wechselkurs zum Dollar beschlossen worden, um die Inflation einzudämmen. Da der chilenische Peso dadurch überbewertet war, verteuerten sich Exporte und verbilligten sich Importe. Dies führte zu Unzufriedenheit der Exporteure und hohen sozialen Kosten durch verschärfte Konkurrenz der Importe. 1982 verstärkte sich die Krise.
Alle Wirtschaftszweige wiesen einen absoluten Rückgang auf, mit Ausnahme von Bergbau und Fischerei, die um 4 % wuchsen.
Die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige waren die Bauwirtschaft mit einem Rückgang um 28,3 %, die Industrie (– 21 %) und der Handel (– 14 %).
die unteren Volksschichten waren die ersten, die die Wucht der Krise zu spüren bekamen. Im Juni 1982 schaffte das Regime die automatische Inflationsanpassung der Löhne ab, und als Ausgangspunkt für Tarifverhandlungen wurde das Lohnniveau von 1979 festgelegt, wodurch die Arbeiter Lohnerhöhungen von etwa 20 % verloren, die sie seit 1979 in Tarifverhandlungen durchgesetzt hatten. Nach den offiziellen Zahlen des Regimes erreichte die Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt 19,4 % und in Santiago 21,9 %. Realistische Schätzungen beliefen sich auf 25 – 30 %. Die Inflation erreichte 20,7 Prozent und die Kaufkraft aller Löhne und Gehälter sank um durchschnittlich 15 %.
Das dramatische Ausmaß der Krise zeigte sich im Bankrott von 1500



Firmen während eines Jahres und der Unfähigkeit fast aller Unternehmen, ihre Schulden bei der Bank zurückzuzahlen. 1982 überstieg die Auslandsschuld 18 Mrd. $ , wodurch Chile das Land mit der weltgrößten Auslandsschuld pro Kopf wurde. Die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner führte zum faktischen Zusammenbruch des gesamten Bankensystems. Hinzu kamen die hohen Schulden der Banken bei ausländischem Privatkapital und ihre Unfähigkeit, dem ausländischen Finanzkapital die Rückzahlung der Schulden zu garantieren. Die nicht zurückgezahlten Kredite, deren Zahlungsziel abgelaufen war, beliefen sich im Mai '82 auf 56,7 % des gesamten Kapitals und der Reserven der Banken.
Auf den Druck internationaler Banken hin, insbesondere des IWF, mußte die Militärregierung den Bankrott etlicher Banken und Finanzinstitute erklären und in anderen einen staatlichen Interventor einsetzen, zugleich übernahm der Staat die Auslandsschulden dieser Banken.
Zur gleichen Zeit führte die Krise zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft und beendete das Gleichgewicht der Kräfte, das sich nach dem Putsch etabliert hatte. Die soziale Basis des Militärregimes schwand dahin, ein allmählicher Auflösungsprozeß der sich deutlicher zeigte, als die Krise die Widersprüche verschärfte.

Das Regime erweist sich als unfähig, die Krise zu lösen, es begünstigt klar die Interessen des Finanzkapitals und antwortet auf die Forderungen anderer Teile des Bürgertums mit nutzlosen Beschwichtigungsversuchen (Kredite zur Produktionsförderung, Freigabe des Dollarkurses). Die bis dahin bestehende politische Hegemonie der Bourgeoisie verliert die Fähigkeit, dem Prozeß eine Richtung zu geben und einen Weg aus der Krise zu zeigen.
Die Klassenallianz, die von der Diktatur so gehätschelt worden war, löste sich auf. Die ersten, die nichts mehr damit zu tun haben wollten, waren die Mittelschichten, ihnen folgten die Großgrundbesitzer und schließlich diejenigen, die für den Export produzierten, ihnen allen hatte die feste Dollarparität schwer geschadet. Andere Maßnahmen des Regimes, wie z.B. die Erklärung des Bankrotts einiger Banken und die Einsetzung staatlicher Interventoren führten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bankiers und Industriellen. Man kann sagen, daß hierin der Keim einer politischen Krise liegt, die die Stabilität des Regimes bedroht.
Bis 1982 tendierten die Fraktionen des Bürgertums, die an der Macht waren, dazu, ihre Unterstützung für das Militärregime aufrechtzuhalten, aber es gleichzeitig unter Druck zu setzen, damit ihre unmittelbaren Forderungen erfüllt wurden. So verwandelte sich die





10 JAHRE MILITÄRDIKTATUR:

**FÜR CHILES FREIHEIT**

Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika

**24.–26. Juni 1983 in Münster**

In den Räumen der Päd. Hochschule, Fliednerstraße.

**Veranstalter: ESG, KSG und IK „Solidarität mit Chile" Münster in Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem ev.-kirchl. Bereich, den überregionalen Chile-Solidaritätsorganisationen und der Koordination der chilenischen Linken in der BRD.**

Anmeldung zum Kongreß . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .

Anmeldung zum Kongreß „**FÜR CHILES FREIHEIT!** Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika."

An das Kongreßbüro „Für Chiles Freiheit", Frauenstr. 3-7, 4400 Münster, Telefon 0251 / 4 56 06

Ich werde voraussichtlich vom . . . . . . . . . . (Tag) bis zum . . . . . . . . . . (Tag) am Kongreß teilnehmen.

☐ Ich bitte, mir einen möglichst preiswerten Schlafplatz zu besorgen, und zwar für . . . . . . . . . Nächte. Im Eintrittspreis von 25,– DM (16,– DM ermäßigt) ist der Vorbereitungsreader, der ab 10. Mai verschickt wird, enthalten.

Nach der schriftlichen Anmeldung wird ein Faltblatt mit dem ausführlichen Programm des Kongresses und eine Zahlungsaufforderung verschickt. Der Einzahlungsabschnitt gilt als endgültiger Anmeldungsbeleg.

Meine Anschrift . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . .
Name Straße, Haus-Nr. Ort Telefon

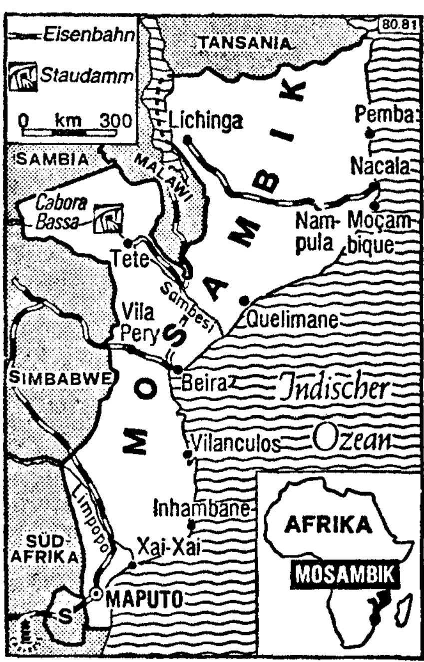
Regierung in einen Verwalter der Partikularinteressen dieser verschiedenen Fraktionen des Bürgertums. Die Wirtschaftspolitik des Regimes wurde so immer pragmatischer, sprunghafter und unzusammenhängender und damit erreichte sie nichts anderes, als die Wirtschaftskrise zu verschärfen und eine politische Krise einzuleiten.
Auf der Suche nach einer politischen Lösung kam die Bourgeoisie allmählich auf den Gedanken, daß das Militärregime nicht die beste Regierungsform sei, um die Krise ohne Komplikationen zu lösen und zu überwinden.
Dieser Auflösungsprozeß zeigte sich schon Anfang 1982 bei einer Kabinettsumbildung, der der Innenminister Sergio Fernandez zum Opfer fiel, der für eine politische Öffnung gegenüber der Opposition eingetreten war, um der sich abzeichnenden Krise entgegenzutreten.
Die Diktatur verwarf sein Projekt und setzte das (zum großen Teil aus Offizieren bestehende) sogenannte „Kriegskabinett" ein, das zu einem heftigen Kampf zwischen Militärs und „Chicago boys" um die Kontrolle der Ministerien und die Führung der Wirtschaftspolitik führte. Die hohen Offiziere nehmen auf die Ministerien Einfluß, deren Aufgabe die Führung der Wirtschaftspolitik ist; sie mischen sich auch in die interne Auseinandersetzung des Bürgertums ein, und so kam es zum „Kriegskabinett". Die Diktatur versuchte dann ein neues Kabinett zu bilden, mit einer höheren Beteiligung von Zivilisten.
Es wurde versucht, die Führung der Innen- und Wirtschaftspolitik einer bürgerlichen Fraktion zu übertragen, die die Großindustriellen repräsentiert und von dem Ex-Präsidenten Jorge Alessandri angeführt wird, aber die Bedingungen, die Alessandri stellte (politische Öffnung, Zulassung von Parteien, Zulassung eines Parlaments mit beschränkten Befugnissen) war für Pinochet nicht akzeptabel. Er entschied sich für ein Kabinett, das den multinationalen Konzernen Garantien geben sollte, und so kam der Doppelminister Rolf Lüders an die Macht (Wirtschaft und Finanzen), der die Politik der Lohnsenkung durchsetzte. In diesen Veränderungen zeigt sich der Handlungsspielraum, den der Diktator hat.
Die Verschärfung der Krise innerhalb der herrschenden Klasse und die Stärkung der demokratischen Kräfte des Volks kann zu einer Veränderung führen, hin zu einer neuen strategischen Etappe eines „Kräftegleichgewichts" zwischen Diktatur und Volk.

Rosa

**Quellen:** Punto Final, Solidarität El Mercurio, Chile dokumentation, Lateinamerika Nachrichten Nr. 109, 110, 111

Südafrika

# Südafrikanische Bomben auf Maputo




Der Angriff der südafrikanischen Luftwaffe auf angebliche Basen des ANC (African National Congress) in Matola bei Maputo wurde von der Regierung in Pretoria als Vergeltung für das Attentat auf das Hauptquartier der südafrikanischen Luftwaffe in Pretoria dargestellt. Nach südafrikanischen Angaben wurden dabei folgende Ziele getroffen: Eine zum Schutz verschiedener ANC-Stützpunkte in dem Gebiet errichtete SAM-Raketenstellung, das ANC-Hauptquartier für die Planung und Ausführung des städtischen Terrorismus in Transvaal, das Befehlszentrum für die Ausführung von Sabotageakten des ANC, das ANC-Lager für die Ausbildung zur Handhabung von Haftminen und allgemeinen Waffen mit Sprengstoff, das ANC-Hauptquartier für Logistik und ein ANC-Vorratsdepot. (1)
Journalisten und Diplomaten konnten vor Ort in Natola nichts entdecken, was derartigen militärischen Einrichtungen ähnlich gesehen hätte: Sechs Tote, darunter drei Kinder, Beschädigungen an Wohnhäusern, einem Kindergarten, einer Marmeladefabrik. Hätten die Mosambikaner den Pressevertretern und Diplomaten die zerstörten militärischen Einrichtungen verheimlicht, die Südafrikaner würden sie benannt haben.
Dieser Widerspruch hinderte die Berichterstatter der bundesrepublikanischen Medien nicht daran, die von Pretoria in ihrer Version unterstellte Kausalität von „schwarzem Terror und weißer Rache" (2) zu übernehmen.

**Zum Verhältnis zwischen Mosambik und Südafrika nach der Unabhängigkeit 1975**

Es ist allgemein bekannt, daß die FRELIMO, bei aller Solidarität mit dem ANC aus guten Gründen weder militärische Ausbildungslager der südafrikanischen Befreiungsorganisation, noch Sabotageaktionen in Südafrika von mosambikanischem Boden aus geduldet hat.
Vergegenwärtigt man sich das militärische Kräfteverhältnis zwischen Südafrika und Mosambik (Truppenstärke Südafrikas ca. 65 000, Mosambiks ca. 25 000; worin natürlich die technologische Unterlegenheit der mosambikanischen Streitkräfte nicht zum Ausdruck kommt), und berücksichtigt man, daß die Hauptstadt Maputo und mit ihr die bedeutendste Wirtschaftsregion des Landes, an der Grenze zur Republik Südafrika (RSA) liegen, dann wird schon allein daraus ersichtlich, wieso sich die FRELIMO genötigt sieht, alles zu vermeiden, was dem Apardheidregime in irgendeiner Weise Anlaß zu militärischen Interventionen bieten könnte. Dies gilt heute umso mehr, als der seit 1978 zunehmende Einfluß des südafrikanischen Militärs auf den politischen Entscheidungsprozeß, sich seit 1980 auch im Verhalten gegenüber den Nachbarländern in einer eskalierenden Agression manifestiert.
Darüber hinaus wird der außenpolitische Spielraum Mosambiks gegenüber der RSA durch die von den Portugiesen geerbten Abhängigkeitsbeziehungen eingeschränkt:

- der Hafen von Maputo ist in erster Linie auf die Ein- und Ausfuhrbedürfnisse von Transvaal, der Industrie- und Bergwerksregion im Norden der RSA, zugeschnitten. Zusammen mit den Überweisungen aus mosambikanischer Wanderarbeit in Südafrika bilden die Einnahmen aus der Benutzung von Eisenbahn- und Hafeneinrichtungen eine tragende Säule der Importkapazität Mosambiks. Dazu gibt es auf absehbare Zeit keine Alternative.
- durch die von den Portugiesen übernommenen vertraglichen Verpflichtungen aus dem Cabora-Bassa-Staudamm ergibt sich eine langfristige Bindung an Südafrika: Mosambik ist nicht nur darauf angewiesen, daß die RSA den Strom abnimmt

(der für die Südafrikaner nur 5 % des Gesamtverbrauchs ausmacht), um so die Kosten des Projekts zu bezahlen, sondern auch darauf, daß ein Teil der Energie über Südafrika zurückgeleitet wird, um die Hauptstadt und die diese umgebende Industrieregion mit Elektrizität zu versorgen.
- Mosambik ist in vielen Bereichen der Rohstoff- und Ersatzteillieferung von der RSA abhängig, trotz aller Versuche, diese Abhängigkeit abzubauen.

Für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Pretoria und Maputo nach 1975 lassen sich deutlich zwei Phasen unterscheiden. Es lohnt sich, dies vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung im südlichen Afrika nachzuzeichnen, weil daran in exemplarischer Weise verdeutlicht werden kann, welche Beweggründe das Verhalten des Apartheidregimes bestimmen.
Zwischen 1975 und 1980 herrschte im Verhältnis zwischen Mosambik und Südafrika ein pragmatisch-kooperativer Kurs vor, der von beiden Seiten gepflegt wurde.
Im November 1974, noch zur Zeit der Übergangsregierung in Lourenco Marques (später Maputo), erklärte der damalige südafrikanische Premier Vorster seine Genugtuung darüber, daß die Abkommen bezüglich Cabora-Bassa, die mosambikanischen Arbeitsemigranten und die Benutzung der Häfen (Maputo und Beiras) respektiert würden. Südafrika habe ein Interesse, mit der neuen Regierung gute Beziehungen zu unterhalten, er (Vorster) habe Garantien verlangt und erhalten, daß Mosambik keine Basen für Guerilla-Attacken gegen Südafrika zur Verfügung stellen werde. (3)
Unmittelbar nach der vollen Unabhängigkeit (25. 6. 1975) organisierten die South African Railways (SAR) die Reparatur mosambikanischer Eisenbahneinrichtungen. Nach der Massenflucht portugiesischer Fachkräfte bot die SAR 1976 administrative und technische Hilfe auf langfristiger Basis an, zur Aufrechterhaltung des Betriebs von Hafen- und Verkehrseinrichtungen. SAR-General-Manager Loubser sprach von Plänen, das mosambikanische Eisenbahnnetz mit dem südafrikanischen zu integrieren, und verband dies mit der Zusicherung, daß die südafrikanischen Exporte und Importe über Maputo langfristig steigen würden. (4)
Das Handelsvolumen zwischen beiden Ländern war bis 1980 im Steigen begriffen, z. T. begünstigt durch südafrikanische Kredite für mosambikanische Exporte. (5)
Die Trendwende in den Beziehungen zwischen Mosambik und der RSA wurde durch den ersten südafrikanischen Überfall im Januar 1981 markiert. Ein als FREMILO-Militär getarnter Kommandotrupp ermordete 12 ANC-Mitglieder. Die Aktion hatte *„nach Meinung zahlreicher, auch*



*Opfer des südafrikanischen Überfalls auf Maputo am 23. Mai 1983*

*südafrikanischer Beobachter keine direkte militärische Funktion. Vielmehr zielte diese Form der „newly aggressive foreign policy" (. . .) erstens darauf ab, angesichts der Anfang März abgehaltenen Wahlen für das weiße Parlament gegenüber dem rechten Flügel der herrschenden nationalen Partei ein deutliches Zeichen für Stärke und Entschlossenheit der Regierung zu setzen. Zweitens sollte dieser Überfall die Aufmerksamkeit und eventuelle Unterstützung der neuen, in ihren Umrissen eher konservativen und prosüdafrikanisch orientierten Afrika-Politik der Reagan-Administration erheischen, mit der sich die südafrikanische Regierung in der Bekämpfung des ‚internationalen Terrorismus' gerne Seite an Seite sehen möchte. (. . .) Drittens hatte laut General Viljoen die Kommandoaktion das Ziel, Mosambik stellvertretend für alle übrigen Nachbar- bzw. Frontstaaten ‚ein für alle Mal' zu verdeutlichen, daß deren ‚Sicherheit und Stabilität' bedroht sei, wenn sie ‚anti-südafrikanische Terroristen' beherbergten." (6)*

In der Folgezeit wurde zunehmend deutlich, daß Südafrika die ökonomisch abhängige Position Mosambiks zu mehr oder weniger offenen Formen ökonomischer Pressionen und Sabotage ausnutzte. Im August 1981 beispielsweise berichtet die Tageszeitung NOTICIAS, daß sich die Klagen mosambikanischer Firmen über Unregelmäßigkeiten bei der Belieferung aus Südafrika häuften. Ein Vertrag mit einem südafrikanischen Lieferanten von Saatkartoffeln sei storniert worden, nachdem 1000 Tonnen in nicht akzeptierbarem Zustand geliefert wurden und der Rest mit vier Monaten Verspätung ankam. Die Reisernte im Limpopotal (das die Nahrungsmittelversorgung der Hauptstadt sicherstellen soll) sei u. a. deshalb schlecht ausgefallen, weil keine Ersatzteile für Pflüge in Südafrika zu beschaffen waren. Während einer Cholera-Epidemie in Maputo hätten die Südafrikaner kein Chlorin geliefert, obwohl das Trinkwasser der Stadt bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich mit Chlorin aus Südafrika behandelt wurde. (7) Im März 1981 verhängte die SAR ein faktisches Trans-

port-Embargo, indem sie rollendes Material zurückhielt, auf das die Mosambikaner angewiesen waren. Südafrikanische Frachtschiffbesitzer erzählten mosambikanischen Geschäftspartnern, daß sie nur dann Eisenbahnwaggons für die Entladung ihrer Ware erhalten, wenn sie in südafrikanischen Häfen und nicht in Maputo entladen. Seit Anfang 1981 ging die Benutzung mosambikanischer Häfen durch einige der größten südafrikanischen Gesellschaften zurück. Die Mosambikaner sprachen von einer „Offensive gegen den Hafen von Maputo". (8)
Für Mosambik am folgenreichsten war jedoch die massive Unterstützung der oppositionellen Guerilla-Organisation „Nationale Widerstandsbewegung" (MNR) (9) durch Südafrika. Ihr gelang es, weite Landstriche zu verunsichern und ökonomisch lahmzulegen. Ursprünglich vom rhodesischen Geheimdienst gegründet und in erster Linie zu nachrichtendienstlichen Zwecken gegen ZANU-Basen in Mosambik eingesetzt, wurde die MNR nach dem Sturz des Smith-Regimes 1980 von den Südafrikanern übernommen und umfunktioniert. Aus Dokumenten, die man in eroberten Basen in Mosambik fand, und aus der Praxis der MNR geht hervor, daß sie darauf abzielt, die im Rahmen der „South African Development Cooperation Conference" (SADCC) angestrebte regionale Wirtschaftskooperation von neun Staaten des südlichen Afrikas zu sabotieren. Das erklärte Ziel der SADCC ist es, die Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten von Südafrika zu überwinden, ihr programmatischer Kern ein Verkehrsinfrastruktur-Programm (800 Mill. Dollar), das die Verbindung zum Meer unabhängig vom südafrikanischen Schienen- und Straßennetz ermöglichen soll. Mosambik nimmt aufgrund seiner geografischen Lage bei der verkehrswirtschaftlichen Abkoppelung von Südafrika eine Schlüsselrolle ein. Daneben versucht die MNR, eine allgemeine Destabilisierung des Landes herbeizuführen. War sie bis 1979 noch bemüht, die Zustimmung der Bevölkerung in ihrem Operationsgebiet zu gewinnen, dominierte danach eine terroristische Praxis mit dem offensichtlichen Ziel, die Landbewohner in die Städte zu treiben, um so die Nahrungsmittelversorgung zu verschärfen.

**Die Reaktion der FRELIMO**

Die Regierung Mosambiks reagierte auf den Kurswechsel in Pretoria erstaunlicherweise mit bemerkenswerten Anstrengungen, ihre Beziehungen zu verschiedenen westlichen Ländern auf unterschiedlichen Ebenen zu intensivieren.

- Nach einem Besuch des portugiesischen Staatspräsidenten Eanes in Mosambik (Herbst 1981) unterzeichneten beide Länder im April 1982 ein Abkommen über eine militärische Kooperation (es regelt die Ausbildung mosambikanischer Offiziere in Portugal, Lieferung leichten militärischen Materials). Einige Monate später besuchte Mosambiks Verteidigungsminister Chipande Portugal und Großbritannien. In London kaufte er ein Kommunikations-System zur Verbesserung der militärischen Koordination mit Zimbabwe bei der Bekämpfung der MNR. (10) Vor Chipandes Besuch in Lissabon hatte sich dort der stellvertretende südafrikanische Außenminister Du Plessis angesagt. Nach südafrikanischer Darstellung trug dieser Besuch privaten Charakter, Radio Lissabon gab bekannt, daß Du Plessis auf „südafrikanische Anregung" anreiste. AFRICA NOW schreibt dazu, daß der Umfang der ins Auge gefaßten Kooperation beschränkt sei.
*„Aber ihre politische Bedeutung ist immens. Sie bedeutet, daß Maputo einen – wenn auch nicht immer zuverlässigen – Freund innerhalb der NATO besitzt. Sie bedeutet ebenso, daß Mosambiks Blockfreiheit ernst genommen werden muß. Die Wiederannäherung an Portugal macht es schwer, Mosambik als Handlanger der Sowjetunion abzutun. Diese Aussichten haben Südafrika alarmiert. (. . .) Die regierungsnahe Zeitung ‚The Citizen' (die gewöhnlich als die Stimme des südafrikanischen Sicherheitsdienstes betrachtet wird) überschrieb einen Leitartikel mit: ‚Portugiesische Gewehre gegen den Westen'. Immer wieder versucht Pretoria, den Konflikt im südlichen Afrika in Begriffen des Kalten Krieges darzustellen, wobei ihm die Rolle des Verteidigers strategischer Minerale gegen die drohende Inbesitznahme durch die Sowjetunion zukommt. Die militärische Allianz Mosambiks mit Portugal steht – auch auf diesem niedrigen Niveau – in offenem Widerspruch zu den großen Dämonisierungen Pretorias". (11)*
- Am letzten Tag der sozialliberalen Koalition in Bonn unterezichneten Mosambik und die Bundesregierung ein Entwicklungshilfe-Rahmenabkommen, das eine Finanzierungszusage in Höhe von 60 Mio. DM beinhaltet. Indem Mosambik der Bundesregierung in der Interpretation des völkerrechtlichen Status von West-Berlin entgegenkam, wurde die entscheidende Barriere beseitigt, die bis dato nennenswerte technische und finanzielle Hilfe sowohl von der Bundesregierung, als auch über den Entwicklungsfonds der EG ausschloß.
Mosambik kann jetzt auch dem Lomé-Abkommen beitreten und hat zusammen mit Angola die Beteiligung an den Verhandlungen über Lomé-III, die im September 1983 beginnen, zugesagt. (12)
- Besonderes Interesse verdient die Verbesserung der Beziehungen zwischen Mosambik und den USA, für die es seit dem Treffen der beiden Außenminister Chissano und Schulz im Oktober 1982 in New York eine Reihe von Indizien gibt. Die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen USA und Mosambik waren nach der Ausweisung einiger Mitglieder der US-Botschaft in Maputo (Spionageverdacht) äußerst kühl. Ein Team von US-Entwicklungsexperten besuchte zusammen mit einem Vertreter des amerikanischen Außenministeriums im Dezember 1982 zum ersten Mal nach zwei Jahren wieder Mosambik. Im Januar traf der mosambikanische Präsident Machel den Assistenzsekretär Chester Crocker vom amerikanischen Außenministerium. Das erklärte Ziel dieser diplomatischen Aktivitäten Mosambiks war es, die USA zu bewegen, Druck auf Südafrika im Sinne einer Beendigung seiner Unterstützung der MNR auszuüben. Chissano, Außenminister von Mosambik, erklärte in einem Interview, das im halboffiziellen Magazin des amerikanischen Außenministeriums abgedruckt wurde, daß sich die Beziehungen mit den USA „sofort verbessern würden, wenn die USA, anstatt sich ruhig zu verhalten, die südafrikanische Aggression gegen unser Land verurteilen würden". Dem folgte eine Stellungnahme des amerikanischen Außenministeriums (veröffnetlicht in der gleichen Ausgabe von AFRICA REPORT), in der die MNR als eine im wesentlichen militärische Organisation bezeichnet wird, ohne konkretes politisches Programm:
*„weit davon entfernt, die Regierung Mosambiks ersetzen zu können. Sie erhält den Löwenanteil ihrer Unterstützung von Südafrika. Das Ausmaß ihrer Verankerung in Mosambik ist schwer einzuschätzen, sofern diese überhaupt existiert". (13)*
In der außenpolitischen Debatte des südafrikanischen Parlaments kritisierte daraufhin ein Führer der weißen Opposition die Destabilisierungspolitik Pretorias gegenüber seinen Nachbarn. Die Reagan-Administration verliere deutlich wahrnehmbar die Lust, den Südafrikanern in ihrer heiklen „Laager-Lage" (Wagenburg) beizustehen. Dies lasse sich jederzeit an Hand von offiziellen Texten des amerikanischen Außenministeriums beweisen. (14)
- Am 17. Dez. 1982 trafen sich in der Grenzstadt Komatipoort eine Verhandlungsdelegation Mosambiks und Südafrikas. Dem folgte ein zweites Treffen Anfang Mai am gleichen Ort. Berichten zufolge ging es dabei um den wechselseitigen Verzicht der Unterstützung von MNR und ANC. Nach den in Pretoria lancierten und von Mosambik bestrittenen Informationen hat es ein Übereinkommen gegeben, die „Guerilla-

Bewegungen im jeweils anderen Land nicht mehr zu fördern" (15). Mosambik wiederholte demgegenüber den bekannten Standpunkt, daß es keine Stützpunkte oder militärische Aktionen des ANC auf oder von eigenem Territorium aus dulden, aber auch daran festhalten werde, Flüchtlingen aus Südafrika Zuflucht zu gewähren. Dem ersten Treffen in Komatipoort ging eine Erklärung des südafrikanischen Außenministers Pik Botha voraus, die eine offene Drohung mit militärischen Interventionen enthielt. Pretoria würde die Stationierung kubanischer Truppen, moderner Waffen (16) oder Operationen des ANC von Mosambik aus nicht tolerieren. (17) Kurze Zeit zuvor gab es demonstrative Manöver der südafrikanischen Armee an der mosambikanischen Grenze, was in Maputo ernsthafte Befürchtungen auslöste, waren doch der Invasion in Angola ebenfalls südafrikanische Manöver und Truppenkonzentrationen vorausgegangen. (18) Fidel Castro appellierte an die Blockfreien, gegen eine drohende Intervention Südafrikas aktiv zu werden. Pretoria beantwortete dies mit der Warnung vor der Entsendung kubanischer Truppen nach Mosambik. (19)

Dieses Scenarium bildete den Hintergrund für die Feststellung Außenministers Chissanos:

*„wenn keine internationalen Maßnahmen ergriffen werden, um Südafrika an der Eskalation seiner Aggression zu hindern, würde es für Mosambik auf lange Sicht erforderlich sein, mehr und mehr militärische Hilfe von den sozialistischen Ländern zu erhalten, die uns während des Befreiungskampfes unterstützten. Da die meisten sozialistischen Länder zum Warschauer Pakt gehören, könnte durch zunehmende Hilfe der Eindruck entstehen, daß wir auch daran beteiligt, was nicht der Fall ist".* (20)

Die militärische Kooperation mit Portugal wertet Chissano an gleicher Stelle als Ausdruck der block-unabhängigen Position Mosambiks.

Der mögliche Einsatz kubanischer Truppen in Mosambik dürfte für die USA ein entscheidendes Motiv gewesen sein, den Forderungen Maputos nach einer Stellungnahme gegen Südafrika, zumindest teilweise, entgegenzukommen. Die an Mosambik gerichtete Warnung des amerikanischen Außenministeriums, den Konflikt nicht zu internationalisieren, bezog sich auf diese „kubanische Gefahr".

**Zu den Hintergründen des außenpolitischen Kurswechsels Pretorias**

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den ehemaligen Verteidigungsminister P.W. Botha (1978) gewannen die südafrikanischen Militärs zunehmend Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß. (21) Sie verstanden es, diesen Einfluß personell und institutionell abzusichern. Erstmals rückte mit dem früheren Generalstabschef Malan ein Militär zum Verteidigungsminister auf. Der von Militärs und Polizei besetzte State Security Council (SSC) löste das Kabinett nach und nach als wichtigstes Entscheidungsgremium der Regierung ab. Durch die Präsenz des Militärs in den Führungsgremien großer staatlicher Unternehmen ist eine weitere Voraussetzung dafür gegeben, den konzentrierten Einsatz der dem Apartheids-Staat zu Gebote stehenden politischen, militärischen und ökonomischen Machtmittel möglich zu machen.

Im Verhältnis zu den Nachbarstaaten artikulierte sich die in Südafrika sich durchsetzende Tendenz der Militarisierung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Ein wichtiger Auslöser war der Wahlsieg Mugabes in Zimbabwe im Februar 1980.

Bis zu diesem Zeitpunkt konnten die Südafrikaner mit einer gewissen Berechtigung davon ausgehen, daß sie ihre regional dominante Position ohne den Rückgriff auf Formen der ökonomischen und militärischen Destruktion zur Geltung bringen könnten. Im November 1980 gab Botha unter dem Beifall der südafrikanischen Geschäftswelt das Projekt einer regionalen Kooperation im südlichen Afrika unter der Führung Pretorias bekannt. Sein Vorschlag einer „Constellation of States" (22) bewegte sich im Rahmen der im Kissinger-Memorandum zur US-Strategie im südlichen Afrika formulierten Zielsetzung, über die ökonomische Kooperation Südafrikas mit den Nachbarstaaten die politische Isolation Pretorias zu brechen, den Befreiungsbewegungen so den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zimbabwe, als ökonomisch und geopolitisch zweitwichtigster Land in

# Aufruf der »Internationale der Kriegsdienstgegner«

Das Sekretariat der »War Resisters' International« (Internationale der Kriegsdienstgegner) in London steht in Verbindung mit Kriegsdienstverweigerern aus Südafrika, die sich zum Teil in Großbritannien aufhalten und organisiert haben. In Absprache mit dem Komitee für südafrikanische Kriegsdienstverweigerung, COSAWR, startet die Internationale der Kriegsdienstgegner eine Kampagne gegen das Apartheids-Regime und für südafrikanische Kriegsdienstverweigerer. Bei den Verweigerern handelt es sich um weiße Südafrikaner, die das Land zum Teil verlassen haben oder die in Gefängnissen in Südafrika sitzen.

Der Aufruf der »Internationale der Kriegsdienstgegner« hat folgenden Wortlaut:

**ERKLÄRUNG ZUR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN SÜDAFRIKA**

Wir glauben, daß der weitere militärische Aufbau Südafrikas und seine aggressiven Taten gegen Nachbarländer eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden darstellen.

Jedes Jahr werden tausende von jungen weißen Südafrikanern zur Wehrpflicht gerufen. Laut einer neuen Gesetzgebung werden sie darüber hinaus gezwungen, in den folgenden 38 Jahren für Reserveübungen zur Verfügung zu stehen.

Da wir Frieden und Gerechtigkeit in Südafrika anstreben, tun wir unsere Unterstützung für den Wiederstand gegen den Krieg in Südafrika hiermit kund, insbesondere für all diejenigen Wehrpflichtigen, die sich weigern, Dienst in den Apartheid Streitkräften zu leisten. Wir appellieren an die südafrikanische Regierung, diese Repression gegen Kriegsdienstverweigerer zu beenden.

Wir schließen uns dem Appell der Generalversammlung der Vereinigten Nationen an die südafrikanische Jugend an, den Dienst in den südafrikanischen Streitkräften zu verweigern, da diese Streitkräfte dazu dienen, das unmenschliche Apartheid Regime zu verteidigen, den legitimen Kampf der Unterdrückten zu unterdrücken, Nachbarländer zu bedrohen und gegen sie aggressive Taten zu begehen.

Die südafrikanischen Kriegsdienstverweigerer sind nur zum Teil Pazifisten. Viele verweigern, weil sie das Apartheids-Regime nicht unterstützen wollen.

Wer diese Erklärung unterstützen will, beteilige sich an der **Unterschriftensammlung.** Die Unterschriften (jeweils Name und Anschrift angeben!) sendet bitte direkt an: War Registers' International, 55 Dawes Street, London SE 17 oder an: Bernadette Ridard, Lornsenstraße 27, 2000 Hamburg 50.

der Region, sollte in dieser „Constellation" eine Schlüsselrolle spielen. Bischof Muzorewa hatte vor den Wahlen die Initiative Bothas begrüßt und die Beteiligung Zimbabwes für den Fall einer Regierungsübernahme zugesichert.
Nach dem Wahlsieg Mugabes war dem Plan nicht nur die Grundlage entzogen, mit der Gründung der SADCC am 1.4. 1980 zeichneten sich die Umrisse eines alternativen Projekts regionaler Kooperation ab, mit dem ausdrücklichen Ziel, die strukturelle Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten von Südafrika zu überwinden. Pretoria war isolierter denn je. Die „Constellation of States" beschränkte sich ein Jahr nach ihrer Verkündung auf eine ziemlich bedeutungslose Angelegenheit zwischen Pretoria und drei Bantustans. Von Südafrika völlig unabhängige Staaten wie Swaziland und Lesotho beteiligten sich am SADCC, ebenso wie der notorische Kollaborateur des Apartheid-Regimes Banda/Malawi.

Wäre die der „Constellation", zugrunde liegende Spekulation aufgegangen, hätte sich in Zimbabwe eine kooperationsbereite Regierung etablieren können, Südafrika hätte seine ökonomisch bestimmte Position in wesentlich „konstruktiverer" Weise ausspielen können. Eine unabhängige Alternative im Sinne der SADCC hätte wenige oder überhaupt keine Chancen gehabt; das Problem, diese Alternative mit allen Mitteln zerstören zu müssen, hätte sich erst gar nicht gestellt. Eine Allianz Pretoria – Harare hätte die Abhängigkeit der übrigen Länder in der Region vorerst festgeschrieben. Den USA wäre es wesentlich leichter gefallen, dem wichtigsten Bündnispartner in Afrika den Rücken zu stärken. Der von der Reagan-Administration propagierten „policy of constructive engagement" im südlichen Afrika hätte ein politisches Projekt entsprochen, man wäre nicht nur auf Phrasen angewiesen, um den Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu überbrücken.
Mit der neuen Regierung in Harare gab es von seiten Pretorias erst gar nicht den Versuch, einen pragmatisch-kooperativen Kurs zu versuchen, wie gegenüber Mosambik bis 1980. Dies, obwohl Mugabe sein Interesse daran artikulierte und im Prinzip die gleichen Garantien zu geben bereit war wie Samora Machel 1975. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes setzten auch die ökonomischen Vergeltungsmaßnahmen Pretorias ein.(23)

Resümiert man die Entwicklungstendenzen im südlichen Afrika, die an der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mosambik und der RSA skizziert wurden, dann muß der jüngste Bombenangriff auf Maputo unter anderen Gesichtspunkten bewertet werden, als dies durch die schlichte Logik von Terror und Rache unterstellt wird. Die außen- und innenpolitischen Möglichkeiten haben sich für das gegenwärtige Apartheids-Regime in den letzten Jahren rapide verengt. Gegenüber den angrenzenden Frontstaaten ist es erheblich schwieriger geworden, politische Kompromisse mit zivilen, vom Völkerrecht erlaubten Formen des Drucks und der Erpressung zu erzwingen. Der zunehmende Rückgriff auf terroristische Formen der Destabilisierung ist nicht zuletzt ein Ausdruck davon.
Es ist offensichtlich, daß Südafrika mit der jüngsten diplomatischen Offensive Maputos Schwierigkeiten hatte. Es spricht einiges dafür, daß die Verhandlungen mit Mosambik nicht zuletzt auf amerikanischen Druck hin zustande kamen. Wenn die von Mosambik zum Ausdruck gebrachte Intention zum Ziele käme, Südafrika zu einem Verhalten zu zwingen, das seinen Nachbarn eine Position der Blockfreiheit ermöglichte, die auch von deren Gegnern nicht in Frage gestellt werden könnte, dann würde dem Apartheids-Staat eine wesentliche Legitimationsbasis im internationalen, westlichen Kontext abhanden gekommen sein. Die Gefahr, daß die Südafrikaner notfalls einen Zustand herbeibomben, der diese bedrohte Legitimationsbasis wieder herstellt, sollte nicht unterschätzt werden. Auch das Smith-Regime hatte in seinen letzten Tagen versucht, Mosambik in eine Situation zu bomben, die massive Waffenhilfe durch die Länder des Warschauer Pakts hätte nach sich ziehen sollen, um so die Lieferung westlicher Waffen nach Rhodesien zu rechtfertigen. (24)
Die zunehmenden innenpolitischen Widersprüche in Südafrika schaffen ein wachsendes „Bedürfnis", diese durch Demonstrationen der Stärke und Entschlossenheit nach außen auszugleichen. Der bröckelnde Konsens im weißen Lager soll dadurch überspielt, die Erzkonservativen ruhiggestellt, die weiße Opposition gegen den Militärstaat diszipliniert werden.
Die Existenz der unabhängigen Frontstaaten gefährdet die Legitimation der Apartheid nach innen und außen zusätzlich in dem Maße, in dem deutlich wird, daß Gesellschaften, in denen mehrere Rassen gleichberechtigt zusammenleben, eine attraktive Möglichkeit darstellen. Daraus resultiert das Motiv, den Erfolg dieser Gegenmodelle mit allen Mitteln zu verhindern.
Wie schon erwähnt kam die Reagan-Administration mit ihrer Tendenz, regionale Konflikte durch die Brille des Ost-West-Gegensatzes zu interpretieren, Pretoria entgegen. Die südafrikanische Regierung hatte es leichter, sich als Verteidiger, wenn schon nicht westlicher Werte, so doch wenigstens westlicher Rohstoffinteressen darzustellen. Der erste Überfall auf Matola erfolgte im gleichen Monat, in dem Alexander Haig bekanntmachte, daß die USA zukünftig dem Kampf gegen den Terrorismus höhere Priorität zumessen würden.
In jüngerer Zeit scheint in den USA die Erkenntnis zu wachsen, daß die Interessen Pretorias zunehmend mit denjenigen Washingtons in Konflikt geraten. C. M. Maynes, Herausgeber des FOREIGN POLICY MAGAZIN schreibt nach dem letzten Luftangriff auf Matola, daß die Südafrikaner genau das erreichen könnten, was die Reagan-Administration zu verhindern sucht – ein zweites Angola.

*„Wenn Südafrika mit seinem gegenwärtigen Kurs fortfährt, könnte sich die Administration Reagans mit einem anderen Angola auf der anderen Seite Afrikas konfrontiert sehen, diesmal in Mosambik, das sich sicher an befreundete Länder zum Schutz gegen Angriffe Südafrikas wenden wird (...) Die USA können nicht an der Seite Südafrikas stehen, es sei denn, sie möchten ihre eigenen Interessen auf dem gesamten Kontinent aufs Spiel setzen."* (25)

Der Apartheids-Staat hat sich in eine Situation hinein manöviert, in der die Gründe für Kommandoaktionen wie die jüngsten von Maseru (26) und Matola (oder schlimmere), ganz unabhängig davon produziert werden, ob der ANC an den jeweiligen Orten militärische Einrichtungen unterhält oder nicht.

Helmut Suttor

**Anmerkungen:**

1) Angaben des südafrikanischen Botschafters in Bonn
2) So im „Spiegel" vom 30. 5. 83
3) vgl. Africa Research Bulletin, November 1974
4) vgl. Africa Research Bulletin, Juli 1976
5) vgl. B. Weimer; Die mosambiquanische Außenpolitik von 1975 – 81, Ebenhausen 1982
6) B. Weimer; Die mosambiquanische Außen politik ..., S. 51/52
7) vgl. Africa Economic Diagest 28. 8. 81
8) vgl. Africa Economic Diagest 20. 3. 81
9) Zur Geschichte der MNR vgl. die Hintergrundanalysen in: Bewaffnete Banditen oder Widerstandskämpfer; (Hrsg.) Akafrik 48 Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 1982
10) The Times 5. 11. 82
11) Africa Now Januar 1983
Mit welchen Ambivalenzen die „Freundschaft" zwischen Lissabon und Maputo behaftet ist, geht unter anderem daraus hervor, daß die MNR ungestraft in der portugiesischen Hauptstadt ein Büro unterhält, Pressekonferenzen veranstaltet und von dort aus Waffenkäufe organisiert.
12) vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn 11/82
13) Africa Report, Washington Jan/Feb 1983
14) vgl. FAZ 12. 2. 83
15) vgl. Süddeutsche Zeitung 7. 5. 83
16) Gemeint waren vermutete Flugabwehrraketen bei Maputo
17) vgl. Rand Daily Mail 16. 12. 82
18) vgl. International Herald Tribune 24. 11. 82
19) vgl. Rand Daily Mail 4. 12. 82
20) Africa Report Jan/Feb 1983
21) Zu den Ausprägungen des „Militärstaat Südafrika" vgl. die Analyse von R, Meinardus in: Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn 7/1981
22) vgl. Africa Nr. 111 November 1980, Seite 47
23) Africa Economic Diagest 21. 8. 81
24) vgl. Peter Ripken; Nationaler Aufbau, Befreiungskampf, Blockfreie Politik in: Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn 9/1978
25) C. W. Maynes; Rescueing US Policy in troubled Southern Africa in: Herald Tribune 1. 6. 83

Westpapua

# Ein Volk, das verschwindet?



### Die Vorgeschichte

Die Insel Papua-Neu Guinea war seit Ankunft der ersten Weißen im 16. Jahrhundert Spielball verschiedener Kolonialmächte. 1848 teilten sich die Niederlande und England die Insel untereinander auf. Der britische Ostteil wurde nach dem ersten Weltkrieg australisches Treuhandgebiet und erlangte 1975 seine staatliche Unabhängigkeit. Der Westteil blieb auch nach der Unabhängigkeit der Kolonie 'Niederländisch-Indien' (heute Indonesien) 1949 unter niederländischer Verwaltung. Starker politischer und wirtschaftlicher Druck der USA veranlaßte die niederländische Regierung schließlich 1962 einem Abkommen zuzustimmen, das ihren Rückzug aus Westpapua regelte. Danach mußten die Niederlande am 1. Oktober 1962 die Insel verlassen, auf der während einer anschließenden siebenmonatigen Übergangszeit die UNO die Verwaltung ausübte. Am 1. Mai 1963 übernahm eine provisorische indonesische Administration die Macht. Indonesien verpflichtete sich, innerhalb von sechs Jahren freie Wahlen durchzuführen. Sie sollten das endgültige Schicksal der Insel klären. Ausgehandelt wurde dieses Abkommen zwischen den USA, Indonesien und den Niederlanden; ein Volk war nicht bei den Verhandlungen vertreten: Die Papua.

Ihre Skepsis gegenüber den Vereinbarungen bewahrheitete sich unmittelbar nach dem Abzug der UN-Administration. Indonesien ließ keinen Zweifel, daß es Westpapua schon jetzt als seine 26. Provinz betrachtete und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Form staatlicher Unabhängigkeit für die Papua nicht in Frage kam. In dieser Hinsicht war eine völlige Kontinuität der indonesischen Politik auch nach dem blutigen Militärputsch 1965 gewährleistet.

### Die Wahlen

Zwar organisierten die Militärs am 2. August 1969 'Wahlen', doch selbst der UN-Beobachter, der bolivianische Diplomat Ortiz Sanz, sprach von einer 'Wahlfarce'. Da die Westpapua für eine Volksabstimmung angeblich zu 'dumm' und 'primitiv' seien, bestimmten die indonesischen Behörden 1.025 'Repräsentanten', die anstelle der Bevölkerung 'wählen' sollten. Diese Personen mußten in Jayapura ein öffentliches Bekenntnis ablegen. Vor der Abstimmung wurden sie von dem Brigadegeneral Alt Murtopo, einem der gefürchtetsten Gehirnwäscher, massiv eingeschüchtert und bedroht.

Nach dem Bericht, den einer der Delegierten später veröffentlichte, sagte Murtopo, wenn die Papuas unabhängig werden wollten, müßten sie auf eine Insel in die Südsee auswandern oder die Amerikaner bitten, sie mit auf den Mond zu nehmen. Indonesien werde das Land wegen seiner Bodenschätze nie hergeben. Jeder, der gegen Indonesien stimme, werde erschossen; vorher werde ihm die Zunge herausgerissen. Unter diesen Umständen überraschte das 'einstimmige' Ergebnis für Indonesien nicht.

Bedauerlich die Rolle der UN-Vollversammlung, deren Delegierte wissen konnten, was in Westpapua vorgegangen war. Indem sie am 19. November 1969 den Verbleib Westpapuas bei Indonesien anerkannten, zeigten sie einmal mehr, daß das eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker von der politischen Opportunität abhängt.

### Die Organisation Freies Papua (OPM)

Um sich gegen das indonesische Expansionsstreben zu wehren, organisierten sich die Papua 1965 in der Befreiungsbewegung OPM (= Organisation Papua Merdeka). Die Operationsgebiete der OPM liegen im Landesinneren, wo der undurchdringliche Urwald gutes Gelände für den Guerillakrieg bietet. Zudem stellt der Ostteil der Insel, dessen Grenze unkontrollierbar ist, ein mögliches Rückzugsgelände für die Widerstandskämpfer dar. Am 1. Juli 1971 rief die OPM offiziell die Unabhängigkeit des Staates Westpapua aus. Die beiden wichtigsten politischen und militärischen Führer waren zu der Zeit Jakob Prai und Seth Rumkorem.

Die OPM ist gegenüber der indonesischen Armee an Ausrüstung und Bewaffnung weit unterlegen. Die Papua verfügen über keinerlei internationale Unterstützung; ihre Bewaffnung ist entsprechend schlecht. Viele kämpfen noch mit Speeren und Pfeilen; Feuerwaffen sind häufig die Ausnahme. Die von den Westmächten hochgerüstete indonesische Armee kann dagegen die effektivsten 'Anti-Guerilla-Waffen', wie Kampfhubschrauber, einsetzen. Den Bombardements der Luftwaffe sind die Papua schutzlos ausgeliefert.

### Der indonesische Terror

Die indonesische Armee begnügt sich nicht mit Aktionen gegen aktive Guerillakämpfer. Um die Widerstandsmoral der Bevölkerung zu brechen, wird das Land von einer Terrorwelle überzogen. Massaker an Zivilisten gehören zum alltäglichen Bild in Westpapua.

Am 3. Januar 1978 schrieb die französische Zeitung'Le Monde': 'Jedem Schlag der Guerilla folgen sofort neue Repressionen ... Nach Gerüchten, die nicht überprüfbar sind, werden für jeden erschossenen indonesischen Soldat 100 Papua ermordet und Dörfer bombardiert.' Der Niederländer Kees Lagerberg, der von 1951 – 1962 in Westpapua gelebt und später ein niederländisches Entwicklungsprojekt geleitet hat, schätzt die Gesamtzahl der seit 1963 ermordeten und im Kampf getöteten Papua auf 100.000 – 150.000.
1981 begann die Operation 'Clean Sweep' (= Reinemachen), die eine weitere Verschärfung des Terrors bedeutete. Danach wurden Angehörige der Widerstandskämpfer systematisch verhaftet und ermordet oder in die Gefängnisse verschleppt. Die Maßnahme verfehlte ihre Wirkung auf die Widerstandsmoral der OPM nicht.
Im ganzen Land existieren mehrere Dutzend Gefängnisse und Lager; allein vier in der Umgebung von Jayapura. Unter ihnen ist das berüchtigte Ifargunung-Gefängnis, das über unterirdische Zellen verfügt, die voll Wasser gepumpt werden können, so daß die Gefangenen ertrinken.
Gefangene, die lange Zeit im Gefängnis bleiben, werden häufig in das Lager Wamena im Baliemtal im Landesinneren deportiert. Das Lager ist mehr als alle anderen von der Außenwelt abgeschlossen. Vergewaltigungen von Frauen, Folter und Exekutionen ohne Prozess gehören in allen Gefängnissen zur Tagesordnung.

### Das Transmigrationsprogramm

Eine andere Art Westpapua unter Kontrolle zu bekommen, ist die Ansiedlung von Javanern. Dies wird offiziell mit der Überbevölkerung auf Java begründet. Auf den ersten Blick erscheint das überzeugend, denn die Hälfte der 140 Millionen Indonesier lebt auf der vergleichsweise kleinen Insel Java.
Betrieben die herrschenden Militärs jedoch nicht eine Politik des hemmungslosen Ausverkaufs ihres Landes an multinationale Konzerne, dessen Opfer die indonesische Bevölkerung ist, wäre die Besorgnis der Generäle angesichts der Überbevölkerung auf Java eher glaubwürdig. Betrachtet man dazu die Rolle, die die Javaner in Westpapua spielen, wird deutlich, daß das Umsiedlungsprogramm vorrangig andere Gründe hat.
Nach dem Bericht eines niederländischen Fernsehteams, das die Insel im Herbst 1981 besuchen durfte, leben in Westpapua neben 1 Million Papua inzwischen 400.000 Javaner. Sie sitzen fest in allen administrativen Machtpositionen, kontrollieren die gesamte Wirtschaft einschließlich des Kleinhandels (allein die multinationalen Konzerne entziehen sich ihrer Kontrolle) und behandeln die Papua als Menschen zweiter Klasse.
So verwundert es nicht, wenn Anthropologen und Ethnologen von den Westpapua als „verschwindendes Volks" sprechen.

### Die Hintergründe der indonesischen Politik

Neben dem javanischen Anspruch, das territoriale Erbe der Kolonialzeit zu übernehmen, sind wirtschaftliche Interessen die wichtigste Triebfeder für das neokolonialistische Auftreten der Indonesier in Westpapua.
Bereits 1907 entdeckten Geologen den Reichtum des Landes an Bodenschätzen und 1936 begann die Standard Oil Company mit erfolgreichen Ölbohrungen.
Neben Öl ist Westpapua heute in erster Linie wegen seiner reichen Kupfervorkommen bekannt und begehrt; außerdem gibt es Nickel, Zinn, Gold, Silber, Uran sowie Holz.
Die größte Kupfermine existiert im Cartenzgebirge im Landesinneren. Der Konzern 'Freeport Indonesia', der sie ausbeutet, befindet sich zu 80 % in den Händen des US-Kapitals. Er errichtete mitten im Urwald die Kupferstadt Tembagapura, in der es Supermärkte und Kinos mit Klimaanlage gibt. Die Pipeline, die das Kupfer aus 3.700 Meter Höhe an die Küste transportiert, ist mit 110 Kilometern Länge die größte Kupferpipeline der Welt.
Sie wurde 1977 von der OPM angegriffen und teilweise zerstört, denn 'Freeport Indonesia' beteiligt sich unmittelbar an der Unterdrückung der Papua.
Nach Berichten von Amnesty International werden Stahlkontainer dieses Unternehmens als Arrestzellen für Widerstandskämpfer von den indonesischen Militärs genutzt.
Die Papua haben von dem Reichtum ihres Landes nichts als Unterdrückung und Ausbeutung; der Hauptgewinn gelangt direkt ins westliche Ausland, doch auch die indonesische Regierung verdient bei der Ausbeutung des Landes. 1971 betrug der Gesamtwert der aus Westpapua exportierten Güter 1,8 Millionen Dollar; 1973 stieg er auf 68,2 Millionen Dollar; 1975 betrug er 214,3

### Konferenz des „West Melanesien Tribunal"

130 Interessierte, darunter zahlreiche Südmolukker, waren auf Einladung der Stiftung „West Melanesien Tribunal" am 9. April nach Capelle aan den Ijssel bei Rotterdam gekommen, um an einer Konferenz über Völker- und Menschenrechte am Beispiel Westpapuas teilzunehmen. In der Stiftung sind neben den wichtigsten südmolukkischen Organisationen Vertreter der Papua und Osttimoresen, die niederländische Sektion von Pax Christi sowie die Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen, vertreten.
Otto Matulessy erläuterte als Vorsitzender Aktivitäten und Ziele der Stiftung. Insbesondere soll eine breite Öffentlichkeit aufmerksam gemacht werden auf die bedrohliche Lage der Völker der Südmolukken, Osttimors und Westpapuas, die im Zuge einer Kolonisierung seitens der indonesischen Regierung Opfer brutaler Unterdrückungs- und Vernichtungsmaßnahmen sind. Dazu wird im Frühjahr 1984 ein internationales Tribunal abgehalten werden.
Hauptreferent der Konferenz war der ehemalige UN-Hochkommissar für Menschenrechte und Professor für Völkerrecht der Universität Maastricht, Theo van Boven. In seinem Einführungsreferat nannte er als das grundlegende Völkerrecht das Recht auf Selbstbestimmung. Er unterschied dabei zwischen externer und interner Selbstbestimmung, d.h. zwischen staatlicher Eigenständigkeit und umfassenden Autonomieregelungen innerhalb eines Staates. Die derzeitige Praxis anerkennt nur Staaten, nicht jedoch Völker als Subjekte des Völkerrechts.
Häufig aber seien Staaten nicht als echte Repräsentanten ihrer Völker anzusehen wie nicht nur das Beispiel der Westmelanesier, sondern auch vieler anderer wie Kurden, Armenier, Eritreer und baltischer Völker deutlich zeige, denen in einem fremden Staat das Recht auf Selbstbestimmung verweigert werde Van Boven beurteilte allerdings die Aussicht optimistisch, daß ähnlich der internationalen Anerkennung individueller Menschenrechte, in Zukunft auch Völkern der Status von Rechtssubjekten eingeräumt werde

Danach berichteten der tschechische Anthropologe Frank Hubatka, der von 1976-1981 als Dozent an der theologischen Hochschule von Jayapura, der Hauptstadt Westpapuas tätig war und der Vorsitzende des Westpapua-Komitee in den Niederlanden, Dirk Kereway, über die derzeitige Situation in Westpapua. Beide zeichneten ein düsteres Bild von der 20jährigen Besetzung des Westteils der Insel durch Indonesen. Ihre Ausführungen machten deutlich, daß die Verweigerung des Rechtes auf Selbstbestimmung der Völker zugleich die Verletzung fundamentaler Menschenrechte bedeutet.



*Ein Mitglied der OPM-Befreiungsbewegung*

Millionen Dollar (nach Pacific Island Yearbook, 1981). Vergleichsweise bescheiden stiegen dagegen die jährlichen Aufwendungen aus dem indonesischen Haushalt für die Entwicklung der Provinz. Sie betrugen 1971 900.000 Dollar; 1973 1,4 Millionen Dollar; 1975 3,2 Millionen Dollar (nach Pacific Islands Yearbook, 1981).

**Der Widerstand**

Trotz der nahezu hoffnungslosen Situation der Papua, die völlig auf sich allein gestellt gegen einen der mächtigsten Staaten Asiens kämpfen, konnte die Armee den Widerstand der Bevölkerung nicht brechen. Bis in die Mitte der 70er Jahre hinein verstärkte sich der Widerstand sogar.

Im Vorfeld der Wahlen 1977 nahmen die Protestaktionen gegen die indonesische Präsenz ein solches Ausmaß an, daß die Wahlen um sieben Monate verschoben werden mußten. Militärpatrouillen und Polizeistützpunkte im ganzen Land waren das Angriffsziel der OPM und die Indonesier erlitten empfindliche Verluste. 1978 gelang einer OPM Einheit unter Jakob Prai die Gefangennahme sieben hoher Militärs. Die Antwort der Besatzungsmacht darauf war verschärfter Bombenterror gegen Papuadörfer.

Die mangelnde Ausrüstung und medizinische Versorgung sind die größten Hindernisse für die OPM. Seit 1978 ist der militärische Widerstand geringer geworden. Im September 1982 hat mit Seth Rumkorem der letzte wichtige Papuaführer demoralisiert das Land verlassen. Kurz zuvor war bei Wahlen im unabhängigen Teil Papuas die indonesienfreundlichere Partei als Sieger hervorgegangen. Sie hatte angekündigt, die Grenze nicht länger unbeschränkt als Rückzugsgebiet für die OPM aufzuhalten. Der Wahl waren Drohungen der indonesischen Regierung vorausgegangen, die Unterstützung der OPM durch Ostpapua nicht länger hinzunehmen.

Während sich die militärische Situation verschlechtert, gelangen aus den Städten immer wieder Nachrichten über Widerstandsaktionen an die Öffentlichkeit. Im August 1980 traten sechs junge Frauen vor den Gouverneurspalast in Jayapura, zogen die indonesische Fahne ein und hißten die Papuafahne. Bis heute sind sie ohne Prozess im Gefängnis, wo sie mißhandelt wurden. Zwei Jahre später wiederholten drei Studenten diese Handlung.

Diese mit hohem Risiko verbundenen Aktionen zeigen, daß es Indonesien in 20 Jahren nicht gelungen ist, die Unabhängigkeitsbestrebungen der Papua niederzuschlagen.

Kaum ein Volk in der jüngeren Geschichte führt einen so langen und gleichzeitig so vergessenen Widerstandskampf gegen eine Großmacht wie die Westpapua.

Die Westpapua sind allerdings nicht das einzige Opfer des indonesischen Expansionsdrangs. 1950 wurden die Südmolukker nach Ausrufung ihrer freien Republik überfallen und ihr Inselreich dem Zugriff ausländischer Konzerne geöffnet (siehe blätter des iz3w Nr. 103, August 1982). 1975 war Osttimor, das nie zur niederländischen Kolonie gehört hat, das Opfer. Dort sind inzwischen etwa 200.000 der ehemals 800.000 Menschen ausgerottet worden (siehe blätter des iz3w Nr. 97, November 1981).

Ein internationales Tribunal soll 1984 in den Niederlanden diese Politik und ihre Hintergründe bekannter machen. Mehr darüber bei: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/55822 oder Stichting 'West Melanesien Tribunal', Bazarstraat 50, NL - 2518 AK Den Haag Telefon 0031/70 455291.

Spenden für das Tribunal bitte auf das Konto Nr. 7400 PSchA Hamburg der Gesellschaft für bedrohte Völker, Stichwort 'Melanesien-Tribunal'.

**Literaturhinweise zu Westpapua:**


- Westpapua: The Obliteration of a People, hg von TAPOL, 8a Treport Street, GB-London SW 18 2 BP, Preis 2,50 Pfund. Ein ausgezeichnetes Buch, komprimiert und übersichtlich in leicht verständlichem Englisch, sehr empfehlenswert!
- West Irian and Jakarta Imperialism, von Kees Lagerberg, Verlag Hurst & Company, London, Preis 11,50 Pfund
- Papoea in Opstand, von Ernst Utrecht, das grundlegende Buch in niederländischer Sprache


Klemens Ludwig

# SOWJETUNION UND DRITTE WELT

*Vor mehr als einem Jahr haben wir an der Solidaritätsbewegung kritisiert, daß es ihr bis heute nicht gelungen sei, eine breite, kritische Öffentlichkeit für die Probleme der Dritten Welt zu schaffen. Als eine der Ursachen für diesen unbefriedigenden Zustand haben wir die unkritische Haltung der Solidaritätsbewegung der SU verantwortlich gemacht. Uns ist diese Haltung nicht unverständlich: die SU ist der Gegner, zumindest der Konkurrent des US-Imerialismus, den auch wir als unseren Gegner identifizieren. Das verführt allerdings zu der falschen Lohik, »daß der Feind des Feindes ein Freund, zumindest ein Neutraler sein müsse« (blätter des iz3w, Nr. 101, S. 31ff). Hinzu kommt freilich, daß für die Analyse der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Beziehungen kapitalistischer Staaten, sowohl mehr Informationen bereitstehen, als auch ein besser erprobter begrifflicher Apparat. Die theoretischen und politischen Unsicherheiten, wie man die SU einzuschätzen habe, haben dazu geführt, daß man sich lieber ausschwieg: aus Angst man könne der SU nicht gerecht werden, der Gegenseite gar zusätzliche Argumente liefern. Dies kann in Einzelfällen durchaus richtig sein – langfristig kann aber eine politische Bewegung nicht erfolgreich sein, wenn sie solcher Zweckrationalität folgt, da ihr dabei die überzeugenden Inhalte abhanden kommen (blätter des iz3w, ebenda).*

*Eine Auseinandersetzung mit der Rolle der SU in der Dritten Welt läßt sich heute nicht mehr vermeiden. Die USA wirft der SU vor, sie sei der »größte Unruhestifter« in der Welt, die »Inkarnation des Bösen« schlechthin. Obwohl hinter diesem Vorwurf der eigene Anspruch auf die Weltherrschaft nur mühsam verdeckt wird, birgt er einen wahren Kern. In den letzten 10 Jahren hat der Einfluß der SU in der Dritten Welt sichtlich zugenommen – vor allem wegen ihrer gestiegenen militärischen (nicht ökonomischen!) Potenz. Bis dahin konnte die USA in der Dritten Welt praktisch tun und lassen was sie wollte – die SU mußte sich mit der Rolle des Zuschauers begnügen (bsw. Kongo, Chile). Das hat sich heute grundlegend geändert, die Interessen der SU sind nicht mehr ohne weiteres zu übergehen. Die Fähigkeit der SU schnell und wirkungsvoll Kriegsmaterial und Truppen zu verlagern, hat einigen Regierungen in der Dritten Welt das Überleben erst ermöglicht: Angola, Äthiopien, Afghanistan.*

*Die Tatsache, daß die SU fortschrittliche Regierungen in der Dritten Welt unterstützt, kann jedoch nicht (mehr) täuschen: die Außenpolitik der SU ist die einer Großmacht; Richtschnur der Entscheidungen sind ihre imperialen Interessen. Oft ist für die Unterstützung von Regierungen der Dritten Welt ihre Gegnerschaft zum »US-Imperialismus« entscheidender als ihre Fortschrittlichkeit. Wenig überzeugend sind die Vorwürfe an die SU, sie verfolge mit ihrer Außenpolitik in der Dritten Welt einen langfristig angelegten Plan, der das Ziel habe, den Westen einzukreisen, in die Zange zu nehmen oder den Westen von »seinen« Rohstoffquellen abzuschneiden. Die politischen Möglichkeiten, die sich der SU in den letzten 10 Jahren anboten und deren Wahrnehmung ihr das Etikett »expansionistisch« einbrachte, ergaben sich meist ohne eigenes Zutun; sie waren die Ergebnisse kolonialer Auflösungsprozesse wie in Angola, Mozambique, Zimbabwe, Äthiopien etc.*

*Sowenig die Außenpolitik der SU von revolutionären Maximen geleitet ist, sowenig sind es die Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklungshilfe. Ihre Entwicklungshilfe ist gering und ebenso an Auflagen und Bedingungen geknüpft wie die westliche Entwicklungshilfe. Wegen der geringen Entwicklungshilfe ist die SU auch von den Entwicklungsländern heftig kritisiert worden. Die SU weigert sich jedoch standhaft, da für die Unterentwicklung die ehemaligen Kolonialländer verantwortlich seien. Der eigentliche Grund dürfte allerdings sein: die SU kann ihre Entwicklungshilfe gar nicht mehr substantiell erhöhen, da sie sich das ökonomisch nicht leisten kann. Die SU ist in vielerlei Hinsicht nämlich selbst noch ein Entwicklungsland – bsw. in ihrer Abhängigkeit von Technologie-Importen aus dem Westen.*

*Klaus Fritsche kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der SU und der Dritten Welt seien ausbeuterisch. Er bezieht sich dabei auf Zahlen von Chandra. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, daß die SU auf dem Weltmarkt selbst Opfer des »ungleichen Tauschs« ist: um Devisen zu verdienen verkauft sie dem Westen ihre Produkte unter deren »gesellschaftlichen Wert« – bei Ländern der Dritten Welt gelingt es ihr dagegen eher, den »tatsächlichen Wert« ihrer Produkte durchzusetzen. Chandra kommt im übrigen in seiner Untersuchung zu dem interessanten Ergebnis, daß für die Länder der Dritten Welt, trotz aller Einschränkungen, der Handel mit der SU vorteilhafter sei als der Handel mit dem Westen.[1]*

*In einem unterscheidet sich die SU nicht im geringsten vom Westen: wie der Westen hat die SU der Dritten Welt ein Entwicklungsmodell anzubieten, das sie für das einzig richtige hält – das eigene nämlich. Folgerichtig konzentriert die Sowjetunion ihre Hilfe auf den »staatlichen« Sektor, vor allem auf die Schwerindustrie. Trotz aller Funktionsmängel scheint das sowjetische Entwicklungsmodell, im Unterschied zum westlichen, auch noch erfolgversprechend; Senghaas bescheinigt den Staaten des »real existierenden Sozialismus«, daß in diesem Jahrhundert ihnen allein eine »nachholende Entwicklung« gelungen sei.[2] Mit diesem Heft wollen wir dazu beitragen, »einen blinden Fleck in unserem politischen Weltbild« zu beseitigen – es soll der Anfang sein einer notwendigen Auseinandersetzung. Einige der Kritikpunkte müssen vielleicht differenzierter werden, einige werden vielleicht noch hinzukommen. Wir sind auf jeden Fall gespannt auf die Reaktionen der Leser und Leserinnen.*

*Eine Anmerkung noch zum Schluß: wir haben uns bei AIB und bei NOWOSTI, der sowjetischen Presseagentur, um einen Beitrag bemüht, der die Beziehungen der SU zur Dritten Welt vom Standpunkt der SU analysiert. Leider vergebens.*

*Red./wha*

1) Chandra, NK., UdSSR and Third World: Unequal distribution of gains, in: Economic and Political Weekly, Vol. XII, Nos. 6-8, Annual Number 1977

2) Senghaas, Dieter; Sozialismus – Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung. in: Leviathan 8(80), S. 10-40

# Das sowjetische Verhältnis zur Dritten Welt

## Einige Thesen zur Diskussion

**Auch in den „blättern des iz3w" war die Diskussion über die sowjetische Dritte-Welt-Politik bisher ein „blinder Fleck im politischen Weltbild" (hpö, Heft 101, S. 31). Der folgende Beitrag erhebt nicht den Anspruch, diesen „blinden Fleck" wegzupolieren, will aber notwendige Fakten für die Diskussion über die Politik Moskaus zur Verfügung stellen. Auch können hier nicht alle Aspekte dieser Politik behandelt werden. Durch die Konzentrierung auf die Handels- und Entwicklungsbeziehungen der UdSSR zur Dritten Welt und auf das sowjetische Verhältnis zur Blockfreienbewegung und Befreiungsorganisationen, bleiben wichtige Bereiche nicht erfaßt: vor allem die sowjetischen Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt, die Theorien des „nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" und/oder der „sozialistischen Orientierung".**

### I. UdSSR und Dritte Welt: Wie man sich selber sieht

Die Sowjetunion versteht sich heute als eine im Weltmaßstab handelnde Großmacht. „Es gibt jetzt wohl keinen Winkel der Erde mehr, dessen Verhältnisse bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht so oder anders berücksichtigt werden müßte." (25. Parteitag, 1976) Nicht nur Berücksichtigung dieser Verhältnisse, sondern Mitspracherecht forderte Außenminister Gromyko schon auf dem 24. Parteitag 1971: „Es gibt heute keine irgendwie bedeutende Frage mehr, die man ohne die Sowjetunion oder gar im Gegensatz mit ihr regeln könnte."
Diese Position gilt natürlich auch gegenüber der Dritten Welt und den dortigen Entwicklungen. Moskau betrachtet sich sogar als „natürlicher Verbündeter" der Dritten Welt im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt. Dieses „natürliche Bündnis" wird sowohl mit den gemeinsamen Interessen im Kampf gegen den Imperialismus (sprich Westen), als auch mit dem gemeinsamen Ziel des Sozialismus begründet. In diesem Kampf kann ein Fortschritt nur durch ein Zusammenwirken der „drei Hauptströme unserer Zeit" erreicht werden: „das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung", wobei das „sozialistische Weltsystem ... die entscheidende Kraft im anti-imperialistischen Kampf ist". Ohne Anerkennung dieser Tatsache, und ohne Unterordnung unter die „führende Kraft des Sozialismus" (sprich UdSSR) könne weder die internationale Arbeiterbewegung noch die nationale Befreiungsbewegung einen erfolgreichen Kampf für nationale und soziale Befreiung führen. (2) Daher sind Moskau alle Staaten der Dritten Welt ein Dorn im Auge, die auf die eigenen Kräfte bauen und in Unabhängigkeit – auch vom Ostblock – ihre Ziele verwirklichen wollen.
„Die Anwendung des Prinzips 'sich auf die eigenen Kräfte stützen' durch die Entwicklungsländer – losgelöst von der sozialistischen Gemeinschaft – kann lediglich ihre Unabhängigkeit gefährden, die Position des Neokolonialismus in der 'Dritten Welt' stärken." (3)

### Die 3. Welt: Eingeteilt nach sowjetischer Art

Der alles erfassende Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus läßt auch die Dritte Welt nicht unberührt: „Die 70er Jahre widerlegen die Behauptungen der Ideologen des Imperialismus und des Maoismus über die Existenz einer einheitlichen 'dritten Welt', die irgendeinen vorher nicht bekannten 'dritten Weg' des sozialen Fortschritts gehe. Heute ist deutlich sichtbar, daß mitten durch die ehemalige Peripherie des Imperialismus eine große Trennlinie verläuft." (4)
Wie sieht diese Trennlinie aus? Und welche Länder befinden sich auf welcher Seite dieser Linie, wer ist also dem Sozialismus und wer dem Kapitalismus zuzuordnen?
Zum *ersten* gibt es die Entwicklungsländer, die unmittelbar zur „sozialistischen Gemeinschaft" gezählt werden. In dem Bericht an den 26. Parteitag der KPdSU 1981 waren das Vietnam, Kuba und Laos. (5)

Die Kriterien, nach denen beide Entwicklungswege unterschieden werden, berücksichtigen allerdings weniger – wie häufig auch bei der Beurteilung des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges – die innere Entwicklung eines Landes, als dessen außenpolitische Verhalten gegenüber der UdSSR. In einem 1979 erschienenen Buch (deutsch 1981) „Die befreiten Länder in der Welt von heute", versucht K. Brutenz Kriterien für eine „unabhängige kapitalistische Entwicklung" zu formulieren. Diese Kriterien, die „nur in ihrer Gesamtheit eine mehr oder weniger präzise Handhabe geben", enthalten als 6. Punkt die Forderung nach einem „unabhängigen Kurs und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, um eine Stütze für die selbständige Entwicklung zu schaffen" (6). Es liegt auf der Hand: Wenn man diese Stütze wegschlägt, wie soll man sich dann unabhängig entwickeln können?

Größer ist die *zweite* Gruppe der Länder, die den Weg der „sozialistischen Orientierung" oder den „nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg" gehen. Hierzu werden zum einen die Länder gezählt, die relativ fest die sowjetische Politik unterstützen, wie: Afghanistan, Äthiopien, Angola, Mocambique. Hinzu kommt eine Reihe weiterer Länder, deren Entwicklung mehr oder weniger kritisch verfolgt wird, wie Tanzania, Algerien und Zimbabwe.
Auf der anderen Seite der *Barrikade* stehen die Länder, die den kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. Lange Zeit ging man davon aus, daß dieser Weg die Abhängigkeit vom Imperialismus zementiert. Heute unterscheidet man dagegen zwischen einer abhängigen und einer unabhängigen kapitalistischen Entwicklung. Indien dürfte das bedeutendste Beispiel einer unabhängigen kapitalistischen Entwicklung sein.
Das ist kein Hirngespinst; die gleiche Autorin macht das deutlich, wenn sie schreibt: „Man kann nicht an der sozialistischen ORIENTIERUNG festhalten, ohne einen Kurs auf enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Welt zu verfolgen, und erst recht nicht, wenn man sich feindlich verhält." (7)
Das sowjetische Verhalten gegenüber Somalia ist ein praktischer Beweis für die Umsetzung dieser Politik. Solange Somalia mit der Sowjetunion enge Beziehungen unterhielt, zählte Somalia zu den Staaten mit „sozialistischer Orientierung". Nach dem Rausschmiß der Sowjets wurde Somalia diese Qualität abgesprochen, obwohl sich an den inneren Strukturen des Landes nichts verändert hatte.

**Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Kräften in der Dritten Welt**

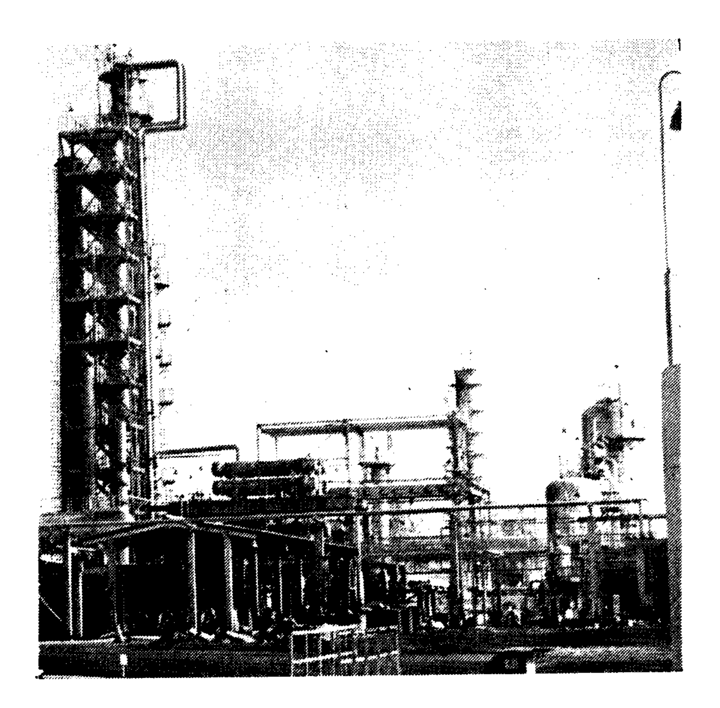
Wie schon ausgeführt, ist die „nationale Befreiungsbewegung" eine der Kräfte, die in Zusammenarbeit mit der UdSSR den Fortschritt in der Welt vorantreibt. Es handelt sich allerdings bei der „nationalen Befreiungsbewegung" nicht nur um Organisationen wie die Frente Polisario, MPLA, FRELIMO, SWAPO oder PLO. Die Rubrik „nationale Befreiungsbewegung" ist sehr viel weiter gefaßt, darunter fallen nämlich:
– *erstens* die kommunistischen Parteien, die sich an die Leitlinie der Moskauer Zentrale halten.
– *zweitens* die sog. nationalen oder demokratischen Massenorganisationen der verschiedensten Art. Befreiungsbewegungen, nationale Einheitsparteien, demokratische Organisationen, Studentenorganisationen etc. International gesehen ist diese Gruppe im wesentlichen in der Afro-Asiatischen Völker Solidaritätsorganisation (AAPSO) zusammengefaßt, in der auch die Sowjetunion und die anderen Länder des Warschauer Paktes eine wichtige Rolle spielen.
– *drittens* die Staaten der Dritten Welt. Diese sind heute sogar der wichtigste Teil der nationalen Befreiungsbewegung. So heißt es in einem Standardwerk von 1972: „Die gegenwärtige nationale Befreiungsbewegung hat im wesentlichen staatliche Form angenommen." (8) Entsprechend konzentriert die UdSSR heute ihre Aktivitäten auf die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt. Und zwar nicht nur auf die fortschrittlichen, die den Weg der sozialistischen Orientierung gehen, sondern auch auf diejenigen, die eine eindeutige westliche Politik betreiben (z. B. Türkei).

**II. Sowjetische Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt**

Die UdSSR will in ihren Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt ein Gegengewicht zu den ausbeuterischen Beziehungen des Imperialismus schaffen und so ein Beispiel geben für die auf Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen basierenden Beziehungen. Wird dieses Ziel in Theorie und Praxis realisiert?

*Wem nutzt die internationale Arbeitsteilung? Oder: Die theoretische Grundlage der sowjetischen Außenhandelsbeziehungen*

Grundlage der ökonomischen Beziehungen ist die Tatsache, „daß die Wirtschaftsstruktur der UdSSR und mehrerer anderer sozialistischer Staaten sowie der Entwicklungsländer sich weitgehend ergänzt. ... (Die) sozialistischen Länder (sind) imstande, ein umfangreiches Sortiment von Industrieerzeugnissen zu exportieren...
Gleichzeitig eröffnet der wachsende sozialistische Weltmarkt die günstigen Perspektiven für den Absatz traditioneller Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer." (10) In klaren Worten: Die Sowjetunion exportiert Industrieprodukte, die Dritte Welt dagegen ihre Rohstoffe: Die Sowjetunion zieht aus diesem Handel mit der Dritten Welt Nutzen. Seit Anfang der 60er Jahre wird er – angesichts zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten – verwendet für den wirtschaftlichen Aufbau in der UdSSR.
„Wichtigstes Ziel des sowjetischen Außenhandels ist die Steigerung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion durch Vergrößerung des Nationaleinkommens über Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung... Der Effekt aus dem Außenhandel durch Ausnutzung der zwischenstaatlichen Arbeitsteilung zeigt sich in dem Verhältnis zwischen dem möglichen nationalen Aufwand für die Produktion des Erzeugnisses, das den Import erübrigen würde, und dem Aufwand für die Herstellung und den Export der Waren,

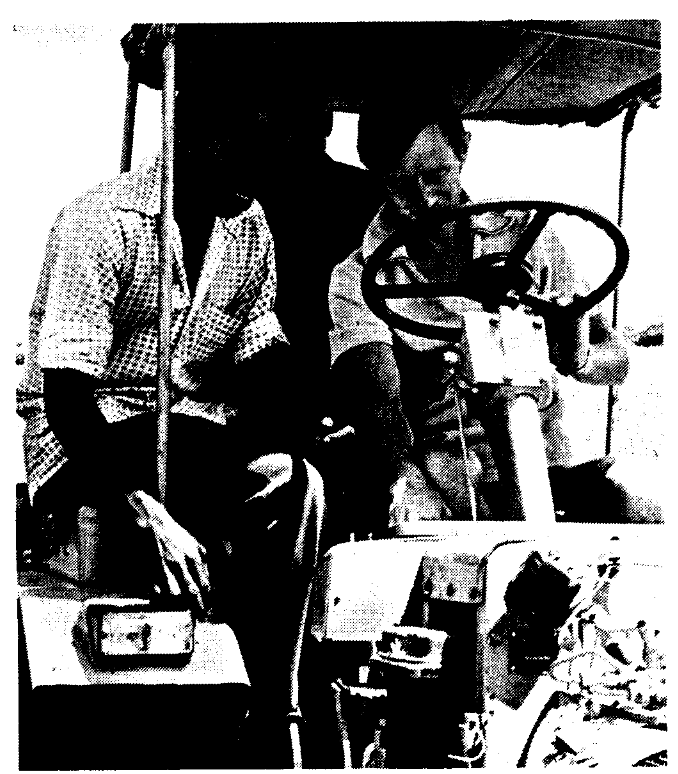


*Mit sowjetischer Hilfe erbaute Ölraffinerie in Assab (Eritrea)*

mit denen der betreffende Import bezahlt wird." (11)
Mit anderen Worten: Die billigeren Produktionskosten z.B. für Rohstoffe in der Dritten Welt sollen ausgenutzt werden. Dafür sollen Produkte, die die UdSSR billiger produziert in die Dritte Welt ausgeführt werden. Bei der Festsetzung der Preise hält man sich an die Weltmarktpreise, obwohl der Weltmarkt von den imperialistischen Ländern beherrscht wird. „Wenn die sozialistischen Länder den Entwicklungsländern nicht in Ausnahmefällen, sondern generell für deren Waren höhere Preise als die Weltmarktpreise zahlen würden, ihre eigenen Waren aber zu niedrigen Preisen verkauften, so hätte das zur Folge, daß die Exportbetriebe der sozialistischen Länder nicht mehr konkurrenzfähig wären... eine solche Hilfe (wäre) auch vom Standpunkt der Interessen der Entwicklungsländer nicht sonderlich effektiv." (12) „... der Außenhandel zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern (kann) nicht auf der künstlich geschaffenen Basis 'gerechter Preise' erweitert werden... Eine Erweiterung dieses Handels kann nur auf der normalen ökonomischen Grundlage erfolgen." (13) D.h., die Sowjetunion macht sich bewußt die internationale Arbeitsteilung zunutze, die ständigen Mittelfluß in die Indu-



*Sowjetische Lada-PKW's im Hafen von Luanda (Angola)*



*Zambianer werden an einem sowjetischen Traktor eingewiesen*

strieländer ermöglicht zu ungunsten der armen Länder der Dritten Welt. Und zwar unabhängig vom bösen Willen Einzelner, lediglich aufgrund der Strukturen der Weltwirtschaft.
Als „Entlastung" führt die UdSSR das Argument an, daß die „Erweiterung des Warenaustausches mit den sozialistischen Ländern und deren aktive Rolle auf dem Weltmarkt das System der Monopolpreise ... zunächst schwächen und dann beseitigen kann." (14) Man geht also nicht davon aus, daß die bestehende internationale Arbeitsteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern an sich schädlich ist, allein schädlich ist die Dominanz der westlichen Monopole, die deswegen überhöhte Preise fordern können. Der Handel mit der Sowjetunion schwächt die Monopolstellung – stellt also den freien Markt wieder her.
Als positiv für die 3. Welt führt der Autor an gleicher Stelle an, daß auf diese Weise „die Außenhandelserlöse der Entwicklungsländer ... eine gewisse Stabilität (erhielten), die unvermittelten starken Preisschwankungen würden überwunden werden." (15) Das ist sicherlich eine positive Auswirkung für die Entwicklungsländer. Hinzu kommt durch die Langfristigkeit der Verträge eine bessere Sicherstellung von Einnahmen. Und nicht zuletzt ist zu erwähnen, daß die Entwicklungsländer für viele Güter im Ostblock Märkte finden, die aus verschiedenen Gründen im Westen nicht abzusetzen sind.
Dennoch will die UdSSR nichts anderes, als ihren Anteil am Weltmarkt auszudehnen. Der Schwächere auf dem Weltmarkt, die UdSSR, fordert, daß die Macht der Multis eingeschränkt werde, nur um sich selbst besser entfalten zu können, um als Partner an dem profitbringenden Handel mit der Dritten Welt teilnehmen zu können.
Sehen wir uns einige der Tatsachen an. Können diese die hier vorgenommene Interpretation bestätigen oder widerlegen?

**Der Handel mit der Dritten Welt: Einige Daten**

Der sowjetische Außenhandel hat in den letzten Jahren stark zugenommen, in absoluten wie in relativen Zahlen. So machten 1980 die Exporte ca. 8,3 % des „produzierten Nationalprodukts" aus. „Das ist die höchste Ausfuhrverflechtung der sowjetischen Wirtschaft in ihrer Geschichte". (15a) Diese Zahlen werden jedoch erst im Vergleich aussagekräftig. International ist sie nur mit den USA zu vergleichen, deren Ex- und Importe ebenfalls – prozentual gesehen – relativ gering sind. In der Bundesrepublik Deutschland erreichten diese Zahlen 23 % und in Japan 12 % (15b).
Der Anteil der Sowjetunion am Welthandel ist ebenfalls relativ gering – die Entwicklungsländer wickeln lediglich 5 % ihres Außenhandels mit der Sowjetunion ab. Die Bedeutung für den sowjetischen Handel ist jedoch größer, wie die folgende Tabelle zeigt. Dabei ist zu beachten, daß die Tabelle nur den Handel mit den sog. „Nicht-kommunistischen Entwicklungsländern" berücksichtigt. Nicht eingeschlossen in diese Zahlen ist also z.B. der Handel mit Cuba und Vietnam, obwohl diese eine wichtige Rolle für den sowjetischen Außenhandel spielen. Hier steht Cuba insgesamt an 5. Stelle, während Vietnam die fünfte Position innerhalb des RGWs einnimmt. Diese Einschränkung ist also bei den folgenden Zahlen zu beachten.

**Sowjetischer Handel mit Nicht-Kommunistischen Entwicklungsländern**
(in Mio. US-$)

| | Handel insgesamt | | Handel mit Entwicklungsländern | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Export | Import | Export | in % des Handels insgesamt | Import | in % des Handels insgesamt |
| 1955 | 3,392 | 3,029 | 141 | 4,2 | 194 | 6,4 |
| 1960 | 5,508 | 5,572 | 334 | 6,1 | 529 | 9,5 |
| 1965 | 8,093 | 7,978 | 1,111 | 13,7 | 807 | 10,1 |
| 1970 | 12,672 | 11,822 | 2,019 | 15,9 | 1,280 | 10,8 |
| 1975 | 33,166 | 36,805 | 4,569 | 13,8 | 4,138 | 11,2 |
| 1976 | 38,110 | 39,074 | 5,087 | 13,3 | 3,815 | 9,8 |
| 1977 | 45,227 | 40,926 | 7,258 | 16,0 | 4,076 | 10,0 |
| 1978 | 51,362 | 49,762 | 8,229 | 16,0 | 4,077 | 8,2 |

Wechselkurse: 1 Rubel entspricht: 1970: $ 1.11; 1975: $ 1.38; 1976: $ 1.33; 1977: $ 1.36; 1978: $ 1.44.
Die Abwertung des Dollars überhöht das Wachstum des Sowjetischen Handels in den 70er Jahren
Quelle: R. E. Kanet, S. 348, nach sowjetischen Angaben (16)

Diese Aufstellung zeigt nicht nur die Bedeutung des 3. Welt-Handels für die Sowjetunion, sondern auch, daß die Sowjetunion in diesem Handel einen Überschuß erzielt, der seit Mitte der 70er Jahre beständig ansteigt. Die Tabelle weist schon 1970 einen Überschuß von 800 Mio. Dollar aus, 1978 ist er bereits auf über 4 Mrd. US-Dollar angestiegen. (17)
Wie sieht es nun mit der Struktur dieses Handels aus? Was wird mit wem gehandelt?
Eine Aufstellung der sowjetischen Statistik „Außenhandel der UdSSR 1978" macht deutlich, daß die UdSSR vor allem Maschinen u.a. Industriegüter in die Dritte Welt ausführt. (18) Ein weiterer wichtiger Faktor des Exports sind die riesigen Waffenlieferungen, die nach verschiedenen Schätzungen 50 % des sowjetischen Exports ausmachen. Nach Schätzungen des neuesten SIPRI-Jahrbuches ist die Sowjetunion zum größten Waffenlieferanten der Welt geworden.
Auf der anderen Seite sieht die Importstruktur wie folgt aus: „1976 z.B. umfaßte Rohöl und Naturgas ungefähr 20 % des Gesamtimports der UdSSR aus den Entwicklungsländern; Lebensmittelimporte, einschließlich Kakao, Kaffee und Tee machten zusätzlich 43 % der Importe aus; der Rest bestand zum größten Teil aus Industrie-Rohmaterialien wie Gummi, Wolle und Eisenerze. Von den sowjetischen Handelspartnern in der Dritten Welt exportierte nur Indien einen signifikanten Anteil von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen 1978 in die UdSSR, ungefähr 7,8 %." (19)
Man kann also sehen, daß die sowjetische Handelsstruktur sich nicht wesentlich unterscheidet von denen der imperialistischen Länder. Die UdSSR exportiert Produktionsmittel – die Dritte Welt Rohstoffe.

**Die Entwicklungshilfe der Sowjetunion für die Dritte Welt**

Die Sowjetunion erklärt, sie trage mit ihrer Hilfe für die Länder der Dritten Welt effektiv dazu bei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit dieser Länder zu sichern. Sie sieht sich jedoch nicht verpflichtet, Forderungen der Entwicklungsländer nachzukommen, Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7 % des Bruttosozialproduktes zu leisten, denn sie fühlt sich nicht verantwortlich für die Rückständigkeit der Dritten Welt. Entsprechend beträgt die Entwicklungshilfe der Sowjetunion an die Dritte Welt auch nur 0,05 % ihres Bruttosozialprodukts. Wichtiger als der Umfang der „Entwicklungshilfe" sind jedoch einige ihrer qualitativen Charakteristika.
1. Die Sowjetunion vergibt meist Entwicklungshilfe-Mittel, die der Empfänger zurückzahlen muß. Ausnahmen beziehen sich in der Regel auf Renommierprojekte.
2. Die Entwicklungshilfe ist liefergebunden, d.h. mit dem aufgenommenen Geld können nur Waren in der UdSSR gekauft werden. Dadurch wird die Entwicklungshilfe zu einem direkten Antrieb für den sowjetischen Export.
3. Die erhaltene Entwicklungshilfe muß zurückgezahlt werden. Dies geschieht, wie in vielen anderen Fällen des „normalen" Handels auch, auf der Basis von Kompensationsgeschäften. D.h., in den meisten Fällen bezahlen die Länder der Dritten Welt mit den Waren, die durch die mit sowjetischer Hilfe gebauten Fabriken hergestellt werden. Ein Beispiel: In Guinea unterstützt die Sowjetunion den Bau einer Bauxitförderungsanlage. Das Geld wird mit Bauxitlieferungen zurückgezahlt.
4. Auf diese Weise eröffnet die sowjetische Entwicklungshilfe überhaupt erst große Möglichkeiten, auch „normale" Handelsbeziehungen mit der Dritten Welt aufzunehmen.
„Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas garantiert sicheren Nutzen auch für die Länder des sozialistischen Weltsystems... So kann die Einsparung, die wir durch die Importe aus den Entwicklungsländern erzielen, den Abfluß von Mitteln, die mit der Bereitstellung von Krediten einhergeht, kompensieren und sogar übersteigen." (20)

**Wer bekommt was in der Dritten Welt?**

Die relativ niedrigen Zahlen des Handels- wie Entwicklungshilfevolumens der UdSSR mit der Dritten Welt verführen leicht dazu, diesen Beziehungen keine große Bedeutung beizumessen.
Aber eine Beschränkung auf eine solche Analyse der Globalzahlen kann leicht in die Irre führen. Eine genaue Aufgliederung der Handelspartner, wie der Entwicklungshilfeempfänger zeigt nämlich, daß sich der Löwenanteil des Handels, wie der Entwicklungshilfe auf wenige Länder konzentriert. Andererseits sind für einzelne Entwicklungsländer die Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion von entscheidender wirtschaftlicher Bedeutung. Mehr als 76 % der sowjetischen Außenhandelsbeziehungen außerhalb des RGW entfallen auf 12 Entwicklungsländer und mehr als 92 % auf 25 Entwicklungsländer. Eine Aufstellung der 12 wichtigsten Handelspartner ergibt folgendes Bild:

**Entwicklung des Außenhandels der UdSSR mit den 12 umsatzstärksten Außenhandelspartnern in der Dritten Welt (ohne RGW)**

| Land | Rang | 1955 – 1976 | Rang | 1976 | Rang | 1977 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Ägypten | 1. | 7.671,9 | 3. | 530,6 | 4. | 492,4 |
| Indien | 2. | 6.952,1 | 2. | 647,5 | 1. | 926,0 |
| Iran | 3. | 3.264,7 | 5. | 444,6 | 2. | 707,5 |
| Irak | 4. | 2.842,8 | 1. | 714,5 | 3. | 602,0 |
| Malaysia | 5 | 2.201,0 | 11. | 107,7 | 12. | 136,4 |
| Brasilien | 6. | 1.803,5 | 4. | 445,5 | 6. | 314,0 |
| Afghanistan | 7. | 1.478,4 | 9. | 154,3 | 9. | 190,1 |
| Argentinien | 8. | 1.392,4 | 7. | 233,9 | 8. | 205,0 |
| Griechenland | 9. | 1.389,2 | | | 5. | 315,8 |
| Algerien | 10. | 1.359,7 | 8. | 190,3 | 10. | 162,8 |
| Syrien | 11. | 1.355,7 | 6. | 235,4 | 7. | 207,0 |
| Türkei | 12. | 1.185,0 | 10. | 114,5 | 11. | 139,1 |

Angaben in Mio Rubel
Zusammenstellung: INTERNATIONALE SOLIDARITÄT 1/79 (21)

Ähnliches gilt für die Entwicklungshilfe. Auch hier sind bis 1977 fast 3/4 aller sowjetischen Kredite in den Nahen und Mittleren Osten, sowie nach Südasien gegangen. Zudem verteilte sich die Hilfe in dieser Region an wenige Länder: Afghanistan, Ägypten, Indien, Iran, Irak, Pakistan, Syrien und Türkei. Sie erhielten volle 71 % der gesamten sowjetischen Hilfszusagen. (22) Eine große Zusage an Marokko (2 Mrd. US-Dollar) und die Türkei (1,2 Mrd. US-Dollar), von 1978, ändert nichts grundlegendes an diesem Bild.

**Sowjetische Entwicklungshilfe an „Nichtkommunistische Entwicklungsländer" von 1956 – 1978 (23)**

| Land | Höhe in 1000 US-Dollar | Anteil an der Gesamthilfe in % |
|---|---|---|
| Gesamt | 17.088 | 100,0 |
| 1. Türkei | 2.380 | 13,9 % |
| 2. Indien | 2.282 | 13,4 % |
| 3. Marokko | 2.098 | 12,3 % |
| 4. Ägypten | 1.440 | 8,4 % |
| 5. Afghanistan | 1.263 | 7,4 % |
| 6. Iran | 1.165 | 6,8 % |
| 7. Pakistan | 921 | 5,4 % |
| 8. Syrien | 768 | 4,5 % |
| 9. Algerien | 716 | 4,2 % |
| 10. Irak | 705 | 4,1 % |
| | 13.738 | 80,4 % |

Es ist sicherlich kein Zufall, daß bis auf Marokko und Pakistan alle Länder dieser Aufstellung auch in der Aufstellung der 12 größten Handelspartner der UdSSR in der Dritten Welt wiederzufinden sind. Dies macht die bevorzugte Bedeutung dieser Länder für die sowjetischen Außenhandelsbeziehungen, zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet, mehr als deutlich.
Gründe der ideologischen Übereinstimmung können es nicht sein, denn dann hätte die Türkei, Marokko oder Pakistan in dieser Vorzugsposition sicherlich nichts zu suchen. Auch wirtschaftliche Gründe können allein keine Antwort geben. Entscheidend ist die strategische Lage der meisten dieser Länder. Sie bilden einen strategischen Gürtel im Süden der Sowjetunion der sowohl einer westlichen Einkreisung entgegenwirken als auch feste Basen schaffen kann für die weitere Expansion. Rein wirtschaftlich bedingt ist die Zusage von 2 Mrd. US-Dollar an Marokko; übrigens das mit Abstand größte Hilfeversprechen, das die UdSSR je gemacht hat. Es dient der Ausbeutung der Phosphatvorkommen in der Sahara. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch Gebiete ausgebeutet werden, die die Polisario beansprucht.

### 5. Gewinnmaximierung à la Moskau

Die UdSSR profitiert *bewußt* von den Mechanismen des Weltmarktes, die sich zu ungunsten der Dritten Welt auswirken. Schon damit ist die UdSSR daran beteiligt, die Reichtümer der Dritten Welt auszubeuten. Aber wie die westlichen imperialistischen Länder, gibt sich auch die Sowjetunion damit nicht zufrieden. Sie hat daher eine Reihe von Methoden entwickelt, die ihre Profite erhöhen und auf der anderen Seite den Schaden für die Dritte Welt vergrößern. Nicht alle diese Methoden können hier im einzelnen aufgezeigt werden. Ich will mich nur auf einige wichtige konzentrieren.

*a) Zwischenhandel:* In ihren Handelsbeziehungen mit der Dritten Welt tritt die UdSSR als Zwischenhändler auf, der natürlich auch einen Zwischenhandelsverdienst kassiert. Dieser Zwischenhandel kann verschiedene Formen annehmen. Eine davon ist, daß die Sowjetunion in der Dritten Welt Waren einkauft und sie umgehend mit Gewinn an Drittländer weiter verkauft. Bekannteste Beispiele sind der Weiterverkauf von Kakao (aus Ghana) und Baumwolle (aus Ägypten) auf dem Weltmarkt.
Eine andere Form – eine besonders lukrative dazu – war bis zum Sturz des Schahs das Röhren-Geschäft UdSSR – Iran – BRD. Im Rahmen dieses Geschäfts erhielt die UdSSR 1,2 Mrd. DM Kredit, mit dem sie Großrohre bei Thyssen einkaufte. Damit wurde eine Erdgaspipeline vom Iran in die UdSSR gebaut. Mit dem Iran wurde ein Liefervertrag über Erdgaslieferungen in die Sowjetunion abgeschlossen. Er dient der Versorgung einiger Unionsrepubliken. Zur Rückzahlung des Kredites liefert die UdSSR sowjetisches Erdgas an die Ruhrkohle AG. Es ist natürlich teurer als das iranische Erdgas.

*b) Zahlungsmethoden:* Ein wichtiger Bestandteil des sowjetischen Dritte-Welt-Handels sind die besonderen Abkommen für die Bezahlung, die ebenso für die Rückzahlung sowjetischer Kredite gelten. Es wird nicht jede Lieferung gesondert bezahlt, sondern es werden Verrechnungskonten eingerichtet und nach einer bestimmten Zeitspanne (z.B. ein Jahr) wird ein Kontoausgleich vorgenommen. Da die UdSSR zunehmend einen Überschuß erwirtschaftet, müssen die Länder der Dritten Welt zunehmend westliche Devisen


*Breschnew und Mengistu Aaile Marion (Äthiopien) nach der Unterzeichnung eines Freundschafts- und Kooperationsabkommens (20. 11. 78)*

zum Ausgleich des Kontos aufwenden. Dies gilt insbesondere für die Waffengeschäfte.
Dieses Verfahren bedeutet, daß der Handel mit der Sowjetunion nicht sehr lukrativ ist. Für ihre Lieferungen in die UdSSR erhalten die Entwicklungsländer nur Waren aus der Sowjetunion, nicht aber Devisen, mit denen sie sich das kaufen können, was sie für sich am wichtigsten halten, sondern nur, was ihnen die Sowjetunion anbieten kann. Auf diese Art und Weise entsteht eine wirtschaftliche Bindung an die UdSSR, die nur durch Nachteile einseitig abgeschüttet werden kann.

c) Diese Art der Bezahlung und Abhängigkeit bietet eine

Reihe weiterer Methoden zur Erhöhung der sowjetischen Gewinne in der Dritten Welt. So weist der indische Autor N. K. Chandra nach, daß die Exportpreise der Sowjetunion in die Entwicklungsländer um ein vielfaches höher sind, als die Preise für die Exporte in die westlichen Industrieländer. Über die Höhe der Exportgewinne gibt die folgende Tabelle Auskunft (25).

**Sowjetische Exportgewinne im Dritte-Welt-Handel**

| | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 |
|---|---|---|---|---|
| Masch. u. Ausrüstung; | 97 % | 102 % | 233 % | 127 % |
| Brennstoffe | 32 % | 27 % | - 18 % | 8 % |
| Mineralien, Metalle | 14 % | 2,5 % | 20 % | 29 % |
| Chemikalien, Düngemittel, Gummi | - 3 % | - 2 % | - 17 % | - 10 % |
| Baumaterial | 431 % | 264 % | 417 % | - 50 % |
| Sonstige Rohstoffe | 12 % | 12 % | 36 % | 27 % |
| Verarbeitete Nahrungsmittel | 2 % | 9 % | - 2 % | - 2 % |
| Konsumgüter | 4 % | 12 % | 100 % | 99 % |
| total | 38 % | 36 % | 35 % | 19 % |
| gewichteter Gesamtgewinn für alle Exporte | 71 % | 76 % | 172 % | 70 % |

Die Gewinne sind definiert: $G=Q(P_o-P_1)$; Q=Menge; P=Preis; Indice: o=Dritte Welt; 1=Industrieländer
Der prozentuale Gewinn: $g=G/(E-G)$; E=ist der Gesamtexportwert eines sowjetischen Produktes in die Dritte Welt
Quelle, Chandra, S. 361

Das sind nur einige Beispiele; viele bezeichnen sie lediglich als „Ausrustscher" – einige kritisieren die Suche nach solchen Beispielen als „Suche nach dem weißen Elefanten" (27). Es sollte allerdings klar sein, daß sich die Sowjetunion auch ohne solche „besonderen Schweinereien" aktiv an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt, weil sie ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gerade so gestaltet hat, daß ein solches Ergebnis herauskommt.

**Ein Fazit über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Dritten Welt**

In den vorherigen Abschnitten ist versucht worden, eine Reihe von Daten und Fakten über die sowjetischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Dritten Welt darzulegen. Welche Schlußfolgerungen sind zu ziehen?
– Der 3.-Welt-Handel ist von ökonomischer Bedeutung für die Sowjetunion, sowohl was die Rohstoffbeschaffung, als auch die Beschaffung von Devisen betrifft.
– Die Dritte Welt ist auch als Absatzmarkt für die in der Sowjetunion produzierten Maschinen und Ausrüstungsgegenstände von Bedeutung, da sie diese aufgrund des relativ niedrigen technischen Niveaus und der geringen Qualität eher in der Dritten Welt als in den westlichen kapitalistischen Ländern absetzen kann.
– Bei diesem Handel macht sich die UdSSR bewußt die überkommene Arbeitsteilung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern zunutze, und verteidigt diese als positiv.
– Zusätzlich versucht die UdSSR durch eine Reihe von Maßnahmen, wie Zwischenhandel, Waffenhandel, Preisgestaltung, etc. Zusatzprofite zu erlangen.
– Damit zeigt sich, daß die sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen zur Dritten Welt nicht auf den Prinzipien der „Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen" basieren, sondern auf Ausbeutungsverhältnissen.
Für die Dritte Welt hat dies natürlich Folgen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion tragen nicht zur Erhaltung und Stärkung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit bei, sondern schaffen neue Abhängigkeitsstrukturen, diesmal jedoch eine Abhängigkeit vom „System des realen Sozialismus". Die meisten Länder der Dritten Welt haben dies erkannt und fordern daher auch von der UdSSR eine Verbesserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.
In diesen materiellen Grundlagen liegt auch die Ursache dafür, daß auf Konferenzen der Dritten Welt (Blockfreienbewegung, Gruppe der 77) die Länder des Westens wie des Ostblocks gleichermaßen als industrialisierte änder begriffen werden, denen die armen Länder des Südens gegenüberstehen. Eine Auffassung, die von der UdSSR als Theorie des „Imperialismus" und „Maoismus" abgelehnt wird.



*Republik Mali (Afrika). Hüttenkombinat in der Hauptstadt Bamako, das mit sowjetischer Hilfe gebaut wurde.*

**Kuba: Eine Ausnahmeerscheinung**

Die Kritik an der Dritte-Welt-Politik der UdSSR wird häufig zurückgewiesen mit dem Hinweis auf das Verlustgeschäft, das die UdSSR mit Kuba und Vietnam macht.
Eine Analyse der ökonomischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba ergibt in der Tat, daß wirtschaftlich diese Kooperation für Kuba von Nutzen ist. Nicht nur, daß die UdSSR und andere RGW-Länder den kubanischen Zucker und Nickel über Weltmarktpreis bezahlen, gleichzeitig werden auch riesige Kredite nach Kuba gepumpt.
Die folgende Statistik macht den Umfang dieser Zuwendungen mehr als deutlich:
Welche Bedeutung und welchen Umfang diese Summe hat, wird erst im Vergleich deutlich. Wie wir gesehen haben, wird die gesamte Entwicklungshilfe der UdSSR zwischen 1956 – 1978 auf 17,1 Mrd. US-Dollar geschätzt. Allein Kuba erhielt aber über 8 Mrd. Dollar. Die Bedeutung für die kubanische Wirtschaft macht eine andere Zahl deutlich. So betrugen 1974 die Investitionen Kubas ca. 1.664,8 Mio. Pesos. (28) Der Zuschuß durch die Sowjetunion in diesem Jahr betrug aber 708 Mio Dollar. Daraus folgt, daß ca. 42 Prozent der kubanischen Investitionen durch fremde, bzw. sowjetische Hilfe finanziert wurden – legt man einen Umrechnungskurs von 1 : 1 zugrunde.
Diese Zahlen sollten nur den Umfang der sowjetischen Hilfe

**Sowjetische Wirtschaftshilfe für Kuba 1961 – 1976 (Mio US-$)[7]**

| | 1961-70 | 1971 | 1972 | 1973 | 1974 | 1975[1] | 1976[2] |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zahlungsbilanzhilfe | 2.550 | 509 | 631 | 437 | 294 | 65 | 110 |
| Handelsbilanzdefizit | 2.160 | 427 | 535 | 404 | 259 | 30[3] | 75[3] |
| Zinszahlungen | 166 | 57 | 69 | –[4] | –[4] | –[4] | –[4] |
| Andere | 224 | 25 | 28 | 33 | 35 | 35 | 35 |
| Zurückzuzahlende Hilfe | 2.550 | 3.059 | 3.691 | 4.128 | 4.422 | 4.487 | 4.597[5] |
| Zuckervorzugspreis[6] | 940 | 56 | - 22 | 154 | 4 | 365 | 897 |
| Petroleumvorzugspreis[6] | – | – | – | – | 370 | 300 | 375 |
| Nickelvorzugspreis[6] | – | – | – | 48 | 40 | 27 | 22 |
| Gesamte kumulative Hilfe | 3.568 | 4.133 | 4.743 | 5.382 | 6.090 | 6.847 | 8.251 |

**Anmerkungen:** 1) Provisorisch, 2) Geschätzt, 3) Handelsbilanzdefizit ohne sowjetische Käufe kubanischen Zuckers in konvertierbaren Devisen, 4) Ein sowjetisch-kubanisches Abkommen vom Dezember 1972 nahm den kubanischen Schuldendienst von weiteren Zahlungen aus. 5) Geschätzte kubanische Verschuldung gegenüber der SU; Bestandteile: a) Geschätzte $ 4,05 Mrd. direkter Zahlungsbilanzhilfe und b) geschätzte $ 550 Mio Entwicklungshilfe. Die SU hat sich 1972 bereiterklärt, den Beginn der Schuldenrückzahlung auf 1986 zu verschieben. 6) Jewels berechnet aus der Differenz zwischen dem sowjetischen Preis und dem durchschnittlichen Weltmarktpreis für die kubanischen Exporte (Importe), multipliziert mit der jeweils exportierten (importierten) Menge in die (aus der) SU. Schenkung, die nicht zurückgezahlt werden muß. 7) Bewertung in US-Dollar dient nur der Illustration. Die realen Hilfszahlungen werden in Waren, die zu Schattenpreisen bewertet werden, getätigt (nicht in harten Devisen), so daß es unmöglich ist, diese genau zu quantifizieren.

Quelle: G. H. Theriot 1978, zit. n. H. Fabian, Der kubanische Entwicklungsweg. Ein Beitrag zum Konzept der autozentrierten Entwicklung, Köln 1981, S. 694

an Kuba deutlich machen (29). Das bedeutet aber nicht, daß damit die Schlußfolgerungen, die bisher gezogen worden sind, außer Kraft gesetzt werden müssen.

Die Sowjetunion selbst macht immer wieder deutlich, daß Kuba und die großen finanziellen Zuwendungen der UdSSR keinen Modellcharakter beanspruchen dürfen. Der Grund für das große finanzielle Engagement der UdSSR liegt einzig und allein in der strategischen Lage Kubas im „Hinterhof" der USA.

Das läßt sich die UdSSR etwas kosten.

## III. Die Sowjetunion und die Blockfreienbewegung (30)

Wie verhält sich die Sowjetunion gegenüber politischen Bewegungen der Dritten Welt, die auf der staatlichen Ebene organisiert sind? Exemplarisch soll hier die sowjetische Haltung gegenüber der Blockfreienbewegung untersucht werden – der Organisation also, in der sich heute nahezu 100 Länder der Dritten Welt zusammengeschlossen haben, um ihre Unabhängigkeit zu sichern und Einfluß auf die internationalen Beziehungen zu nehmen (30a).

Die UdSSR hat ihre Haltung zur Blockfreienbewegung mehrmals verändert, obwohl sie stets ihre „immerwährende Unterstützung" beteuert hat. Nachdem es nach 1947 zwischen den ehemaligen Kriegsalliierten zum Bruch kam, verkündete Moskau die Zwei-Lager-Theorie. Ihr zufolge konnte es im kalten Krieg zwischen Moskau und Washinton keine Neutralität geben. „Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns." Titos Jugoslawien bekam das nach 1948 zu spüren, ebenso wie die Führer der nichtkommunistischen jungen Nationalstaaten (wie Nasser, Nehru, Sukarno), die als „Lakaien des Imperialismus" gebrandmarkt wurden. (31)

Zwei Entwicklungen führten jedoch zu einem Sinneswandel: die drohende Einkreisung der UdSSR durch die USA und das neutrale Verhalten Indiens während des Korea-Krieges. Unter Chruschtschow setzte sich der Sinneswandel endgültig durch. Neutralität und Blockfreiheit wurden nun unterstützt, die Beziehungen zur Dritten Welt entwickelt und deren Führer „rehabilitiert". Bulganin verglich sogar den ehemaligen „Hauptverräter Ghandi" 1955 mit Lenin: „Ghandi lehrte in Indien, wie Lenin in Rußland lehrte." (32)

Abgesegnet durch den 20. Parteitag der KPdSU (1956) wurden die Blockfreien nun einer „weltweiten Zone des Friedens" zugerechnet, „die sowohl sozialistische und nichtsozialistische Staaten Europas und Asiens einschließt". Diese sollten sogar maßgeblich an der UNO beteiligt werden. Chruschtschow schlug daher 1960 vor, den UN-Generalsekretär durch ein „Troika" (Dreiergespann) zu ersetzen, die aus je einem Vertreter des sozialistischen, des kapitalistischen und des neutralen „Blocks" zusammengesetzt sein sollte. Ein Vorschlag der allerdings in der Dritten Welt auf wenig Gegenliebe stieß und den die UdSSR bald wieder fallen ließ.

Die UdSSR machte zur gleichen Zeit jedoch deutlich, daß der „positive Neutralismus" (= Blockfreiheit) der afroasiatischen Staaten nicht um seiner selbst willen unterstützt wurde. Er war willkommen als Schutzwall gegen die USA und als Durchgangsstadium um einen Sozialismus sowjetischer Prägung zu errichten. So hieß es 1963: „Die Politik der Paktfreiheit (eben dieser positive Neutralismus, K. F.) ist die Alternative zu einer proimperialistischen Außenpolitik und kann nur im Vergleich (da)zu... als eine Errungenschaft angesehen werden. Den neuen Typ der internationalen Beziehungen schaffen das sozialistische System, die Außenpolitik der sozialistischen Staaten." (33)

Die nationalen Führer der Dritten Welt dachten allerdings selten daran die Rolle zu übernehmen, die Moskau für sie vorsah. Sie machten deutlich, daß ihre Zusammenarbeit nicht aus ideologischer Übereinstimmung herrührte, sondern der Verwirklichung ihrer nationalen Interessen diente. Dies, wie die Welle nationaler Befreiungsbewegungen seit Ende der 50er Jahre, änderte erneut die sowjetische Haltung gegenüber der Dritten Welt. Ein Neutralismus der nur dem Frieden diente reichte nicht mehr aus. Jetzt ging es um den Fortschritt über den „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" in der Dritten Welt selbst. Wesentliche Kennzeichen dieses Entwicklungsweges sind das Vorgehen gegen westliches Kapital, soziale und demo-

kratische Reformen sowie die Zusammenarbeit mit der UdSSR.
Der Gründung der Blockfreienbewegung, die sich 1961 in Belgrad anbahnte, stand die Sowjetunion mit Skepsis gegenüber, zumal dieser Zusammenschluß stattfand ohne eigene Mitwirkung, aber unter maßgeblicher Beteiligung des Erzrevisionisten Tito.
Moskau setzte stattdessen mehr auf den Zusammenschluß der vermeintliche radikaleren Kräfte in der AAPSO (Afro-Asiatische Völkersolidaritätsorganisation), die 1957 unter sowjetischer Teilnahme gegründet worden war. Der Belgrader Konferenz bekundete man demonstrativ Mißachtung, indem man am Eröffnungstag der Konferenz eine Atombombe zündete.
Später begrüßte man zwar die Ergebnisse der Blockfreienkonferenzen von Belgrad und Kairo (1964) mit „solidarischer Kritik", verstärkte auch die Bemühungen zu zweiseitiger Zusammenarbeit, maß der Blockfreienbewegung jedoch kaum Bedeutung bei. Daran änderte sich auch in den folgenden Jahren nichts, obwohl man nach der Machtübernahme Breschnews (1964) mehr und mehr die Auffassung entwickelte, daß Blockfreiheit dann eine positive Rolle spielen könne, „wenn Teilnehmer die Versuche zurückweisen, ihre Länder mit den sozialistischen Staaten zu konfrontieren" (Pravda, 3.9.1970)
Dies schien nicht gewährleistet zu sein, als Tito nach der sowjetischen Besetzung der CSSR 1968 den Versuch unternahm, die seit 1964 schwelende Krise der Blockfreienbewegung zu beheben. Deshalb versuchte der Kreml das Zustandekommen der Gipfelkonferenz 1970 in Lusaka zu verhindern und propagierte stattdessen eine „Konferenz aller anti-imperialistischen Kräfte", die in Moskau stattfinden sollte. Dieser Plan schlug fehl, denn die Blockfreienbewegung entwickelte sich in den 60er Jahren zu einer bedeutenden Kraft auf der internationalen Ebene. Ein Taktikwechsel war unumgänglich. Zwar begrüßte man auch weiterhin die gegen den Westen gerichteten Aktionen, verschärfte aber gleichzeitig die Angriffe auf die Blockfreienbewegung und ihren, von beiden Blöcken unabhängigen Kurs. 1973 schickte Breschnew gar einen Brief an den algerischen Präsidenten anläßlich der 4. Gipfelkonferenz in Algier, in dem er vor „den Bemühungen warnte, die blockfreien Staaten den sozialistischen Ländern gegenüberzustellen." Besonders heftig werden in Moskau Auffassungen gerügt, Osten wie Westen seien in ihrer Blockpolitik gleichermaßen zu kritisieren und die Welt sei geteilt in einen „armen Süden" und in einen „reichen Norden".
Erst seit 1976 sind andere Töne zu hören. Ohne die theoretischen Grundlagen zu verändern, stellt sich Moskau jetzt als Verteidiger der Einheit der Blockfreienbewegung hin. Jetzt wird der Versuch unternommen, die Bewegung ganz auf Moskauer Linie auszurichten und zwar durch eine starke, pro-sowjetische Fraktion, unter kubanisch-vietnamesischer Führung. Besonderen Vorteil erhoffte man sich aus der Tatsache, daß Kuba von 1979 bis 1982 seine Funktion als Vorsitzender der Bewegung in diesem Sinne nutzen könne.
Bisher hatte man diesen Erfolg nicht. Insbesondere die vietnamesische Besetzung Kampucheas und die sowjetische Invasion in Afghanistan haben entscheidend dazu beigetragen, daß die ursprünglichen Grundlagen der Blockfreiheit, nämlich Unabhängigkeit von beiden Blöcken, gefestigt und bestätigt wurden. Deshalb konnte sich die Blockfreienbewegung 1981 in Dehli darauf einigen, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu verurteilen. In der sowjetischen Presse wurde das kaum berichtet; die Tatsache allein auf das Wirken imperialistischer Kreise zurückgeführt, die der Blockfreienbewegung „ihr fremde Fragen" aufgezwungen hätten.



*Blockfreiengipfel 1983 in New Dehli*

Zusammenfassend läßt sich also sagen: von der Sowjetunion wird wirkliche Blockfreiheit, wirkliche Unabhängigkeit von beiden Blöcken nicht akzeptiert als langfristige Perspektive der internationalen Politik und des Unabhängigkeitsstrebens der Dritten Welt. Im Gegenteil, die Sowjetunion versucht die Blockfreien an sich zu binden und sie gegen den Westen zu mißbrauchen. „Die Positionen, auf denen bisher die Außenpolitik der Länder der 'Dritten Welt' beruhte, müssen präzisiert werden. So genügen positive Neutralität und Nichteinmischung heute schon nicht mehr den Anforderungen, die an die Außenpolitik der jungen Nationalstaaten gestellt werden. Eine nichtkapitalistische Entwicklung ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Sie erfordert im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus eine Annäherung an die sozialistische Gemeinschaft, ein klares Verständnis der sozialen Natur des Sozialismus und des Imperialismus sowie die Ablehnung der Theorien von den 'armen' und 'reichen' Ländern oder von den 'zwei Supermächten'. (34)

**IV. Das Verhältnis der UdSSR zu Befreiungsorganisationen Einige Anmerkungen**

Das Verhalten der UdSSR gegenüber den Befreiungsbewegungen (ich beschränke mich hierbei auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg) ist genauso schillernd, wie gegenüber der Blockfreienbewegung.
Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg konzentrierte sich die UdSSR auf die Sicherung ihres neuhinzugewonnenen Gebietes in Europa. Gegenüber der Dritten Welt und den dortigen Bewegungen war man zurückhaltend. Zu erwähnen sind aber dennoch die Unterstützung Tschiang Kai-Schecks in China, die Versuche, in den Verhandlungen mit den USA die Treuhandschaft über die ehemaligen italienischen Kolonien in Afrika zu erhalten (Eritrea, Libyen), sowie die Tatsache, daß die Sowjetunion am 26.5.1948 als erster Staat Israel diplomatisch anerkannte. Bis 1954 ging die Sowjetunion davon aus, daß der Befreiungskampf in der Dritten Welt nur unter der Führung der kommunistischen Parteien die politische Unabhängigkeit bringen könne. Dementsprechend wurde in den Ländern, wo Befreiungsbewegungen unter bürgerlicher Führung die Unabhängigkeit erreichten (Indien, Indonesien etc.), zum Sturz eben dieser Regierungen aufgerufen. Sie wurden als „Lakaien des Imperialismus" eingeschätzt. (35)

Erst die Zeit nach 1954 brachte die Wende: der Kampf gegen den Imperialismus sollte nun in breiten Einheitsfronten geführt werden. Auch die nationale Bourgeoisie sollte einbezogen werden, denn ihr wurde jetzt große Bedeutung beigemessen. Aber auch in der Zeit unter Chruschtschow (bis 1964) war das Verhältnis zu vielen Befreiungsbewegungen getrübt. Chruschtschow hatte die These aufgestellt, daß angesichts der Existenz von Atomwaffen und der Stärke des sozialistischen Lagers die „friedliche Koexistenz" das Gebot der Stunde sei. Die Befolgung dieser Politik sollte auch die Möglichkeit des „Friedlichen Wegs" zur Unabhängigkeit ermöglichen. Von den nationalen Befreiungsbewegungen wurde deshalb eine Einstellung des bewaffneten Kampfes gefordert, da aus diesen lokalen Befreiungskriegen größere Konflikte mit den USA entstehen könnten. „Ein Funke kann einen Steppenbrand entfachen." Diese schon fast legendäre Aussage der sowjetischen Führer richtete sich gegen die im bewaffneten Kampf stehenden Befreiungsbewegungen. Die Strategie des Volkskrieges wurde als abenteuerlich abgelehnt.

So kann es nicht verwundern, daß in dieser Zeit z.B. Vietnam so gut wie keine effektive Unterstützung erhielt und die UdSSR auf einen Verhandlungsfrieden ohne Erreichung des Kampfzieles drängte. Es sei hier nur am Rande vermerkt, daß die Sowjetunion sich in dieser Zeit gegen die algerische Befreiungsbewegung stellte: sie erklärte Algerien zu einem festen Bestandteil Frankreichs. Im übrigen bestand ja auch gerade in dieser unterschiedlichen Stellung zum „Volkskrieg" eine der Hauptdifferenzen zwischen der UdSSR einserseits, und China, Kuba und Vietnam andererseits. Dies zeigte der Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz der Drei Kontinente (Trikontinentale) 1966 in Havanna.

Nach der Machtübernahme Breschnews 1964 änderte sich das Bild, u.a. als Antwort auf die beginnende Eskalation der amerikanischen Kriegsführung in Vietnam. Die „friedliche Koexistenz" als Leitlinie der sowjetischen Außenpolitik wurde aufgegeben, der „proletarische Internationalismus", also die Bereitschaft bewaffnete Kämpfe zu unterstützten, gewann wieder größere Bedeutung. Und heute sind aus Moskau Positionen zu vernehmen, die fast wortwörtlich aus der anti-KPdSU-Polemik der Chinesen von 1963 (Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung) abgeschrieben sein könnten. „Der proletarische Internationalismus ist die grundlegende Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Außenpolitik des Sozialismus." (36)

Dieser „Sinneswandel drückte sich jedoch nicht aus in einer vorbehaltlosen Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen. Meist versuchte die UdSSR mit ihrer Hilfe politische Bedingungen durchzusetzen (z.B. Art der Waffen, Militärberater etc.), oder sie unterstüzte Befreiungsbewegungen nur dann, wenn sie sich von den Investitionen langfristigen Einfluß versprach. Vier Beispiele mögen dies belegen:

– Heute ist die MPLA eine durch die UdSSR anerkannte Befreiungsbewegung. Ja, der militärische Sieg der MPLA war überhaupt nur möglich, durch den Einsatz der UdSSR. Dieses Verhältnis war jedoch nicht immer so ungetrübt. Entsprechend der allgemeinen Linie unterstützte die UdSSR die MPLA nur wenig. Abgesehen von der Vergabe einiger Stipendien beschränkte sich die UdSSR auf die Lieferung einiger Dutzend Gewehre aus dem 2. Weltkrieg. Als die MPLA 1968 den Einmarsch in die CSSR kritisierte, wurde die Hilfe zeitweise eingestellt. (37) Erst als sich 1973 die Auseinandersetzungen zwischen MPLA, UNITA und FNLA zuspitzten, reagierte die UdSSR mit großzügigen Waffenlieferungen. Und auch die kubanische Hilfsaktion wäre ohne sowjetische Hilfe nicht möglich gewesen.

–Als zweites Beispiel mag Zimbabwe gelten. Die UdSSR stand der ZANU, der Organisation Mugabes, immer mit Zurückhaltung gegenüber und unterstützte mehr die ZAPU. Der Grund dafür liegt sicherlich zum einen darin, daß die ZANU die Auffassung vom „sich stützen auf die eigenen



*Kubanische Soldaten in Angola*

Kräfte" zu einer wichtigen Grundlage ihrer Politik machte, und zum zweiten nicht daran dachte, ihre Beziehungen zu China zugunsten der UdSSR zu opfern.
Diese Haltung der ZANU hatte nicht nur im Befreiungskampf Folgen, sondern auch in der Stellung der UdSSR zum befreiten Zimbabwe. Der Rechenschaftsbericht Breschnews an den 26. Parteitag 1981 gibt da interessante Hinweise. So heißt es zu Beginn des Berichtes: „Von neuen Siegen war der revolutionäre Kampf der Völker gekennzeichnet. Beweise dafür sind die Revolutionen in Äthiopien, Afghanistan und Nikaragua, der Sturz des volksfeindlichen, monarchistischen Regimes im Iran." (38)
Der Leser stutzt. Es fehlt Zimbabwe. Zimbabwe taucht an anderer Stelle des Berichts auf, als Beweis dafür, „daß sich die Herrrschaft der 'klassischen' Kolonialisten und Rassisten ihrem Ende nähert". (39)
Diese Darstellung ist sicherlich kein Zufall und macht die Skepsis deutlich, mit der die UdSSR der ZANU, den von ihr geführten Befreiungskampf und jetzt der von ihr geführten Regierung in Zimbabwe gegenübersteht.
– Aber Befreiungsbewegungen, die der UdSSR nicht gefallen, werden nicht nur nicht unterstützt. Wo notwendig, ordnet sich die UdSSR auch ein in die Reihe der aktiven Gegner der betreffenden Bewegung. So bekämpft die UdSSR heute die kommunistischen Parteien in Südostasien (Thailand z.B.), die sich im vietnamesisch-kampucheanischen Konflikt gegen Vietnam und die UdSSR gestellt haben. Noch deutlicher wird diese Haltung gegenüber Eritrea. Im Kampf gegen das Feudalregime Haile Selassies wurde die eritreische Bewegung unterstützt. Heute, da eine sowjetfreundliche Regierung in Addis Abeba an der Macht ist, wird sie, da separatistisch und konterrevolutionär, mit Hilfe sowjetischer und kubanischer Waffen bekämpft.

**V. Einige Schlußfolgerungen**

In den vorhergehenden Ausführungen wurden nur einige Aspekte der sowjetischen Dritte-Welt-Politik dargestellt. Viele wichtige Bereiche (Entwicklungskonzeption, Militärbeziehungen, etc.) blieben unerwähnt. Auch kann natürlich eine so globale Analyse wie diese Einzeluntersuchungen (z.B. Länderanalysen) nicht überflüssig machen. Leider ist es aber so, daß viele der existierenden Einzelanalysen überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden.
Dennoch lassen sich meiner Meinung nach aus dem in diesem Artikel vorgelegten Material einige Schlußfolgerungen zur Beurteilung der sowjetischen Politik ziehen.
1. Die Sowjetunion ist politisch, militärisch und ökonomisch eine Großmacht, die für sich beansprucht, daß jede internationale Frage mit ihrer Beteiligung gelöst werden kann; die auch in der Lage ist, zur Unterstützung dieses Anspruchs an jedem Punkt der Welt militärisch präsent zu sein.
2. Die sowjetische Politik in der Dritten Welt wird vom sowjetischen Eigeninteresse bestimmt. Wirtschaftlich steht die Stärkung der sowjetischen Wirtschaft im Vordergrund, politisch eine Schwächung westlicher Positionen, bis hin zur Verdrängung des Westens.
3. Die Verringerung und Liquidierung des politischen und ökonomischen Einflusses der imperialistischen Mächte des Westens ist auch im Interesse der Länder der Dritten Welt, ist auch ihre Forderung. Ihr Ziel ist jedoch: vollständige Unabhängigkeit. Das sowjetische Ziel ist jedoch ein anderes. Überall wo sie dazu in der Lage ist, baut sie politische, ökonomische und militärische Abhängigkeiten auf. Ihr Ziel ist also die eigene Vorherrschaft und nicht wirkliche Unabhängigkeit der Dritten Welt.
4. Zur Sicherung ihres Einflußbereiches scheuen die UdSSR und ihre Verbündeten auch nicht vor direkter militärischer Intervention zurück (Afghanistan, Kampuchea, in Europa z.B. CSSR 1968), bzw. drohen mit dem Einsatz militärischer Mittel.
5. Dies macht deutlich, daß Unabhängigkeit und Fortschritt in der Dritten Welt nur gegen die UdSSR erkämpft werkann kann, obwohl die Ausnutzung der sowjetischen Haltung für die Dritte Welt von Bedeutung ist (dazu weiter unten).

**Und wie sind die inneren Verhältnisse der UdSSR zu beurteilen?**

Gegen eine solche Einschätzung der sowjetischen Dritte-Welt-Politik wird oft der Einwand erhoben, daß Voraussetz ung für solche Schlußfolgerungen eine umfassende Analyse der inneren sowjetischen Gesellschaftsstruktur sei. Die DKP argumentiert, daß diese Thesen falsch seien, da die UdSSR ein sozialistisches System habe und somit *per Definition* kein Interesse an der Ausbeutung der Dritten Welt haben könne. Und R. K. schreibt in einer Buchbesprechung der „Peripherie", daß eine „Analyse innergesellschaftlicher Beweggründe (notwendig sei), um glaubhaft ableiten zu können, ob es sich hierbei um eventuelle verfehlte Akte internationaler Solidarität einer sozialistischen Vormacht handelt oder um Bestandteile einer imperialistischen Weltherrschaftsstrategie – womit nur zwei Extreme möglicher Beurteilung benannt sind." (40)
So richtig es ist, die Forderung nach einer Analyse der gesellschaftlichen Triebkräfte von Außenpolitik aufzustellen, wird diese Forderung doch zu einer Kritikabwehr an der sowjetischen Politik, stellt man mit diesem Argument die offensichtliche Tatsache in Frage, die zeigt – auch von der Sowjetunion letztlich nicht verheimlicht – daß es der UdSSR um die Ausbreitung des Systems des „realen Sozialismus", und damit eines internationalen Systems unter sowjetischer Führung geht. Denn dort, wo die UdSSR bisher die Möglichkeit hatte, Beziehungen auf neuer Grundlage herzustellen, wie z.B. im Ostblock, kann davon ja nicht die Rede sein. Sondern auch hier: Vorherrschaft der UdSSR, und wer sich widersetzt, der muß mit militärischer Intervention rechnen.
Von daher sei vielleicht auch einmal ein Umkehrschluß erlaubt. Wenn immer vom Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik gesprochen wird, zurecht wie ich meine, dann muß doch eine offensichtlich auf Vorherrschaft zielende Außenpolitik auch entsprechende ökonomische Grundlagen haben.
Kurzum. Es geht darum, daß mit der Forderung nach Analyse der ökonomischen Triebkräfte in der UdSSR nicht die berechtigte Kritik an ihrer Politik relativiert wird, mit dem Hinweis: Weil eine Analyse der innergesellschaftlichen Struktur fehlt, könne man nicht sagen, ob es sich vielleicht nicht doch um „verfehlte Akte internationaler Solidarität" handeln würde.

**UdSSR: Taktisch Konterrevolutionär – objektiv revolutionär?**

Ein weiteres Argument, daß letztlich zur Verteidigung der UdSSR dient, wird auch von denjenigen geäußert, die viele konkrete Punkte der Kritik an der Politik der UdSSR teilen. Exemplarisch sei hier E. Krippendorff zitiert: „Aber: obwohl taktisch konterrevolutionär, bleibt der sowjetischen Außenpolitik doch ein objektives revolutionäres Element erhalten, und zwar insofern, als sie unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz de facto gezwungen ist, mit gesellschaftlichen Gruppen und politischen Klassen

zusammenzuarbeiten, die sich aus der Dominanz des amerikanischen Kapitalismus bzw. Imperialismus zu befreien suchen." (41)
Richtig ist an diesem Argument sicherlich, daß die Länder der Dritten Welt die Widersprüche zwischen den beiden Großmächten UdSSR und Sowjetunion zu ihrem Gunsten ausnutzen können und müssen. Aber wird damit die sowjetische Außenpolitik zu einer revolutionären? Die Geschichte zeigt uns, daß es schon immer zum Repertoire einer Großmacht gehörte, Befreiungsbewegungen im Einflußbereich des Gegners zu unterstützen. Der deutsche Faschismus unterstützte zum Beispiel die Bewegungen in Nordirland und baute Beziehungen zu indischen Bewegungen auf, um den Konkurrenten England zu schwächen. Wurde diese Politik dadurch revolutionär? Oder die Politik der USA.
Die sowjetischen Veröffentlichungen sind hier etwas realistischer als die Politik einiger Kräfte in der BRD, die die Behauptung aufstellen, daß die USA noch nie Befreiungsbewegungen unterstützt habe.
„... es ist bekannt, daß, während die USA ihre Expansion in Asien und Afrika während der Nachkriegszeit entwickelte, sie manchmal heimlich, und manchmal auch offen, gegen England und Frankreich handelte, die auf den größten Teil dieser Territorien vorherrschten. In dieser Periode unterstützte die USA nicht selten patriotische Kräfte, die gegen die traditionellen probritischen und profranzösischen Regimes auftraten, wurde den Ländern, die nach Befreiung von der ökonomischen Hegemonie Englands und Frankreichs strebten, vorteilhaftere Bedingungen ökonomischer Abkommen ... vorgeschlagen." (42)
Eine Beschreibung, die sicherlich einen Vergleich mit der Beurteilung der sowjetischen Politik heute standhält. Deswegen ist auch das Argument der zeitweisen Unterstützung amerikanischer Bewegungen kein Beweis für die revolutionäre sowjetische Außenpolitik. Auch wenn die nationalen Befreiungsbewegungen diesen Widerspruch ausnutzen müssen: Mit dem weltweiten Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus hat das nichts zu tun, sondern es ist der Kampf von zwei Großmächten um Einflußsphären. Unabhängigkeit von beiden Blöcken, und nicht Bündnis mit der Sowjetunion, ist deshalb zurecht die Perspektive für eine unabhängige Entwicklung der Völker der Dritten Welt.

Klaus Fritsche

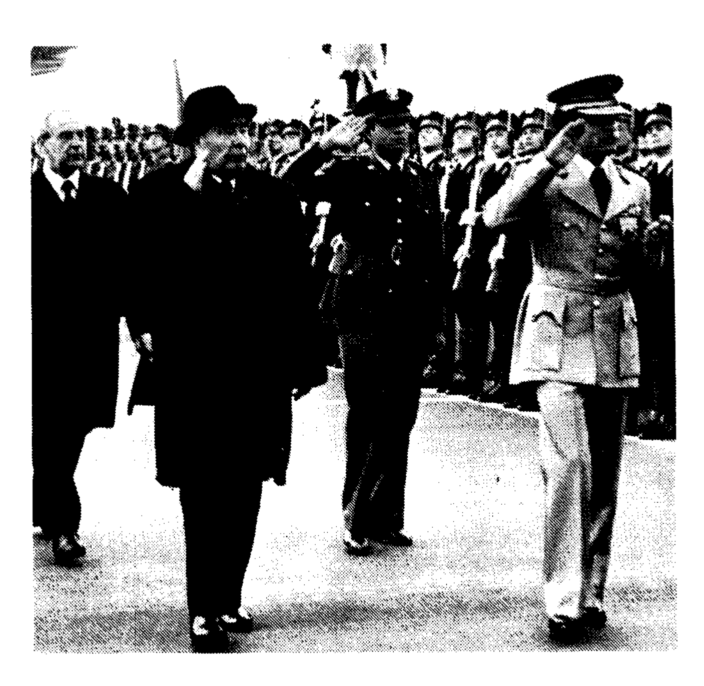
Anmerkungen

1) D. G. Tomaschewski, Die internationalen Beziehungen der Gegenwart, Frankfurt/M. 1973, S. 67 f
2) Alle Zitate aus: Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller anti-imperialistischen Kräfte, Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 12, Berlin (DDR) 1969
3) J. V. Formitschewa, Einige Besonderheiten der Wirtschaftspolitik der VR China in den Ländern der Dritten Welt, in: Problemi dal 'nego vostoka, Moskau Nr. 1, 1972, S. 34
4) K. Kim, Soziale Entwicklung und ideologischer Kampf in den Entwicklungsländern, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 8/1980, S. 835
5) Rechenschaftsbericht des ZK an den XXVI. Parteitag der KPdSU, in: Sowjetunion heute, Sonderheft März 1981, S.4
6) K. Brutenz, Die befreiten Länder in der Welt von heute, Berlin (DDR) 1981, S. 30
7) a.a.O., S. 53
8) A. Iskenderow, Die nationale Befreiungsbewegung, Frankfurt/M. 1972, S. 80
9) entfällt
10) S. I. Tjulpanow, politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt 1972, S. 177
11) S. Skatschkow, in: Außenhandel UdSSR, Moskau 1974, Nr. 6 S. 44
12) S. I. Tjulpanow, a.a.O. (10), S. 185
13) ebenda
14) S. I. Tjulpanow, a.a.O. (10), S. 184
15) ebenda
15a) Sowjetunion 1978/79, München/Wien 1979, S. 189
15b) ebenda, S. 189
16) R. E. Kanet, Soviet Policy toward the developing world: The Role of Economic Assistance and trade, in: R. H. Donaldson (Ed.), The Soviet Union in the Third World: Successes and Failures, Croom Helm 1981, S. 348
17) ebenda
18) zit. nach R. E. Kanet, a.a.O. (16), S. 350/51
19) ebenda, S. 348 f.
20) Razvivajusciesja strany v mirovoj politike, (Entwicklungsländer in der Weltpolitik), Moskva 1970, S. 23
21) nach sowjetischen Quellen: Außenhandel UdSSR, 1977, Nr. 11, S. 38 ff, zit. n. Bruno Engel, Rubel statt Dollar – Ausweg für die Dritte Welt, in: Internationale Solidarität 1/79, S. 45
22) vgl. R. E. Kanet, a.aO. (16), S. 337 f.
23) nach amerikanischen Schätzungen, vgl. R. E. Kanet, a.a.O. (16), S. 339/340
24) vgl. dazu: Konrad Melchers, Sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew, Berlin 1980, S. 152
25) N. K. Chandra, UdSSR and Third World: Unegual Distributions of Gains, in: Economic and Political Weekly, Vol. XII, Nos. 6, 7, 8, Annual Number 1977, S. 349-376.
26) vgl. K. Melchers, a.a.O. (24), S. 155
27) vgl. Peripherie 5/6, S. 218 in einer Besprechung über das Buch von K. Melchers
28) H. Fabian, Der kubanische Enwicklungsweg, Köln 1981, S. 707
29) Welche Folgen diese Finanzierung für die kubanische Entwicklung hat, bedarf sicherlich einer gesonderten Untersuchung
30) vgl. ausführlich dazu: Klaus Fritsche, Die Bewegung Blockfreier Staaten in sowjetischer Sicht, Osteuropa 2/83
30a) zur Geschichte und Bedeutung der Blockfreienbewegung vgl. Leo Mates, Es begann in Belgrad, Percha 1982
31) vgl. D. Dallin, Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod, Köln 1961, S. 347. Dort sind eine große Zahl von Beispielen dargelegt.
32) M. Rossi, The Third World. The Unaligned Countries and the World Revolution, New York 1963, S. 144
33) M. Kremnjow, Die paktfreien Länder und die Weltpolitik, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 4/1963, S. 295
34) R. A. Uljanowski, Der Sozialismus und die befreiten Länder, Berlin (DDR) 1973 – S. 367)
35) vgl. Fußnote 31)
36) S. P. Sanakojew / N. I. Kaptschenko, a.a.O. (9), S. 79
37) vgl. K. Melchers, a.a.O. (24), S. 46
38) Rechenschaftsbericht an den XXVI. Parteitag, a.a.O. (5), S. 3
39) a.a.O., S. 7
40) Peripherie 5/6, S. 217
41) E. Krippendorff, Sowjetunion: revolutionäre Außenpolitik in kapitalistischer Umwelt, in: E. Jahn (Hrsg.). Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik, Frankfurt 1975, S. 49
42) Razvivajusciesja strany v mirovoj politike (Entwicklungsländer in der Weltpolitik), Moskau 1970, S. 20

# Russischer Bär, Freund der Völker, oder was?

## Zu den innergesellschaftlichen Grundlagen sowjetischer Außenpolitik

**Betrachtet man die sowjetische Außenpolitik der letzten Jahrzehnte vor allem auch aus der Sicht der Dritten Welt, so bietet sich ein vielgestaltiges und widersprüchliches Bild. Unzweifelhaft hat die Unterstützung der Sowjetunion – wie auch der VR China – Wesentliches zum Sieg der indochinesischen Befreiungsbewegungen beigetragen. Problematisch ist schon die schwankende Unterstützung, welche Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika zuteil wurde; im Kampf um die Befreiung Namibias wie auch in der Abwehr der drohenden US-Intervention in Zentralamerika steht die Sowjetunion wenigstens verbal auf der Seite der Befreiungsbewegungen und der sandinistischen Regierung. Dem steht entgegen z.B. die Kehrtwendung von der Unterstützung der eritreischen Befreiungsbewegung zu ihrer blutigen Bekämpfung an der Seite der äthiopischen Militärregierung; die Kooperation mit einer Reihe von repressiven Regimen der Dritten Welt, denen nach Bedarf sogar das Gütezeichen „sozialistische Orientierung" zuteil wird; schließlich die offene militärische Intervention in Afghanistan und eine Kriegsführung der Sowjetischen Armee in diesem Land, die unvoreingenommenen Beobachtern Assoziationen zur US-Kriegsführung in Vietnam aufdrängt.**
**Diese Einzelfälle, deren Liste sich fortsetzen ließe, erfordern jeweils eine genauere Analyse. Sie sollte klarmachen, daß einfache Erklärungsmuster hier nicht hinreichen. Anstatt nun eine theoretisch abgeschlossene Erklärung anzubieten, möchte ich hier einige Hinweise auf innere Verhältnisse der Sowjetunion geben, die Ansatzpunkte zum Verständnis ihrer Außenpolitik sein können. Daneben geht es mir um die vor allem auch politisch dringend notwendige Kritik an einigen gängigen Denkmustern. Die Dynamik staatlicher Außenpolitik ist schwer zu verstehen ohne den Rückgriff auf die innergesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Dynamik bestimmen. Die sowjetische Außenpolitik hat aber auch eine historische Dimension, auf die ich eingangs kurz eingehen möchte.**



*Der libysche Staatschef Gaddafi wird von Breschnew auf dem Moskauer Flughafen empfangen (27. 4. 81)*

### Partei und Staat (Kurzer Rückblick)

Als L.D. Trockij gleich nach der Oktoberrevolution Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten wurde, trat er nach eigenem Bekunden sein neues Amt in der Annahme an, es bald wieder zu verlassen: Auf dem Programm der Sowjetregierung stand die Liquidierung staatlicher Außenpolitik, in erster Linie der Geheimdiplomatie und die Schaffung solidarischer Beziehungen zu revolutionären *Völkern*. Trockij blieb in der Tat nicht lange im Amt: Wenige Monate später trat er aus Protest gegen den Diktatfrieden zurück, den der Sowjetstaat in Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich schließen mußte. Sein Nachfolger Cicerin legte in den folgenden Jahren die Grundlagen für die sowjetische Diplomatie, wie wir sie kennen. Geheim- und Kabinettsdiplomatie wurden wieder in ihre Funktionen eingesetzt. Trockij selbst wandte sich dem Aufbau der Roten Armee zu – Verteidigungsinstrument der Revolution, aber auch staatlicher Zwangsapparat und schließlich Mittel zur Etablierung der Sowjetmacht in den meisten Gebieten des ehemaligen Zarenreichs. Seit 1917/18 hat der Dualismus zwischen Partei und Staat die Außenbeziehungen der Sowjetunion nachhaltig geprägt. Die Kommunistische Partei sollte zusammen mit der Kommunistischen Internationale nach außen die kämpfenden KPn und ihre Bundesgenossen unterstützen, das Außenkommissariat unterhielt diplomatische Beziehungen auf Staatsebene. Schwierig wurde es, wenn beide Bestrebungen zueinander in Widerspruch gerieten: Schon früh wurden solche Fälle zugunsten der *staatlichen* Interessen der Sowjetmacht entschieden. Gerechtfertigt wurden solche Entscheidungen mit dem Argument, der Sowjetstaat selbst sei die stärkste Kraft der Weltrevolution und müsse daher an erster Stelle verteidigt werden. Mit der Proklamation des „Aufbaus des Sozialismus in einem Land" wurden etwa ab 1923 erst recht die *nationalen* Interessen der Sowjetunion gleichgesetzt mit den Interessen der Weltrevolution und im konkreten Fall den Interessen der chinesischen, spanischen Revolution übergeordnet.
Dieser gedrängte Abriß sollte soviel klar gemacht haben: Die Bol'seviki gehörten während des Ersten Weltkrieges zu den wichtigsten Vertretern einer grundsätzlich gegen den Krieg gerichteten, internationalistischen Position innerhalb des Welt-Sozialismus. Sie formulierten zugleich als erste eine konsistente, sozialistisch orientierte revolutionäre Perspektive für die kolonisierten Länder (1a). Die Umsetzung dieser programmatischen Position in praktische Politik nahm schon bald ambivalenten Charakter an: In dem Maße, wie



die bolschewistische Partei mit dem reorganisierten Staatsapparat verschmolz, wurden auch in der Außenpolitik die staatlichen und bald das *nationale* Staatsinteresse der Sowjetunion bestimmend. Dieses Staatsinteresse wurde zudem mit den Interessen der „Weltrevolution" identifiziert. Es kam so immer mehr zur *staatlichen* Orientierung der sowjetischen Außenbeziehungen und zur aktiv betriebenen Einbeziehung der Sowjetunion in das System zwischenstaatlicher Beziehungen. Damit muß aber auch deren Logik übernommen werden; das bedeutete den endgültigen Abschied von „revolutionärer Außenpolitik", wie sie den bolschewistischen Führern nach dem Sturm auf das Winterpalais vorgeschwebt haben mag (1). Revolutionäre Ansprüche sind für die Erben der Oktoberrevolution, die Außenpolitik im Interesse ihres Staates betreiben, weitgehend nur noch von legitimatorischem Interesse. Das liegt in der Logik nationalstaatlicher Interessenpolitik und entzieht sich *auf dieser Ebene* moralisierenden Betrachtungen. Die konkrete weltpolitische Lage, in der die sowjetische Außenpolitik betrieben wird (u.a. die Rivalität zur *überlegenen* Supermacht USA), schafft aber Übereinstimmungen zwischen revolutionärer Phraseologie und den staatlichen Interessen der Sowjetunion. Dies ist mit eine Erklärung dafür, daß die revolutionären Anfänge etwa in einigen der eingangs aufgelisteten Beispiele noch erkennbar sind.
Eine Ambivalenz erhalten diese Vorgänge nicht als Akte staatlicher Außenpolitik, sondern dann, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Emanzipation betrachtet. *Erklärt* werden können diese konkreten Aktionen der sowjetischen Außenpolitik so freilich nicht. Solche Versuche sind immer auf innergesellschaftliche Begründungszusammenhänge verwiesen. Dabei soll nicht übersehen werden, daß ein Leitmotiv sowjetischer Außenpolitik die wirkliche oder angebliche Gefährdung und Einkreisung ist. Zumindest historisch hat sie unstreitige Berechtigung. Auch wenn man dies ernst nimmt, sind spezifische Reaktionsweisen und Strategien ihrerseits aber erklärungsbedürftig. Bezogen auf die Dritte Welt muß in erster Linie die These vom Verfolgen imperialistischer Ziele bzw. vom „Sozialimperialismus" geklärt werden, die ernst genommen ja auch vor allem eine Annahme über die inneren Verhältnisse der UdSSR einschließt.

**Ohne Kapitalismus kein Imperialismus**

„Imperialismus" wird seit der Einführung des Begriffs für die koloniale Expansion kapitalistischer Staaten *in erster Linie* als Bündel von Widersprüchen verstanden. die sich aus einem bestimmten Entwicklungsstand des Kapitalismus, aus Akkumulations- und Verwertungsproblemen ergeben: Überakkumulation, Monopolismus, Kapitalexport, Realisationsprobleme usw. (2). Diese Erscheinungen sind nur denkbar im Rahmen einer kapitalistischen Ökonomie, und so bemühen sich die Vertreter der unterschiedlichen Schattierungen der „Sozialimperialismus"-These auch, den Kapitalistischen Charakter der Sowjetunion nachzuweisen (3). Den sehr weitreichenden Debatten, die dadurch ausgelöst und angerissen werden, kann hier nicht nachgegangen werden.
Autoren, die am sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution festhalten, sehen sich zu mehr oder weniger gelungenen Gewaltmärschen durch die sowjetische Geschichte auf der Suche nach dem Wendepunkt, dem Sündenfall oder der Konterrevolution gezwungen. Die Gegenwartsanalyse kann sich darauf beschränken, zu untersuchen, ob in der Sowjetunion kapitalistisch gewirtschaftet wird oder nicht.
Ein kapitalistisches Wirtschaftssystem hat zur Mindesvoraussetzung die Geltung des Wertgesetzes als bestimmende und prägende Struktur: Das bedeutet nicht allein die Vergleichbarkeit verschiedenster Produkte anhand der in ihnen vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeitszeit (Wert*rechnung*), sondern auch ihr Auftreten als *Waren* auf dem *Markt*. So entsteht überhaupt erst die spezifische Dynamik des Kapitalismus, „der immanente Trieb und die beständige Tendenz des Kapitals, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern" (4). Dies hängt mit dem Charakter des 'kapitalistischen Produktionsprozesses' zusammen: Er ist nach Marx „Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß. . ., kapitalistische Form der Warenproduktion" (5).
Die Herrschaft des Marktes und die Warenform der Produkte (5a) ist wenigstens nach Marx entscheidend für die Frage, ob Kapitalismus existiert oder nicht. Ausrechnen, wieviel Arbeitszeit durchschnittlich in einer Gesellschaft zur Herstellung eines Stuhls benötigt wird, kann man natürlich unter allen möglichen gesellschaftlichen Verhältnissen; wenn aber der Stuhl nicht für einen anonymen Markt produziert wird, ist es schwerlich möglich, von kapitalistischer Warenproduktion zu sprechen. Das läßt sich anhand der sowjetischen Verhältnisse verdeutlichen. Produktionsentscheidungen fallen hier zunächst über ein kompliziertes System von „Plänen". Am bekanntesten sind die der globalen Steuerung dienenden Fünfjahrpläne. Sie müssen jedoch auf Vorgaben für einzelne Unternehmen und Betriebe, schließlich für die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen (Normen) kleingearbeitet werden. Daraus entsteht

ein kompliziertes Steuerungssystem mit Problemen, die sich ein Kapitalist nicht träumen läßt: Ein berühmtes Beispiel ist die Definition von Planvorgaben. In einem einfachen Fall befolgt der Betrieb die Anweisung, ein bestimmtes Quantum Nägel nach *Gewicht* zu liefern – mit der Produktion von dicken und großen; die Anforderung nach einer *Anzahl* von Nägel – mit der Lieferung von kleinen und dünnen Nägeln. An diesem simplen Fall zeigt sich einerseits die Schwierigkeit zur Steuerung einer riesigen Vielzahl von Variablen über die Zentrale, andererseits in sehr krasser Form das Fehlen des Marktes, auf dem ein solches Unternehmen kein Vierteljahr überlebt hätte.
Das seit über 50 Jahren andauernde Bemühen, in der Sowjetunion Plan- und Rentabilitätskriterien miteinander zu vereinbaren, scheitert immer wieder nicht zuletzt an der Schwierigkeit, „Rentabilität" zu bestimmen: Sie bedeutet auf Betriebsebene etwas anderes als auf der Ebene eines Industriezweigs, und gesamtwirtschaftlich kann eine „unrentabel" arbeitende Branche durchaus nützlich oder gar notwendig sein. Ohne die Möglichkeit, über Jahre hinaus „unrentable" Investitionen ohne Rücksicht auf einen Markt vornehmen zu können, wäre die industrielle Entwicklung der Sowjetunion seit 1929 undenkbar gewesen.
Dieses Modell einer forcierten, auf quantitatives Wachstum ausgerichteten und mit gewaltigen gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Kosten erkauften Industriealisierung vor allem im Produktionsgüterbereich („Abteilung I") stieß Mitte der 50er Jahre an eine Grenze: Der Übergang von der „extensiven" zur „intensiven" Phase der Industrialisierung fordert vor allem die ständige Innovation des Produktionsprozesses, die Marx für den Kapitalismus mit der Wirkungsweise des „relativen Mehrwerts" (5a) begründet hatte. Ein vergleichbarer Mechanismus fehlt aber in der Sowjetunion: der als Errungenschaft der Oktoberrevolution fortbestehende faktische Kündigungsschutz gibt ihnen die Möglichkeit individueller Weigerung (6). Auch hier zeigt sich das Fehlen des (Arbeits-)Markts als zentrale Determinante der wirtschaftlichen Effizienz in der Sowjetunion.
Ganz ähnlich steht es, wenn wir fragen, wer nun eigentlich die „Bourgeoisie" in dem „staatskapitalistischen" Modell sein soll, das die Theoretiker des „Sozialimperialismus" implizit zugrunde legen müssen. Am ehesten läßt sich da die „Bürokratie" ausmachen – die freilich sogleich in die unterschiedlichsten Teile zerfällt, wenn man sie näher untersucht. Für die hier wesentliche Frage der Dynamik des Wirtschaftssystems und seiner Innovationsfähigkeit ist besonders die Lage der Betriebsleiter von Bedeutung (7). Der kapitalistische Unternehmer erscheint als Motor des technischen Fortschritts der Produktivkräfte; er agiert so aus einer Reihe von Gründen, die unmittelbar mit den Grundstrukturen des Kapitalismus zusammenhängen: Es besteht die Möglichkeit, über den relativen Mehrwert die Ausbeutungsrate der Arbeitskraft zu steigern, solche Gewinne werden andererseits dadurch nivelliert, daß Neuerungen in einem Industriezweig verallgemeinert werden (tendenzieller Ausgleich der Profitrate) (7a). Der sowjetische Betriebsleiter dagegen steht Neuerungen in der Produktion bestenfalls ambivalent gegenüber. Erst recht ist er nicht, wie der kapitalistische Unternehmer gezwungen, seine Produktion ständig umzuwälzen. Da Betriebsleiter in der UdSSR nach wenigen Jahren ausgewechselt werden, besteht für sie kaum ein Interesse, das Risiko von Innovationen auf sich zu nehmen. So könnte etwa die Einführung neuer Verfahren dazu führen, daß der Betrieb die Planziffern für die laufende Planperiode verfehlt. Auf der anderen Seite wird der Betriebsleiter durch das Ziel der Planerfüllung angehalten, Überkapazitäten, verdeckte Reserven an Arbeitskräften, Material usw. aufzubauen, um desto sicherer den Plan einhalten und wenn



möglich „übererfüllen" zu können. Solche Verhaltensweisen belegen ganz deutlich den nichtkapitalistischen Charakter dieser Kandidaten für die „Staatsbourgeoisie", der sich letztlich herleitet aus dem Fehlen der zentralen Notwendigen Bedingung für die Existenz einer Bourgeoisie: dem privaten Eigentum, d. h. der absoluten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.
Nun ließe sich einwenden, daß die sowjetische Bürokratie „als Klasse" oder „als Schicht" sehr wohl über die Produktionsmittel verfüge. Das ändert aber nichts daran, daß diese Verfügungsgewalt, soweit sie besteht, eine *andere* ist als das bürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln. Diese Eigentumsform ist definiert durch die *absolute*, nur durch sehr weite und allgemeine Regelungen („Sozialbindung") eventuell eingeschränkte Verfügungsmöglichkeit des Eigentümers. Ein sowjetischer Betriebsleiter oder auch ein für einen ganzen Industriezweig zuständiger Minister kann aber kein Stück seines Betriebs oder Industriezweigs einfach verkaufen, dagegen kann er sehr wohl äußerst kurzfristig abgesetzt werden und so sogar seine Zugehörigkeit zur Bürokratie verlieren. All dies entspricht nicht der Struktur einer Bourgeoisie. Über die Klassenstruktur der sowjetischen Gesellschaft freilich ist damit nur *negativ* ausgesagt, daß eine der beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft hier nicht auszufinden ist.
Festzuhalten ist zunächst, daß aus der kurzen Untersuchung des Innovationsverhaltens der sowjetischen Bürokratie und der damit verknüpften Probleme deutlich wurde, daß ein „Kapitalverwertungsprozeß" in der Sowjetunion offenbar fehlt. Dieser Abwesenheit von „Kapital" und seiner „Verwertung" entspricht auch das Fehlen einer expansiven, ökonomisch bestimmten Dynamik. Damit aber fehlt die materielle Grundlage des kapitalistischen Imperialismus. Das alles heißt nicht, daß in der Sowjetunion der Sozialismus bereits aufgebaut und der Kommunismus im Aufbau begriffen wäre; es heißt genauso wenig, daß die Sowjetunion keine expansive Außenpolitik betreibt oder gar, daß diese Außenpolitik etwa „revolutionär" wäre, was schon ihrem staatlichen Charakter widerspräche (vgl. o.). Damit ist nur gesagt, daß die ökonomische Struktur der sowjetischen Gesellschaft *nicht* kapitalistisch ist. Ohne diese These im hier gegebenen Rahmen vollständig begründen zu können, werde ich im folgenden einige weitere Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse der Sowjetunion unter der Prämisse entwickeln, daß die *Gesellschaft sowjetischen Typs* eine Grundstruktur *sui generis* aufweist. D.h., sie ist eine Gesellschaft, die ohne sozialistisch zu sein und die auch nicht zum Sozialismus übergeht, doch nicht kapitalistisch zu nennen ist, sondern ihr eigenartige Grundstrukturen aufweist. Aus ihnen können einige Züge der sowjetischen Außenpolitik zumindest verständlicher gemacht werden.

### Die Imperative des „Plans"

Wir haben festgestellt, daß in der Sowjetunion ein gesamtgesellschaftlicher Steuerungsmechanismus fehlt, wie wir ihn bei allen Einschränkungen im Einzelnen aus dem Kapitalismus mit dem Markt kennen. Wie sich im Einzelnen zeigen läßt (8), werden Matkt-Elemente höchstens im nachhinein und deshalb mit sehr geringer Effizienz in den Wirtschaftsablauf eingeführt. Als gesamtgesellschaftliches und -wirtschaftliches Steuerungsmittel erscheint dagegen der zentrale Plan. Durch den Plan sollen die verschiedenen Wirtschaftssektoren aufeinander abgestimmt werden, soll bestimmt werden, in welchem Verhältnis die Abteilung I zur Abteilung II (Konsumgüter) stehen soll, d.h. welche Teile des Produktionspotentials in die Akkumulation und wieviel davon in die Konsumtion gehen sollen. Der Plan wird auf der Grundlage der Angaben der unteren Ebenen vom ZK (Zentralkomitee) und Ministerrat der UdSSR beschlossen. Er ist damit ein wesentliches *politisches* Mittel zur Steuerung der sozialen Entwicklung über längere Zeiträume hinweg. Im Bezugssystem der bürgerlichen Gesellschaft sind „Wirtschaft" und „Gesellschaft" „politisiert". Das politische und gesellschaftliche Monopol (9) der KP führt darüber hinaus zur Zentralisierung dieser politischen Strukturen, die auch durch die periodischen Versuche der letzten Jahre zur „Dezentralisierung" im Kern nicht modifiziert wurden. Wie schon erwähnt, muß der Plan für einzelne Unternehmen und Betriebe in Kennziffern umgesetzt werden, nach denen die Produktionsziele definiert werden. Die formale Erfüllung der Planziffern wird so zur Aufgabe der Betriebsleitung, die ebenso formale Erfüllung der aus diesen Planziffern sich ergebenden Norm zur Aufgabe der Arbeiter. Diese von außen gesetzten Vorgaben sind unmittelbar als Ausdruck gesellschaftlicher Macht erfahrbar. Auch das unterscheidet die sowjetische Gesellschaft vom Kapitalismus, wo die wahren Herrschaftsverhältnisse verschleiert sind durch die scheinbare Gleichheit aller als Anbieter und Käufer auf dem Markt. Aufgrund dieser unmittelbar „politischen" Herrschaftsverhältnisse sind hier auch Streiks immer sogleich „politisch", nie „rein ökonomisch" (10). Das Zustandekommen des Plans ist für die einzelnen Betroffenen deshalb aber nicht durchsichtiger, die Rationalität der Planziele nicht einsehbarer. Bei der Planerfüllung artikulieren sich daher unmittelbare, persönlich-individuelle Interessen. Dies findet seinen Ausdruck in der formalen Erfüllung des Plans.
Die Konsequenzen dieser Tatsache sind zahlreich: Verschleierte Kapazitäten und Ressourcen auf allen Ebenen; geringe Qualität und Präzision der Produktion; damit ein hoher Anteil an Ausschuß und ein volkswirtschaftlich stark ins Gewicht fallender, seinerseits ineffizienter Reparatursektor; dies wieder bedeutet brachliegende Kapazitäten einerseits und zusätzliche Engpässe in der Konsumgüterversorgung andererseits. Hinzu kommen aus diesen und ähnlichen Gründen Schwierigkeiten im Austausch zwischen verschiedenen Industriebranchen, zwischen Landwirtschaft und Industrie, im Distributionsbereich, vor allem auch im Transportwesen, das bei der Ausdehnung des Landes von überragender Bedeutung ist.
Diese Engpässe haben politische Implikationen, etwa wenn die Versorgung der Massen mit Konsumgütern, Wohnungen, Transport usw. einen kritischen Tiefpunkt erreicht. Berichte über Streiks deuten auf eine sehr schnelle Reaktion der politischen Instanzen einerseits in Form von lokalen materiellen Zugeständnissen, andererseits durch massiven Einsatz staatlicher Gewalt hin. Mit Sicherheit setzt die Strategie der Reagan-Administration, die Sowjetunion durch zusätzliche Bindung von Ressourcen im Militärbereich „totzurüsten", bei aller Abenteuerlichkeit hier höchst realistisch an einem wunden Punkt auch der Legitimation des bestehenden Herrschaftssystems an.
Für das Wirtschaftssystem als Ganzes ergibt sich zunächst, daß die Bezeichnung „Plan" insoweit unzutreffend ist, da damit die bewußte Steuerung ökonomischer Abläufe gemeint ist. Dies ist offenbar mit dem bestehenden System bestenfalls abschnittsweise zu erreichen. Es ist deshalb vorgeschlagen worden, von *„Organisation"* zu sprechen (11): Diese Bezeichnung soll unterstreichen, daß die chaotisch verlaufende Produktion und Distribution durch relativ zufällige, oft im Nachhinein erfolgende Eingriffe partiell von oben organisiert wird, wobei sich die realen wirtschaftlichen Prozesse zuletzt doch „hinter dem Rücken" der Handelnden ereignen. Ein einleuchtendes Beispiel ist das nun schon jahrzehntealte Bestreben, den Konsumgütersektor gegenüber der Abteilung I auszuweiten; diese Vorgabe taucht in

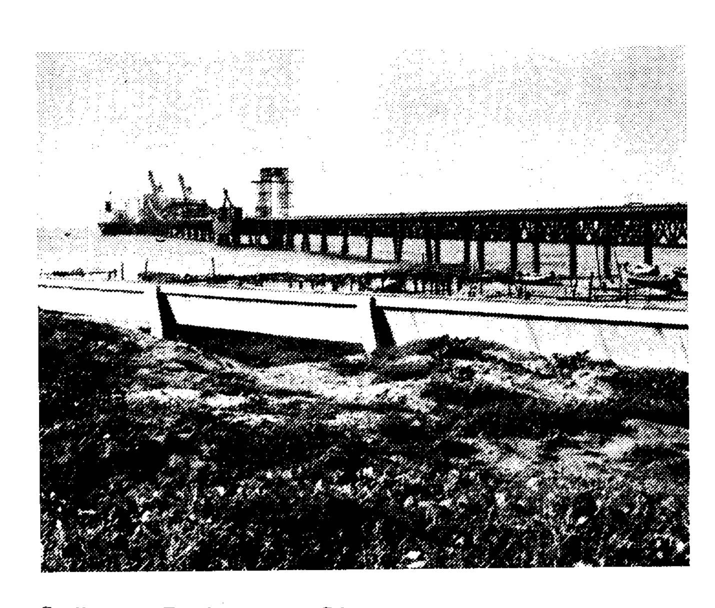
den Fünfjahrplänen immer wieder auf, ohne daß diese grundsätzliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur bisher gelungen wäre.
Die Tendenz zur partikularen Hortung von Ressourcen aller Art in den Betrieben wird verstärkt durch die so gegebene Unsicherheit der Belieferung. Die hohe Akkumulationsrate – d.h. die Zuweisung von Ressourcen in die Produktion von Produktionsgütern der Abteilungen I und II – verschärft noch weiter die Knappheit an Ressourcen (12). Dem Warenhunger der Konsumenten entspricht ein Ressourcenhunger, der auf dem gegebenen Niveau offenbar nicht mehr ausschließlich im Land selbst gedeckt werden kann. In erster Linie folgen daraus die Bestrebungen der sowjetischen Führung, in verschiedenen Kooperationsformen – Technologieimport, joint ventures u.a. – westlich-kapitalistische Länder an der Erschließung der Ressourcen vor allem Sibiriens zu beteiligen. Der Technologieimport ergibt sich freilich auch aus der Tatsache, daß nicht nur die Einführung, sondern auch die Entwicklung von Innovationen bis zur Produktionsreife in der Sowjetunion auf innergesellschaftliche Probleme zu stoßen scheint (13).
Für das Verhältnis der Sowjetunion zur Dritten Welt ergibt sich daraus zweierlei: Einerseits ist die Sowjetunion gezwungen, ihren Devisenbedarf über den Außenhandel zu decken. Dies führt zu Rohstoffexporten in die entwickelten kapitalistischen Länder und Industriewarenexporte in die Dritte Welt. Gerade diese Exporte haben jedoch einen so

## Defensiver Expansionismus

Das Gesagte läßt einige Schlußfolgerungen zu hinsichtlich der Aktionsmöglichkeiten und -gründe der sowjetischen Machthaber auf internationaler Ebene und besonders in der Dritten Welt. Dabei möchte ich unterscheiden zwischen den grundlegenden Linien der sowjetischen Außen- und Militärpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und andererseits „taktischen" Verschiebungen, die gegenüber diesen „strategischen" Vorgaben sekundäre Bedeutung haben. Dies Verhältnis zwischen der grundsätzlichen, strategischen Orientierung und andererseits noch taktischen Vorteilen, wo diese sich bieten, möchte ich mit dem Begriff „defensiver Expansionismus" umschreiben.
Als die schwächere Weltmacht in ökonomischer und vermutlich auch in militärischer (15) Hinsicht hat die Sowjetunion auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine Politik verfolgt, die in erster Linie der Sicherung des eigenen Territoriums und seines im Zweiten Weltkrieg gewonnenen Vorfeldes diente. Dieser Sicherung des status quo in Europa und auf globaler Ebene entsprach auch die sehr zurückhaltende Politik gegenüber Befreiungsbewegungen, deren schließlicher militärisch-politischer Erfolg die Position der Sowjetunion am Ende gestärkt hat. Das gilt in unterschiedlicher Ausprägung für China, Indochina oder das Südliche Afrika; am Erfolg der cubanischen Revolution etwa war die Sowjetunion offensichtlich völlig unbeteiligt.



*Sowjetische Schiffe werden mit togolesischem Phosphat beladen*



*Siedlung von Erdölarbeitern in Sibirien*

bescheidenen Umfang, daß von einer Abhängigkeit auch einzelner Länder der Dritten Welt kaum gesprochen werden kann (14). Die Ablehnung der Aufnahme Mocambiques ins COMECON unterstreicht dies wie auch die deutliche mangelnde Absorptionsfähigkeit der COMECON-Ökonomien gegenüber „Entwicklungsländern". Andererseits besteht eine Tendenz steigender Abhängigkeit vor allem der kleineren COMECON-Staaten, aber begrenzt auch der Sowjetunion selbst von Rohstofflieferungen aus der Dritten Welt. Auch das hat bisher kaum zur Herausbildung von Abhängigkeitsverhältnissen geführt, die man als „imperialistisch" bezeichnen könnte: Prominente Handelspartner sind Argentinien und Brasilien; Cuba dagegen, das zweifellos von der Sowjetunion ökonomisch abhängig ist, wird angesichts der immensen Kosten für die Sowjetunion und das COMECON wohl schwerlich ökonomisch „ausgebeutet".

Die erwähnte technologische Abhängigkeit der Sowjetunion von den entwickelten kapitalistischen Ländern trägt zu dieser defensiven strategischen Grundhaltung ebenfalls bei. Sie betrifft wichtige Bereiche der Maschinenausstattung, der Computertechnologie u.a. – ein Blick in die Tagespresse belegt dies anhand der Auseinandersetzung über den Osthandel. Vergegenwärtigt man sich das Lamento rechter Ideologen bei uns über die angebliche Rohstoffanhängigkeit, in die Westeuropa durch die sehr begrenzten Lieferungen der UdSSR u.a. von Erdgas zu geraten drohe, so läßt sich wohl ermessen, daß eine derartige, viel massivere Abhängigkeit von Technologie-Importen, aggressiven Gelüsten auf strategischer Ebene recht enge Grenzen setzt.
Zugleich ist die Verbesserung der Versorgung der Massen mit Konsumgütern aller Art zur dringenden ökonomischen und politischen Notwendigkeit geworden. Der Rüstungssek-



*Demonstration gegen Kubaner und Sowjets in Zaire*

tor bedeutet aber für die Sowjetunion – zumal bei der durchgängig geringen Effizienz und Produktivität der Industrie – einen ständigen Abzug von dringend benötigten Ressourcen aus der Abteilung II (oder doch aus Bereichen der Abteilung I, die für die Abteilung II produzieren). Das Problem der sowjetischen Wirtschaft liegt eben nicht in der Absorption von überschüssigem Kapital durch dessen Export oder seine Vernichtung in Form einer ständig gesteigerten Rüstungsproduktion, sondern im relativen *Mangel* an Ressourcen für produktive Investitionen und für den Massenkonsum. Daran ändert sich auch nichts, wenn man berücksichtigt, daß dieser Mangel durch die systemimmanente Verschwendung von Ressourcen aller Art ständig verschärft wird: Die Konkurrenz des relativ ineffizienten sowjetischen Rüstungssektors mit der technologisch hochstehenden und äußerst produktiven US-Rüstungsindustrie spitzt das Problem noch zu. Gemäß der Blocklogik, der sich die sowjetische Führung verpflichtet fühlt, zwingt dies Konkurrenzverhältnis zur ständigen Verlagerung von Ressourcen in einen Produktionszweig, dessen Wachstum und selbst Existenz von der Wirtschaftslogik her gesehen eigentlich schädlich ist; die sozialen Spannungen unterstreichen dies.

Dies alles spricht klar *gegen eine globale Aggressivität der sowjetischen Außenpolitik*. Aktionen zur Sicherung des eigenen Machtbereichs in Europa, angefangen von der Niederwerfung der ungarischen Revolution 1956 über die Besetzung der CSSR 1968 bis hin zur Interventionsdrohung und zum Kriegsrecht in Polen 1981 ff widersprechen dem keineswegs. Diese Vorgehensweisen widersprechen zwar dem Anspruch gesellschaftlicher Emanzipation; betrachtet man sie aber vom Standpunkt notwendiger Positionen. Auch hier zeigt sich freilich das Verharren in der Logik der Blöcke und der gegenseitigen Abschreckung, doch konstituiert dies noch keine imperialistische Politik.

Auch die Versuche, in der Dritten Welt einzelne Positionen zu gewinnen, unterstreichen dies. Auch hier greift die weltweit geltende Logik, sich nach Möglichkeit der anderen, überlegenen Supermacht gegenüber in Vorteil zu setzen. Betrachtet man die Ergebnisse dieser Versuche und vor allem ihr häufiges Scheitern, so treten die Unterschiede zu imperialistischer Expansion, Ausbeutung und Herrschaft deutlich hervor. Ägypten seit Sadat oder auch Somalia belegen deutlich, daß intensive Kooperation mit der UdSSR und auch ein in diesen Fällen nicht unerhebliches Maß an ökonomischer Hilfe der Sowjetunion nicht in der Lage waren, Abhängigkeiten zu schaffen, die in die Tiefe der soziaökonomischen Strukturen dieser relativ fernab liegenden Länder eingedrungen wären. Nach der Abwendung des jeweils herrschenden Regimes von dem sowjetischen Kooperationspartner war es ein Leichtes, das alte *strukturelle* Abhängigkeitsverhältnis von den USA wieder zur Geltung zu bringen. Der UdSSR und den COMECON-Ländern stehen Äquavalente zum „Kapitalexport" oder zur Durchdringung der ganzen Welt mit multinationalen Konzernen nicht zur Verfügung. Wo Abhängigkeiten aufrechterhalten werden, wie im Fall Cubas, bringen sie wirtschaftlich nicht nur nichts ein, sondern kommen die Sowjetunion und ihre Verbündeten so teuer zu stehen, daß sie Einzelfälle bleiben müssen, die durch sehr spezifische weltpolitische Interessenkonstellationen bedingt sind.

Dies wird auch durch die Entwicklung im Südlichen Afrika unterstrichen. Die Regierungen von Angola und Mocambique werden hauptsächlich durch politische und personelle – also relativ wohlfeile – Hilfe unterstützt. Dagegen hat de Beers (Südafrika) z.B. die Vermarktung der angolanischen Diamanten übernommen. Gulf Oil Co. beutet nach wie vor die angolanischen Ölfelder aus. Solche Beispiele unterstreichen nicht nur die strukturelle Vorherrschaft Südafrikas und der USA in der Region, sondern auch die ökonomische Schwäche sowohl der an die Macht gelangten organisierten Befreiungsbewegungen als auch von deren Bündnispartnern, vorab der Sowjetunion.

Das heißt freilich nicht, daß sich der sowjetische Einfluß in der Dritten Welt während der letzten 20-35 Jahre nicht erheblich ausgeweitet hat. Man kann zunächst nur nicht von einer systematischen und offensiven Expansionspolitik, noch weniger vom systematischen oder gar systemimmanenten Auf- und Ausbau struktureller Abhängigkeit sprechen. Vielmehr stieß die sowjetische Diplomatie und z.T. die sowjetische Militärpolitik in Bereiche vor, die sich aufgrund der aufbrechenden Widersprüche im kolonialen bzw. neokolonialen System kapitalistischer Weltherrschaft auftaten. In diesem Rahmen sind sowohl die Mißerfolge zu erklären, als auch Versuche, solche Gelegenheitsgewinne zu konsolidieren und bis hin zur militärischen Intervention zu verteidigen.

Die zuletzt angesprochene Tendenz findet eine Stütze in dem Interesse der „Plan"-Instanzen an einer möglichst umfassenden Kontrolle und Verfügung über möglichst alle Variablen, die in den zu planenden Produktions- und Verteilungsprozeß eingehen. Auch „Organisation" in oben beschriebenem Sinn ist insofern ihrem grundsätzlichen Inhalt nach weltweit (16). Gerade der prinzipiell unersättliche Ressourcenhunger, den dies Strukturprinzip mit sich bringt, läßt die Verteidigung einmal okkupierter Machtsphären plausibel erscheinen. Dem sind freilich die oben angesprochenen Grenzen gesetzt: Eine solche Verteidigung kann kaum auf ökonomischen Druck zurückgreifen und wird daher viel schneller als im Fall imperialistischer Herrschaftssicherung militärische Formen annehmen. Da auch dies auf sehr eng gezogene ökonomische – wie auch auf politische – Grenzen stößt, reduziert sich ein solches Vorgehen auf wenige, den eigenen Grenzen relativ nahe gelegene Fälle oder auf Punkte besonderer strategischer Bedeutung.

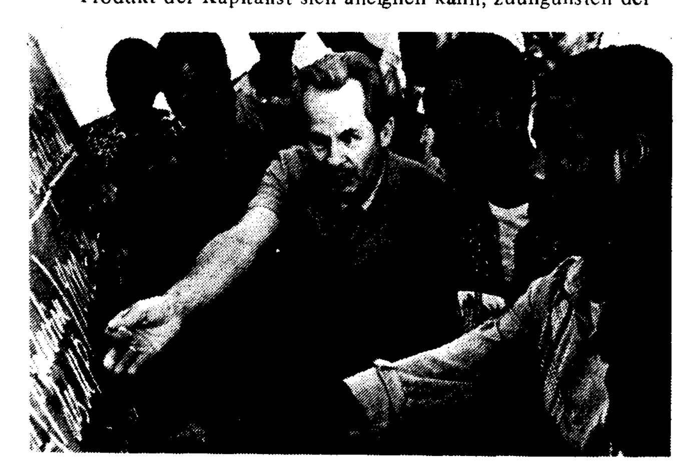
Hier ordnet sich z.B. die Intervention in Afghanistan ein. Dort wurde ja nicht durch den Überfall auf ein neutrales oder gar prowestliches Land ein sowjetfreundliches Regime errichtet. Vielmehr kamen die sowjetischen Truppen einem bankrotten Regime zu Hilfe, das als Endprodukt einer ziemlich langfristigen Annäherung des Landes an die Sowjetunion unter sehr verschiedenartigen innenpolitischen Konstellationen verstanden werden kann. Dies macht den sowjetischen Einmarsch oder gar die sowjetische Kriegsführung in Afghanistan kein Stück moralisch besser oder

politisch klüger, beleuchtet aber doch die Form des sowjetischen Expansionismus.
Die Sowjetunion befindet sich in einer wirtschaftlichen Krise, die sich seit 30 Jahren ständig verschärft hat und in eine Gesellschaftskrise zu münden droht. Die Ursachen dieser Krise liegen mit in erster Linie in einem konstanten Mangel an Ressourcen, Investitionsmitteln und Konsumgütern; ein Mangel, der sich aus Grundstrukturen des bestehenden Wirtschaftssystems ergibt. Daraus folgt zunächst ein sehr begrenztes *Potential*, das für eine Expansion nach außen und die direkte (militärische) oder gar indirekte (ökonomische) Kontrolle weiter Gebiete der Dritten Welt zur Verfügung stünde. Gegenüber einer aggressiv Weltherrschaft anstrebenden ersten Supermacht befindet sich die Sowjetunion daher sowohl aus innergesellschaftlichen, wie aus weltpolitischen Gründen strategisch in der Defensive. Gerade diese Konstellation schließt da, wo sich die Gelegenheit zu einer punktuellen Verbesserung der eigenen Position bei begrenzten Kosten bietet, einzelne Expansionsversuche keineswegs aus. Ein gestiegenes Militärpotential vor allem im Bereich des Lufttransports und der Marine hat es der Sowjetunion vor allem in Afrika auch ermöglicht, solche Expansionsversuche in den 70er Jahren entschlossener zu betreiben als beispielsweise noch in den 60er Jahren – man vergleiche den Verlauf der Kongokrise mit der Entwicklung in Äthiopien.
Sowjetische Expansionsversuche behielten aber, gerade weil sie an autochthone gesellschaftliche Entwicklungen (Befreiungsbewegungen, Militärputschs) angeschlossen, *punktuellen* Charakter. Mehr schließt die innere ökonomische Struktur der Sowjetunion aus, die eine über militärische und politische, d.h. unmittelbare und kostspielige Abhängigkeit hinausgehende strukturelle, ökonomisch begründete und womöglich profitable Abhängigkeit nicht erlaubt. Deshalb erhebt die Sowjetunion zwar weltweit Anspruch auf die Sicherung ihrer Interessen, betreibt insofern Weltmacht-Politik; ihr fehlt aber das Potential und die innere Struktur zu einer aggressiven, systematischen Expansion weit über ihre staatlichen Grenzen hinaus.

Reinhart Kößler

**Anmerkungen**

1a) Vgl. hierzu ausführlicher R. Kößler, *Dritte Internationale und Bauernrevolution* Ffm./New York 1982, S. 27 ff.
1) Vgl. Ursula Schmiederer, *Die Außenpolitik der Sowjetunion*. Stuttgart usw. 1980, S. 56 ff zum Verhältnis von Staat und Außenpolitik.
2) Zu in sich kontroversen Positionen der klassischen Imperialismustheorie s. V. I. Lenin, *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke* Bd. 22, N. I. Bucharin *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Wien, Berlin 1929, Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals*, Berlin 1913, aber auch J. A. Hobson, Imperialismus, Köln, Berlin 1968; gerade in der an diese Positionen anknüpfenden neueren Imperialismus-Diskussion ist der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Kapitalismus weitgehend unstrittig.
3) So vor allem Ch. Bettelheim. Zu Bettelheim vgl. Hillel Ticktin, „Zur politischen Ökonomie der UdSSR II – Die Widersprüche der Sowjetgesellschaft und der Professor Bettelheim" in: ders. u.a. *Planlose Wirtschaft*, Hamburg 1981, S. 20-69, dort auch Literaturangaben. Das Folgende bezieht sich in verschiedener Hinsicht auf die Arbeiten von Ticktin.
4) Karl Marx, *Das Kapital*, MEW 23, S. 338. Es ist das seltene Verdienst einer der neuesten Blüten auf dem linken Zeitschriftenmarkt, uns gezeigt zu haben, daß auch prominente „Politökonomen" den Unterschied der Geltung von Wertrechnung und Wertgesetz nicht begriffen haben: s. Samir Amin, „Der Marxismus in Asien und Afrika", *Kommune* I/4 (April 1983), S. 39. Die Klassiker können sich halt nicht wehren, wenn sie so gedreht und gestaucht werden, daß schließlich der „Staatskapitalismus" in der Sowjetunion doch noch raus kommt. Friede ihrer Asche.
5) Karl Marx, a.a.O., S. 211
5a) Unter „relativem Mehrwert" versteht man die Ausdehnung des Teils des Arbeitstags, der nicht für die Reproduktion des Arbeiters benötigt wird, bei konstanter Länge des Gesamtarbeitstags. In der Regel beruht daher die Erhöhung des relativen Mehrwerts auf einer gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung. Sie schließt zugleich die Erhöhung der Ausbeutungsrate ein, da das Verhältnis zwischen der Arbeitszeit, die in die Reproduktion der Arbeitskraft eingeht und jener, deren Produkt der Kapitalist sich aneignen kann, zuungunsten der ersteren verschoben wird. Vgl. Marx, a.a.O., S. 331 ff (Vierter Abschnitt, bes. Kapitel 10).
6) Vgl. Ticktin, „Zur politischen Ökonomie der UdSSR", in: ders. u.a. a.a.O., S. 23 f (und öfter). Zur Illustration der mit dem Fehlen des Arbeitsmarktes und faktischem Kündigungsschutz verbundenen Schwierigkeiten speziell hinsichtlich der Einführung von Innovationen s. Bob Arnot, „Soviet Labour Productivity and the Failure of the Shchekino Experiment", *Critique* 15, S. 31 – 56.
7) Vgl. Ticktin, „Bettelheim", a.a.O., S. 36 f.
7a) Zur Ausbeutungsrate vgl. Anm. 5a. Die Profitrate ergibt sich aus dem Quotienten von Mehrwert durch eingeschlossenes Kapital (konstantes Kapital c: Maschinen, Einrichtungen, Rohstoffe; variables Kapital v: Wert der Arbeitskraft): m/c+v. Erstrebt ist die Steigerung von m und die möglichste Geringhaltung von (c+v). Wird dies durch Innovationen in einem Industriezweig von individuellen Kapitalisten erreicht, so erzielen diese zunächst einen *Extraprofit*, der durch die Verallgemeinerung der Innovationen und durch die Produktivitätsfortschritte der Gesamtwirtschaft „der Tendenz nach" jeweils wieder ausgeglichen wird.
8) Vgl. ebd., S. 38 ff
9) S. vor allem J. Kuron/K. Modzelewski, *Monopolsozialismus*, Hamburg 1969.
10) Vgl. R. Kößler, „Zwischen Systemveränderung und Intervention. Polen im Sommer 1981", in: U. Albrecht (Hg.), *Weltpolitik 1*, Frankfurt/New York 1981, S. 72 ff.
11) Vgl. Ticktin, „Politische Ökonomie I", a.a.O., S. 13 ff
12) Vgl. Rasul Shams, „Akkumulationsdynamik im klassischen Sozialismus", Peripherie 10/11, 1982, S. 40 ff.
13) Vgl. Hans-Jürgen Wagener, „Marxismus und Sozialismus", Leviathan 10 (1982), S. 317 f.
14) Vgl. hierzu und zum Folgenden Renate Damus, „Die Ökonomie der Sowjetunion und die Dritte Welt", links 138/9 (Oktober 1981), S. 13 – 17
15) Vgl. SIPRI (Hg.), *Atomwaffen in Europa - Rüstungsjahrbuch '82/'83* Reinbek 1983, bes. S. 138 ff, 142 f.
16) S. August Thalheimer, *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg*, o.O., o.J., (geschrieben 1946), S. 15.





# Die sowjetischen Beziehungen zur sozialrevolutionären Bewegung und zur sozialistischen Republik Vietnam

Bei dem Bemühen, die Wechselbeziehungen zwischen der sozialrevolutionären Bewegung in Vietnam sowie der später von ihr geschaffenen staatlichen Institutionen und der Sowjetunion zu skizzieren, will ich nicht chronologisch über Verträge und Freundschaftsbesuche referieren. Vielmehr sollen die historisch sich wandelnden Interessen beider Seiten betrachtet werden, und die sich daraus ergebenden Handlungsweisen. Es geht also um politische, strategisch-militärische und ökonomische Ziele sowie um ihre Verfolgung.

Die sozialrevolutionäre Bewegung in Vietnam und die sie dominierende vietnamesische kommunistische Partei hat ihre Stärke gewonnen aufgrund ihrer eigenen Fähigkeit, politische, militärische und wirtschaftliche Prozesse im Lande zu organisieren. Ihre Kraft beruhte – anders als in europäischen Ostblockländern – auf der großen Zustimmung in der vietnamesischen Bevölkerung, soviel sie später der äußeren Hilfe verdankte, besonders gegen die US-Kriegsführung.

Ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit hat die Kommunistische Partei Vietnams stets nach Kräften zu wahren gesucht. Sie konnte deshalb in ihrer Geschichte weder von chinesischer noch von sowjetischer Seite für deren Politiken instrumentalisiert werden. Dementsprechend ist die sowjetische Politik gegenüber Vietnam nicht als eine Politik zu begreifen, die aktiv Bedingungen setzt, sondern eher als eine re-aktive, die Wünsche und Hilfe gewährt oder verweigert.

Aus diesem Grunde werde ich über die sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen von den vietnamesischen Verhältnissen und Ereignissen ausgehend berichten und versuchen zu zeigen, wie daran historisch spezifische Interessen der Sowjetunion anknüpfen.

Bei meiner Betrachtung gehe ich nicht von den gängigen Selbstportraits 'realsozialistischer' Gesellschaften aus. Sie sind oder tendieren nach meinem Verständnis zu bürokratischen Klassengesellschaften mit etatistischer Produktionsweise (1), die entsprechend ihrer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsstruktur spezifische Interessen haben. Diese sind nicht einfach bewegt durch eine sozialistisch-internationalistische Brüderlichkeit, wie sie von Parteifunktionären in öffentlichen Statements so überschwenglich betont wird. Während über die Mechanismen und Zwänge bürgerlicher Gesellschaften mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise viele Einsichten vorliegen, sind die bürokratischen Gesellschaften nicht vergleichbar gründlich analysiert. Die folgende Skizze dient so auch dem Ziel, außenpolitische Interessen und Verhaltensweisen der bürokratischen Gesellschaften am Beispiel kennenzulernen.

### 'Sozialismus in einem Lande' und sozialrevolutionäre Bewegung in einem anderen

Während in Vietnam zunächst nationalistische Widerstandsmomente gegen Kolonialherren vorherrschten, welche durch die Schwächung Frankreichs im I. Weltkrieg Auftrieb erhalten hatten, bildeten sich bereits Ende der 20er Jahre und verstärkt durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise sozialrevolutionäre Organisationsansätze. Der später unter dem Namen Ho Chi Minh bekannt gewordene Emissär der Kommunistischen Internationale übte nicht nur großen Einfluß auf solche ersten Organisationsansätze aus, sondern trug auch wesentlich dazu bei, daß sich die verschiedenen Parteien zu einer Kommunistischen Partei vereinigten (2). Daraus folgern manche bereits, daß die von der Sowjetunion beherrschte Dritte Internationale, die Komintern, die vietnamesische Revolution gesteuert habe. Dieses ist jedoch so einfach nicht abzuleiten. Zu bedenken ist zunächst, daß in der Zeit der späten 20er und der 30er Jahre der Bolschewistischen Partei aus aller Welt die größte Hochachtung entgegengebracht wurde, da es nur ihr gelungen war, eine vermeintlich sozialistische Revolution durchzusetzen. Sie wurde von allen Seiten als große Lehrmeisterin akzeptiert, und dies selbstverständlich noch viel mehr in Gebieten, die wie Indochina aufgrund der französischen Besatzungspolitik von aller Welt isoliert waren. Der Einfluß der Komintern in Südostasien beruhte also nicht vorrangig auf Machtmitteln, sondern auf der Bereitschaft der dortigen Revolutionäre, die Erfahrungen und Ratschläge der sowjetischen Kommunisten zu prüfen. Dazu kam bei ihnen trotz aller nationalen Bezogenheit eine internationalistische Orientierung, die eng mit der Erfahrung des Kolonialismus als weltweitem System verbunden war. Imperialismus und Kolonialismus mußten weltweit bekämpft werden, um nationale Befreiung zu ermöglichen.

Die Kommunistische Partei, die sich zunächst als indochinesische konstituierte, bewies bald ihre Selbständigkeit. Im Aktionsprogramm von 1932 stellte sie fest: „Die Kommunistische Partei kämpft entschlossen, damit die Arbeiterklasse die Führung übernehmen kann, weil nur auf diesem Wege das revolutionäre Lager – das Proletariat, die Bauernschaft und die ärmeren Klassen – das antirevolutionäre Lager besiegen kann – den Imperialismus, den Feudalismus, die Plantagenbesitzer, die Beamten und die betrügerischen reformistischen nationalen Kapitalisten." (3)

Dies widersprach der Auffassung der Kommunistischen Internationale, die zu dieser Zeit davon ausging, daß die Befreiungsbewegungen in den Kolonien von nationalistischen, bürgerlichen Kräften getragen und nicht von Kommunistischen Parteien angeführt werden sollten (4). Die vietnamesischen Kommunisten dagegen beurteilten ihre Situation eigenständig und kamen mit dieser Entscheidung zu einer grundlegend anderen Orientierung, die für die weitere Entwicklung von größter Bedeutung war. Gelang es doch hierdurch der Kommunistischen Partei als Repräsentant des nationalen Anliegens der Befreiung vom Kolonialismus begriffen zu werden.

Auch in einer anderen Frage setzte sich die noch junge Kommunistische Partei über die Anweisungen der Komintern hinweg. Auf ihrem Parteitag faßte sie im April 1933 den Beschluß, sich an den Gemeinderatswahlen zu beteiligen und dabei eine Koalition mit den Trotzkisten und unabhängigen revolutionären Nationalisten einzugehen. Ein Bündnis mit den Trotzkisten war für kommunistische Parteien in den 30er Jahren ein Sakrileg.

Indochina dürfte zu Beginn der 30er Jahre nur eine sehr un-

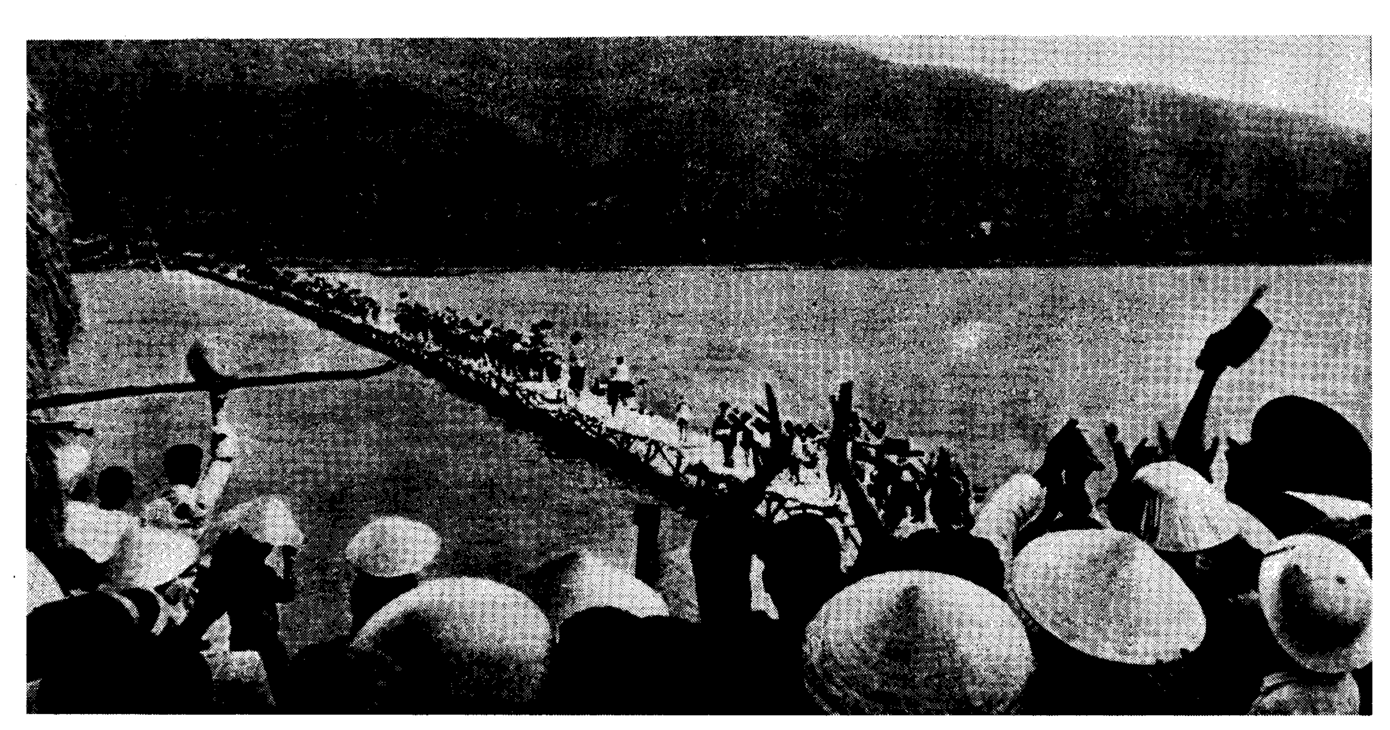
tergerodnete Bedeutung für die Politik der Komintern gehabt haben. Für Moskau wurde das Verhalten der kommunistischen Parteien in den Kolonien bedeutsamer, sobald die faschistische Bedrohung der Sowjetunion zunahm. Die Sowjetunion bemühte sich deshalb um ein antifaschistisches Bündnis mit den 'bürgerlichen Demokratien'. Um dies zu erleichtern, wollte sie jegliche Bedrohung der westlichen Kolonialmächte in ihren Kolonien vermeiden. Die Komintern beschloß deshalb 1935, allen kommunistischen Parteien in den Kolonien eine anti-faschistische Einheitsfronttaktik zu empfehlen. Hauptfeinde sollten nun nicht mehr die Kolonialmächte, sondern die faschistischen Staaten und Bewegungen sein.

Eine solche Orientierung war den vietnamesischen Kommunisten und ihren Anhängern natürlich kaum zu vermitteln, denn ihre Agitation hätte sich nun nicht mehr in erster Linie gegen die Kolonialmacht richten können. Sie schlossen sich denn auch nur zögernd diesem Kurs an. Wie die von Hanoi herausgegebene Geschichte der vietnamesischen Arbeiterpartei berichtet, mußte erst der Genosse Le Hong Phong, der ein stellvertretendes Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale war, nach Vietnam kommen, um unter seiner Führung auf dem 1. Parteikongreß 1936 in Vietnam diese neue Orientierung durchzusetzen. Der Geschichtsbericht vermeldet, daß die Slogans „den französischen Imperialismus zu stürzen" und „den Großgrundbesitzern das Land enteignen und es an die Bauern zu verteilen" zeitweise zurückgezogen werden mußten (5). In der Realität scheint sich die Partei jedoch nicht an diese Direktive gehalten zu haben, sondern führte ihre Propaganda gegen die bürgerlichen Nationalisten und die nationale Bourgeoisie, die mit der Kolonialmacht kollaborierte, weiter (6).

Die neue Orientierung war auf die Erkämpfung demokratischer Rechte und besserer Lebensverhältnisse ausgerichtet, klammerte aber die zentralen Ursachen für die schlechte Situation aus. Sie wurde nur wirksam während der Phase, in der sich in Frankreich Volksfrontregierungen durchsetzen konnten (1936-1938). In dieser Zeit verbesserten sich die Arbeitsbedingungen für die Opposition in Vietnam: es konnte nun nicht nur im Untergrund, sondern auch in der Öffentlichkeit gearbeitet werden. Diese Schönwetterperiode brach jedoch mit Beginn des 2. Weltkrieges abrupt ab. Die französische Kolonialverwaltung versuchte wieder, jede Opposition rigoros zu unterdrücken.

Noch zu Beginn des 2. Weltkrieges folgte die Kommunistische Partei in Vietnam kurioserweise der französischen KP, die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes gegen die französische Kriegserklärung an das Deutsche Reich protestierte. Sie fand aber sehr schnell zu ihren eigenen Interessen zurück. Das Zentralkomitee analysierte auf seiner Sitzung im November 1939, daß der Krieg ein zwischenimperialistischer sei, um eine Umverteilung in der Welt durchzusetzen und es die wesentliche Aufgabe der vietnamesischen Revolution sei, den Imperialismus zu zerschlagen und die nationale Befreiung als erstes Ziel zu erreichen. Dementsprechend beschloß man, eine antiimperialistische Einheitsfront zu schaffen, bei der freilich die Frage der Landreform zurücktreten mußte, um einen Teil der vietnamesischen Oberschicht für den Befreiungskampf gewinnen zu können (7). Zu dieser Zeit wurde auch entschieden, das nationale Moment in den Vordergrund zu rücken und deshalb nicht mehr eine indochinesische, sondern eine nationale vietnamesische Befreiungsfront zu gründen. Diese entstand schließlich 1941 in der bekannten Viet Minh Volksfront.

Während des Weltkrieges hatte die Sowjetunion kaum ein Interesse an den kommunistischen Bestrebungen in Südostasien, wollte sie doch nicht in den Verdacht geraten, gegen ihre westlichen Bündnispartner zu arbeiten. Dies änderte sich auch nicht grundsätzlich, als der Viet Minh sich gegenüber französischer und japanischer Besatzungsmacht durchsetzen konnte und Ho Chi Minh am 2. September 1945 in Hanoi die Demokratische Republik Vietnam ausrief. Moskau dacht gar nicht daran, Hanoi diplomatisch anzuerkennen und dadurch sein Verhältnis zu den Westmächten zu stören. Die wohl stalinistischste kommunistische Partei in Europa, die KPF, die nach 1945 die stärkste Partei in Frankreich war und sich an der Regierung beteiligte, paßte sich dem französischen Nationalismus und Kolonialismus gar so weit an, daß sie gegen einen Verzicht auf die Kolonien stimmte. Die KPF bewilligte denn auch im März 1947 die Kriegskredite im französischen Parlament für die Bekämpfung der neuen vietnamesischen Regierung. Moskau stützte diesen Kurs weitgehend, änderte seine Zu-



*Die Demokratische Republik Vietnam hielt sich an die Genfer Abkommen und zog ihre Truppen aus dem Süden zurück.*

rückhaltung erst, als aufgrund des sich verschärfenden Kalten Krieges in Europa die Kommunisten aus der Regierung ausscheiden mußten. Anerkannt wurde die DRV von Moskau allerdings erst am 30. Januar 1950, nachdem auch die siegreiche chinesische Kommunistische Partei sofort nach der Regierungsbildung Vietnam diplomatisch anerkannt hatte (8).

**Die Rolle der Sowjetunion beim Genfer Abkommen**

Obwohl die Sowjetunion endlich die Demokratische Republik Vietnam anerkannt hatte, steigerte sich ihre Hilfe für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes nicht wesentlich (9). Von enormer Bedeutung für den schließlichen Sieg der vietnamesischen Sozialrevolutionäre gegen die französische Kolonialtruppe in Dien Bien Phu war vielmehr die Unterstützung, welche die DRV von der Volksrepublik China erhielt. Zwar wurden in Vietnam nicht, wie in Korea, chinesische Truppe eingesetzt, aber Wirtschafts- und Rüstungshilfe nahmen den ersten Platz ein. Der Einfluß Chinas in Vietnam war zu Beginn der 50er Jahre außerordentlich hoch. Zu dieser Zeit arbeiteten die Sowjetunion und China noch eng zusammen. Die damalige chinesische Hilfe muß vor allem unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß China kein Interesse an einer feindlich gesonnenen, westlich orientierten Regierung unmittelbar an seinen Grenzen hatte. In diesem Sinne begründete China seine Intervention in Korea, nachdem die UN-Truppen den 38. Breitengrad überschritten hatten. Da in Vietnam der Befreiungskrieg mit einer Bauernrevolution verbunden war, übernahm man weitgehend die chinesischen Theorien und Doktrinen und zwar in bezug auf die Führung des Guerillakrieges, aber auch hinsichtlich der Landreform (10).
Nach der Niederlage der französischen Interventionstruppen und der Drohung der USA, ihrerseits gegen die sozialrevolutionären Kräfte der DRV in Vietnam tätig zu werden den französischen Krieg hatten die USA seit Beginn der 50er Jahre zunehmend finanziert (11) kam es vom 26. April bis zum 21. Juli 1954 zur Genfer Konferenz, in der die indochinesischen Probleme geregelt werden sollten (12). Die Genfer Konferenz endete mit einem Abkommen zwischen der DRV und Frankreich, in dem die provisorische Teilung Vietnams bis zu gesamtvietnamesischen Wahlen innerhalb von 2 Jahren vereinbart wurden. Allerdings war für alle Beteiligten offensichtlich, daß in Wirklichkeit durch das Abkommen eine dauerhafte Teilung des Landes eingeleitet wurde. Weder hatten die USA noch die Regierung in Saigon das Abkommen unterstützt. Niemand glaubte, daß gesamtvietnamesische Wahlen, die zweifellos zugunsten Ho Chi Minhs ausgefallen wären, stattfinden werden. Wenn die DRV trotzdem unterzeichnet hat, so nur, weil ihr gesamtvietnamesisches Anliegen in West und auch in Ost keine Unterstützung fand.
Die Sowjetunion und in ihrem Gefolge China waren durchaus an einer 'Interimslösung' interessiert, durch die sie ihre Bereitschaft zu friedlicher Koexistenz gegenüber dem Westen demonstrieren konnten. Beide Staaten hatten so viel mit ihren inneren bzw. ihren Blockproblemen zu tun, daß sie wegen der Einheit Vietnams keinen Konflikt mit den entschlossen auftretenden USA riskieren wollten. Aufgrund des sich entwickelnden bipolaren Weltsystems und der Bereitschaft zur Koexistenz erhob man die Aufteilung von Ländern zwischen Ost und West zur Maxime: zuerst in Deutschland und Korea – und nun auch in Vietnam. Darüber hinaus war die Sowjetunion sehr daran interessiert, das Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu verhindern. In Frankreich war zur Zeit der Genfer Konferenz der EVG-Gegner Mendes-France Premierminister geworden. Er hatte ultimativ eine Indochinalösung mit seinem Weiterregieren verbunden. Die Sowjetunion konnte deshalb kein Interesse daran haben, ihn in Schwierigkeiten zu bringen. In der Tat scheiterte bald darauf das EVG-Projekt am französischen Einspruch (13).
Es läßt sich vorstellen – wenn auch nicht belegen – wie sehr die Genfer Konferenz die vietnamesischen Sozialrevolutionäre geschockt haben muß. Für sie wurde offensichtlich, wie sehr der stets bemühte proletarische Internationalismus im konkreten Fall den jeweiligen nationalen Interessen der Großmächte untergeordnet wird. Die Folgerung daraus konnte nur sein, die Selbständigkeit Vietnams in seinem Kampf um Unabhängigkeit und nationale Vereinigung soweit wie nur irgend möglich zu stärken. Dieses Moment bezeichnet in der Tat durchgängig die vietnamesische Politik. Allerdings zeigt sich auch, wie sehr solchem Bestreben durch militärische, politische und ökonomische Zwänge Grenzen gesetzt werden. Hanois wesentliche Möglichkeit, um trotzdem seine Unabhängigkeit zu sichern, war eine Politik der Balance zwischen den Mächten. Diese wurde freilich durch die Spaltung des ‚sozialistischen Lagers' zwischen der VR China und der Sowjetunion sehr erschwert. Das Bemühen Ho Chi Minhs in den Folgejahren, seine guten Beziehungen zu beiden Großmächten zur Überbrückung des Gegensatzes zu nutzen, entsprang also nicht einem naiven Harmonierungsverständnis sozialistischer Gesellschaften, sondern einer dringenden Notwendigkeit vietnamesischer Politik.

**Nach dem Bruch mit China wächst das Interesse der Sowjetunion an Nord-Vietnam**

Nach der Genfer Konferenz zogen Umsiedlerströme von Nord nach Süd und von Süd- nach Nordvietnam, je nach politischen Optionen. Parallel dazu begann in Nordvietnam die Landreform, welche die Regierung in Hanoi in Atem hielt und in Bedrängnis brachte (14). Erst mit dem Abzug der französischen Interventionstruppen aus Nordvietnam brachte die Regierung die Gebiete unter Kontrolle, in denen sich zum Teil von den Franzosen bei ihrem Abzug noch zerstört erste Ansätze einer Industrialisierung entwickelten.
In den Jahren 1955-1958 wurden Kriegszerstörungen beseitigt, Ökonomie und Infrastruktur wiederaufgebaut, sowie die Landreform zu Ende geführt. Von 1958-60 wurden die wichtigsten Schritte zur Bildung von Genossenschaften auf dem Lande getan, wobei bereits 1960 etwa 86 % der Bauern in Kollektiven arbeiteten (15). Der erste Fünfjahresplan war für die Zeit von 1961-1965 konzipiert. Bei der gesamten Wirtschaftsplanung spielte der Aufbau eines Kerns moderner Großindustrie für Vietnam eine hervorragende Rolle (16). Der Aufbau von Infrastruktur sowie die Errichtung moderner Industriekomplexe war für Vietnam in den geplanten kurzen Zeiträumen nicht aus eigener Kraft, sondern nur mit Hilfe von außen zu erreichen.
Vor diesem hier nur angedeuteten Hintergrund sozio-ökonomischer Entwicklung sind kurz einige politische Ereignisse einzublenden. Unmittelbar nach der Genfer Konferenz bemühten sich die USA, ein Militärbündnis in Südostasien zusammenzuschweißen, das gegen die dortigen sozialrevolutionären Bewegungen gerichtet war. Die bald gegründete SEATO wurde von der Sowjetunion, neben Großbritannien ehemaliger Ko-Präsident der Genfer Konferenz, ohne nennenswerte Gegenschritte hingenommen, obwohl das Bündniss gegen das Genfer Abkommen verstößt, da es einen Teil Indochinas in ihr Schutzgebiet einbezieht. Auch der Ausfall der bis spätestens 1956 vorgesehenen gesamtvietnamesischen Wahlen verursachte keine erheblichen Reaktionen der Sowjetunion. Offensichtlich war sie bereit, die Nichteinhaltung des Genfer Abkommens um der Entfaltung

bipolarer Koexistenzpolitik willen zu tolerieren. Weitreichend in den Auswirkungen war auch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China (17), die 1960 dazu führte, daß die sowjetischen Techniker aus China abgezogen und die Entwicklungskooperation beendet wurde. Als größte nicht-kapitalistische Gesellschaft an der Südflanke Chinas gewann Vietnam spätestens ab diesem Zeitpunkt einen hohen Stellenwert für die Sowjetunion.

Nach Angaben des Ministers für Schwerindustrie in Hanoi, Le Thanh Nghi, betrug die gesamte Hilfe, die Nordvietnam von 1955 bis 1961 erhielt, mehr als eine Milliarde Dollar. Davon soll China 626, die UdSSR jedoch nur 365 Dollar gegeben haben (18). Einen Eindruck von der veränderten Einstellung Moskaus gegenüber Nordvietnam Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre vermittelt die Tabelle über den Handel der UdSSR mit Vietnam. Die Einfuhren aus der Sowjetunion steigerten sich 1959 sprunghaft und wuchsen weiter steil an. Gleichzeitig stiegen die Ausfuhren Vietnams in die Sowjetunion beachtlich. Wie immer die Zahlen im einzelnen zu interpretieren sind, erkennbar wird, daß die Sowjetunion nach so langem Zögern nun ein verstärktes Interesse an Nordvietnam findet. Die Importe Hanois richteten sich ganz auf die Industrialisierung und die Anschaffung von Produktionsmitteln. Die UdSSR liefert und installiert also einen bedeutenden Anteil des modernen aufzubauenden Industriesektors. Gerade in diesem Punkte, auf den die vietnamesischen Planer so sehr setzen, ist sie der VR China weit überlegen, da diese in der Produktionsmittelherstellung weit zurückliegt. Da zur Zeit des Kalten Krieges Nordvietnam aus westlichen Ländern ohne Devisen keine modernen Anlagen beziehen konnte, war es für die Verwirklichung seines Industrialisierungskonzeptes ganz auf die Kooperationsbereitschaft der Sowjetunion angewiesen. Der erste Fünfjahresplan Vietnams zeigt die hohe Priorität des modernen Sektors: 94,4 % der für die Industrialisierung vorgesehenen Mittel wurden in dem zentral geführten modernen Sektor investiert (19).

Die Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen führte jedoch nicht zu einem stärkeren Engagement der Sowjetunion, um die Wiedervereinigung Vietnams im Sinne des Genfer Abkommens zu erreichen. Vielmehr gab es bis zum Beginn der amerikanischen Bombardierungen Nordvietnams ein durchaus paralleles Interesse zwischen der sowjetischen Koexistenzpolitik und der Bereitschaft der Nationalen Befreiungsfront in Südvietnam, sich auf eine neutralistische Politik einzulassen. Auf dem Kongress der Nationalen Befreiungsfront im Februar/März 1962 setzten sich Kräfte durch, die für eine neutralistische Zone in Indochina eintraten und bereit waren, auf dieser Grundlage mit den USA zu verhandeln. Der zweite Kongress der Nationalen Befreiungsfront Anfang 1964 richtete sogar in diesem Sinne ein Friedensangebot an die USA (20). Erst zu diesem Zeitpunkt räumte übrigens die UdSSR der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams eine Stellvertretung in Moskau ein (21). Die USA waren jedoch nicht bereit, auf derartige Lösungen einzugehen; nach dem Tongking-Zwischenfall 1964 eskalieren sie den Krieg: in einer 'Strafaktion' bombardieren sie Nordvietnam – ab 1965 gehen sie über zu einer systematischen Bombardierung der DRV. Damit ergab sich für die Sowjetunion eine Herausforderung, Vietnam verstärkt durch Waffenlieferungen zu helfen und eine Möglichkeit, es erneut fester an den Ostblock zu binden.

**Die US-Bomben fördern die sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen**

Hanoi war den Luftangriffen fast schutzlos ausgesetzt, hatte es doch keine angemessene eigene Luftverteidigung zur Verfügung und keine Voraussetzungen, diese zu produzieren. Nur die Sowjetunion konnte das Land mit modernen Abwehrwaffen ausrüsten. Würde die Sowjetunion hier versagen, so hätte sie ihre Glaubwürdigkeit als Bundesgenosse der antiimperialistischen und antikolonialistischen Bestrebungen in der Dritten Welt verspielt. Die Lieferung moderner Luftabwehr schaffte ihr dagegen eine sehr starke Stellung in Hanoi im Vergleich zur Volksrepublik China, die nichts derartiges anzubieten hatte. Mit wachsendem Einsatz



*Das damalige Nord-Vietnam war Ziel ständiger Luftangriffe südvietnamesischer und amerikanischer Bomber...*

amerikanischer Truppen sowie später mit der Vietnamisierung des Krieges durch Nixon glaubten die vietnamesischen Strategen, nicht mehr mit der Guerillakampfführung auszukommen, sondern eine starke konventionelle Armee aufbauen zu müssen, um dem amerikanischen und südvietnamesischen Druck standhalten zu können. Diese Entscheidung, letztlich von der amerikanischen Kriegsführung aufgezwungen, konnte nur verwirklicht werden, wenn die Sowjetunion bereit war, entsprechende Waffen zu liefern. Wiederum kam China hierfür kaum in Frage. Auf diese Weise wurde durch die militärische Entwicklung ein weites Feld der Zusammenarbeit und der sowjetischen Einflußnahme eröffnet. Die militärischen Hilfeleistungen in

der Zeit von 1965 bis 1970 kamen dementsprechend nun zu etwa 2/3 aus der Sowjetunion, während nur noch 25 % aus China geliefert wurden (22).
Die Kriegsführung erzwang eine weitere Intensivierung der Beziehungen zwischen Hanoi und Moskau. Trotz des Bemühens der DRV auch unter der Bombardierung von 1965-1968 und später von 1972 bis zum 16. Januar 1973 die Produktion aufrechtzuerhalten (23), war ein Absinken der Zivilproduktion unausweichlich. Ferner wurden ständig Reparaturen und der Ersatz von zerstörten Transportmitteln notwendig, um die Kommunikationsstruktur zu sichern. In der Zeit von 1969 bis 71 mußte der Wiederaufbau in Hanoi forciert werden, damit die dortige sozialistische Gesellschaft gegenüber dem stark subventionierten Süden nicht ins Hintertreffen geriet und um die Hoffnungen der Nordvietnamesen auf ein besseres Leben zu erhalten. So mußten die Vietnamesen dreimal erneut mit ihrem Industrieaufbau beginnen: 1961, 1969 und 1973. Jedesmal ging es zumindest in dem modernen industriellen Sektor um Hilfeleistungen, die nur von der Sowjetunion geboten werden konnten. Nach westlichen Schätzungen (24) betrug die sowjetische Wirtschaftshilfe:

1955 bis 1964 0,5 Milliarden US-Dollar
1965 bis 1975 1,6 Milliarden US-Dollar
1976 bis 1980 2,5 Milliarden US-Dollar

Nach sowjetischen Angaben kam die Wirtschaftshilfe zwischen 1967 und 1970 zu 80 % aus der UdSSR (ebenda). Diesen Beträgen ist eine Militärhilfe von 5 Milliarden US-Dollar – ebenfalls nach westlichen Schätzungen – zwischen 1965 und 1975 zuzurechnen.
Interessanterweise sind die sich verdichtenden Beziehungen zwischen Hanoi und Moskau nicht auf die insgesamt größere Wirtschaftskraft der Sowjetunion und der RGW-Staaten im Vergleich zur VR China zurückzuführen. Vielmehr stehen den rund 10 Milliarden Hilfsgeldern der Sowjetunion nach chinesischen Angaben mehr als 20 Mrd. US-Dollar-Hilfe durch die VR China gegenüber (ebenda). Der Unterschied und die folgende Orientierung nach Moskau lag an dem Vermögen der Sowjetunion, modernes Kriegs- und Industriematerial liefern zu können. Dieser Aspekt bleibt auch nach den Pariser Verträgen bestimmend. In dieser Zeit ging es wiederum um die schnelle Verwirklichung der 'sozialistischen Großproduktion' (25).

### Mit dem Krieg endet auch die vietnamesische Balancepolitik

Der Wandel der Militärstrategie zur konventionellen Kriegsführung und die Prioritätensetzung der Industrialisierung trieben Vietnam dazu, die Beziehungen mit Moskau weiter auszubauen. In Voraussicht solcher Entwicklungen hatte Peking immer wieder Hanoi den 'protracted war', den langgezogenen Guerillakrieg gegen die Amerikaner empfohlen und auf die chinesische Wirtschaftsstrategie verwiesen, die sich vorrangig auf ihre eigenen Möglichkeiten konzentrierte. Den vietnamesischen Kommunisten schien dieser Weg jedoch nicht gangbar. Ihre Entscheidungen fielen in anderer Richtung. Damit war angesichts des sowjetisch-chinesischen Konfliktes das Grundmuster für die weitere Entwicklung in Südostasien vorgezeichnet. Freilich konnten Moskau und Peking während des Krieges ihre grundsätzlichen Interessen nur beschränkt verfolgen, mußte doch jede Seite darauf bedacht sein, in der Weltöffentlichkeit, vor allem gegenüber den Entwicklungsländern, ihre internationalistische Solidarität gegenüber dem vietnamesischen Befreiungskampf glaubwürdig zu erhalten. Dies ermöglichte Hanoi seine Ausgleichs- und Balancepolitik bis zum Fall Saigons fortzusetzen.
Diese Politik war von Ho Chi Minh bereits seit 1960 systematisch betrieben worden. Hanoi versuchte seit dieser Zeit, durch wechselnde Zustimmungen zur Politik der UdSSR oder der Chinas und spiegelbildlich durch Affronts nach beiden Seiten die Balance zu wahren. Ho schloß sich dem Auszug der chinesischen Delegation auf dem XXII. Parteikongreß der KPDSU 1961 nicht an oder lehnte 1961 ein Militärbündnis mit der VR China ab. Gleichzeitig weigerte sich Ho jedoch, Albanien zu verurteilen, mit dem China damals wachsende Freundschaft verband, während die KPDSU die albanische Haltung immer stärker kritisierte.

**Handel der UdSSR mit Indochina**
(in Mio. Rubel)

| | mit dem komm. Vietnam | | | mit Kambodscha | | | mit Laos | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Einfuhr | Ausfuhr | Bilanz | Einfuhr | Ausfuhr | Bilanz | Einfuhr | Ausfuhr | Bilanz |
| 1946-54 | | | | | | | | | |
| 1955 | 3,3 | 0 | 3,3 | | | | | | |
| 1956 | 5,2 | 1,2 | 4,0 | | | | | | |
| 1957 | 8,7 | 2,9 | 5,8 | | | | | | |
| 1958 | 7,4 | 8,9 | – 1,5 | 1,6 | | 1,6 | | | |
| 1959 | 17,9 | 14,0 | 3,9 | 1,2 | | 1,2 | | | |
| 1960 | 22,0 | 20,8 | 1,2 | 1,9 | 2,7 | 0,8 | | | |
| 1961 | 37,2 | 23,1 | 14,1 | 1,4 | 5,6 | 4,2 | | | |
| 1962 | 49,2 | 27,2 | 22,0 | 2,0 | 5,5 | 3,5 | | | |
| 1963 | 51,0 | 31,8 | 19,2 | 2,9 | 1,9 | 1,0 | | | |
| 1964 | 42,9 | 31,3 | 11,6 | 1,6 | 0,7 | 0,9 | | | |
| 1965 | 67,4 | 27,5 | 39,9 | 2,6 | 1,1 | 1,5 | | | |
| 1966 | 61,4 | 22,8 | 38,6 | 2,2 | 0,5 | 1,7 | | | |
| 1967 | 132,9 | 18,8 | 114,1 | 1,2 | 0,6 | 0,6 | | | |
| 1968 | 143,3 | 16,1 | 127,2 | 0,6 | 1,9 | – 1,3 | | | |
| 1969 | 170,4 | 15,2 | 155,2 | 0,6 | 0 | 0,6 | | | |
| 1970 | 166,5 | 16,7 | 149,8 | 0,3 | 1,4 | – 1,1 | | | |
| 1971 | 139,3 | 21,5 | 117,8 | 0,1 | 0 | 0,1 | | | |
| 1972 | 94,2 | 22,6 | 71,6 | | | | | | |
| 1973 | 142,9 | 36,9 | 106,0 | | | | | | |
| 1974 | 192,3 | 43,4 | 148,9 | | | | | | |
| 1975 | 158,7 | 47,8 | 110,9 | | | | | | |
| 1976 | 232,5 | 63,6 | 168,9 | | | | 10,6 | 0 | 10,6 |
| 1977 | 274,2 | 129,8 | 144,4 | | | | 22,6 | 0 | 22,6 |
| 1978 | 305,5 | 152,3 | 153,2 | | | | 11,6 | 0,2 | 11,4 |
| 1979 | 446,2 | 147,6 | 298,6 | ? | ? | ? | 25,0 | 0,2 | 24,8 |

**Quelle:** Dieter Heinzig: Sowjetische Interessen in Indochina, Ber. d. Bund. Inst. f. ostwiss. u. internat. Studien, Nr. 39-1980, S. 17

Mit der Zunahme des Schismas zwischen Moskau und Peking drängten die Chinesen 1963 die DRV, sich auf Chinas Seite zu stellen. Hanoi lehnte ab, verweigerte aber quasi als Gegenleistung die Unterzeichnung des von Moskau favorisierten Teststoppvertrages (26). Freilich konnten solche diplomatischen Einzelakte für beide Seiten nicht die Grundsituation überdecken, die sich im Laufe der Eskalation des Vietnamkrieges durch die amerikanische Intervention ergaben und die Hanoi immer stärker an die Seite der Sowjetunion trieben. Dementsprechend rückten beide 'realsozialistischen' Großmächte schon während des Krieges ihre spezifischen Globalinteressen immer stärker in den Vordergrund.
Die Sowjetunion hoffte seit Ende der 60er Jahre auf eine erfolgreiche Entspannungspolitik in Europa. Der Krieg in Vietnam und die daraus folgenden Spannungen zwischen ihr und den USA konnten diese gefährden. Während Moskau einerseits die DRV über Rüstungslieferungen für die große konventionelle Offensive im Frühjahr 1972 versorgte, führte es andererseits Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA, bemühte sich um eine Ausweitung des sowjetisch-amerikanischen Handels und empfing im Mai 1972 mit großem Pomp sogar den 'Erzfeind' Nixon, der kurz zuvor die vietnamesischen Häfen hatte verminen lassen und die DRV bombardierte (27). Dem Wunsch nach Durchsetzung der Koexistenzpolitik und nach Entspannung entsprach auch das Drängen der Sowjetunion, den Vietnamkonflikt durch eine Verhandlungslösung abzuschließen. Ihr Einfluß auf das Zustandekommen der Pariser Vereinbarung ist erheblich gewesen (28). Schließlich bedeutete dieses Abkommen für die DRV, möglicherweise wieder in eine ähnliche Situation wie nach Genf 1954 zu geraten und ihr Ziel, die vietnamesische Einheit zu verlieren.
Zeitlich parallel verfolgte auch Peking seine Globalpolitik, die vor allem darauf gerichtet war, der weltpolitischen Isolierung zu entgehen. Offensichtlich waren die Chancen der Volksrepublik gering, die DRV auf ihre Seite zu ziehen, so daß sie auf weitere Sicht damit rechnen mußte, nicht nur die Sowjetunion und die USA als Gegner zu haben, sondern


*Ho Chi Minh und Tschou En Lai in Peking*

nun auch im Süden ein nicht befreundetes Land zu bekommen. Die zu erwartende äußere Konstellation verband sich mit inneren Auseinandersetzungen (29) und führte zur Ping-Pong-Diplomatie gegenüber den USA, die in den spektakulären Besuch des amerikanischen Präsidenten Nixon im Februar 1972 in Peking mündete. Der Besuch Nixons in einer Zeit, während der die USA Nordvietnam systematisch bombardierten, mußte für Hanoi als Alarmzeichen wirken. Offensichtlich wurde, daß China unter solchen Vorzeichen nicht mehr „der engste Waffengefährte des vietnamesischen Volkes" (30) sein konnte.


*Kossygin zu Gast bei Ho Chi Minh*

Schon vor der Unterzeichnung des Pariser Abkommens war also erkennbar, die nordvietnamesische Führung würde ihre so lange erfolgreiche Balancepolitik nicht fortsetzen können, da durch den Abzug der US-Truppen das Hochseil der 'internationalistischen proletarischen Solidarität' gekappt und das antagonistische Globalinteresse der beiden großen 'realsozialistischen' Beistandsmächte sich voll entfalten würde. Freilich war angesichts der Aggressivität der Saigoner Regierung noch eine Karenzzeit für Solidarität gegeben, die mit dem Zusammenbruch des südvietnamesischen Regimes zu Ende ging.

**Der neue Drahtseilakt, um eine Unabhängigkeit zu erhalten**

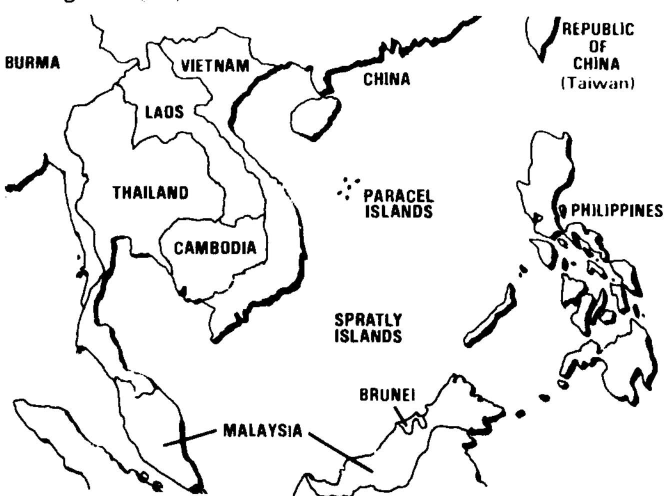
Erfuhr das 'sozialistische Lager' durch das Schisma zwischen Moskau und Peking eine deutliche Schwächung, so wurde die jahrelange Furcht der Sowjetunion, mehr und mehr von feindlichen Nachbarn eingekreist zu werden, durch die Hinwendung Chinas zu den USA erneut verstärkt. Die sowjetische Außenpolitik hatte der Einkreisung durch eine besondere Zuwendung an diplomatischer Aufmerksamkeit und wirtschaftlicher Hilfe gegenüber seiner südasiatischen Flanke begegnen wollen. 1973 setzte die Sowjetunion verstärkt und systematisch auf enge Beziehungen zu Vietnam. Bereits im Juli wurde bei dem Besuch einer vietnamesischen Partei- und Regierungsdelegation eine prinzipielle Übereinkunft über die Unterstützung der Sowjetunion beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung der Volkswirtschaft der DRV erzielt. Schon vorher, im Dezember 1972, war eine 'gemeinsame sowjetisch-vietnamesische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit' gebildet worden, wie sie die Sowjetunion stets vereinbart, mit den für sie ökonomisch und politisch wichtigsten Ländern. Sie dienen als Instrumente, um langfristige Beziehungen zu gestalten (31). Im Juli 1974 faßte die Kommission den Beschluß über die unmittelbare Zusammenarbeit der staatlichen Planungskommissionen. Für den ersten Fünfjahresplan der SRV nach dem Kriege spielte denn auch die sowjetische Hilfe eine überragende Rolle. Dies wurde auf der Tagung der gemeinsamen Kommission im August 1975 deutlich, wo unter Anwesenheit des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin die 'Perspektiven für die Zusammenarbeit beider Länder im kommenden Fünfjahresplan' beraten und ein langfristig angelegtes 'Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Hilfe der Sowjetunion für 1976-80' unterzeichnet wurde (32). Vorher war bereits vom Exekutivkomitee des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der Ostblockwirt-

schaftsorganisation RGW, die Gewährung von wirtschaftlicher Hilfe für die Bevölkerung Südvietnams beraten und beschlossen worden, wodurch deutlich wurde, daß der RGW ganz Vietnam zu unterstützen gedachte. Bei dem Besuch des Generalsekretärs der Partei der Werktätigen Vietnams, Le Duan, im Oktober 1975 in Moskau wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Koordinierung der Wirtschaftspläne beider Länder für den Zeitraum 1976-80 festlegt. Im Mai 1977 trat Vietnam der 'Internationalen Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit' und der 'Internationalen Investitionsbank' des RGW bei.

Diese weitere Annäherung war für Peking ein Zeichen der wohl unwiderruflichen Zuwendung der SRV zur Sowjetunion. Hanois Beitritt zum RGW im Juni 1978, als die chinesische Wirtschaftshilfe schon abgebrochen war und sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern rapide verschlechterten, und der am 3. November 1978 folgende 'Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit' zwischen Moskau und Hanoi waren denn nur noch zusätzliche Meilensteine auf einem vorher bereits festgelegten Weg.

Parallel zur Wirtschaftshilfe entwickelten sich die Rüstungslieferungen der UdSSR. Zwar hatte die SRV viele Rüstungsgüter beim Fall Saigons übernehmen können, die dauerhafte Erhaltung der Einsatzfähigkeit einer so großen Armee machten eine Hilfe von außen trotzdem unabdingbar, da es eine eigene Rüstungsindustrie für komplexe Waffensysteme in Vietnam nicht gab. Die Bedeutung der Rüstungshilfe stieg selbstverständlich enorm mit der Verschärfung der Spannungen zu Kampuchea und China. Für die vietnamesische Intervention in Kampuchea und die Absicherung der in Phnom Penh eingesetzten neuen Regierung war und ist sie unerläßlich. Die wirtschaftliche und militärische Hilfe, für die Hanoi weder durch Exporte angemessen zahlen konnte (33) noch einen anderen Lieferanten hätte finden können, bildet so auch nach 1975 die Grundlage für eine weitreichende Abhängigkeit der SRV von Moskau.

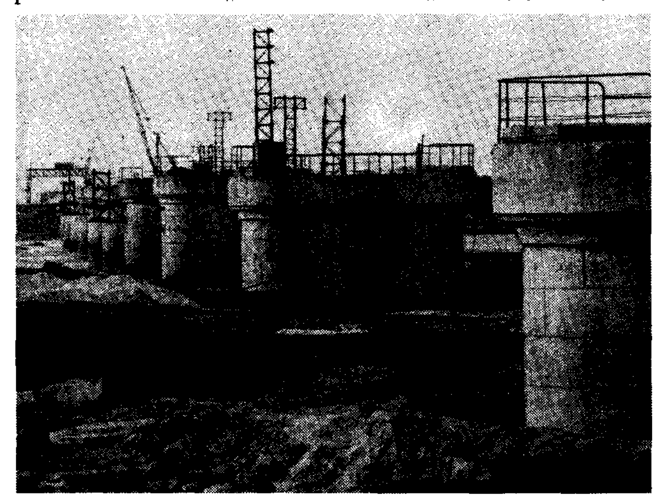
In der sowjetischen Außenpolitik dürfte Vietnam als Garant dafür gelten, daß Südostasien nicht antisowjetisches Einflußgebiet Chinas und der USA werden kann. Darüber hinaus sollte der Vorschlag Breschnews von 1969, ein Abkommen über kollektive Sicherheit in Asien zu schließen, der Sowjetunion die Möglichkeit geben, auch direkter in Südostasien mitsprechen zu können, würde doch so die Sowjetunion zum Garanten bestehender Grenzen und hätte das Recht, im Konfliktfalle zu schlichten oder in anderer Weise einzugreifen(34).




Nicht allein die Sowjetunion, auch die Volksrepublik China fühlte sich zunehmend von feindlichen Mächten eingekreist. Vietnam in seiner Bindung an die UdSSR wird von ihr als ein nicht-befreundeter Staat begriffen, der versucht, sich als starke Regionalmacht und in Verlängerung sowjetischer Interessen zu etablieren. Chinas Bündnispolitik mit dem Kampuchea Pol Pots beruhte deshalb auf Gegeneinkreisungsstrategien nicht aber auf besonderen Sympathien zu den mörderischen Roten Khmern. Indem Deng Xiaoping auf seiner Amerika-Reise die Zustimmung der USA zur chinesischen Strafaktion gegen die SRV einholte, versuchte China auch die Isolierung Vietnams nach Ost und Süd, also auch zu den ASEAN-Staaten zu verschärfen. Erst unter dem Vorzeichen der schon während des Vietnam-Krieges von China gehegten Befürchtungen sind so herbe Reaktionen und Auseinandersetzungen zu verstehen, wie etwa die um die Spratley-Inseln, bei denen allerdings auch Öl vermutet wird (35).

Ohne hier näher auf die chinesische Politik einzugehen, verweise ich darauf, wie sehr gerade im chinesisch-vietnamesischen Verhältnis Erwartungen und vorweggenommene Reaktionen auf Erwartungen einen Prozeß der sich selbst erfüllenden Prophezeiungen in Gang gesetzt haben. Doch ebenfalls hat das Großmachtverhalten Chinas wesentlich dazu beigetragen, daß sich die vietnamesische Ausgleichspolitik zwischen den verfeindeten 'sozialistischen' Lagern nicht aufrecht erhalten ließ; denn auch das volksrepublikanische Peking war nie bereit, in Indochina ein starkes Vietnam zu dulden. Die Balkanisierung Indochinas wurde als Ziel durchaus beibehalten, damit dort der chinesische Einfluß nicht begrenzt würde. So warnten bereits kurz nach dem Fall Saigons hochrangige Chinesen vor dem 'Hegemonismus', womit sie vietnamesische Einflußnahme in der Region meinten. Der Kommandeur der Pekinger Militärregion rief sogar, als er zu einer Massenveranstaltung nach Hanoi

geladen war, dort zum Widerstand gegen den Hegemonismus auf. Seine Rede wurde von den vietnamesischen Medien totgeschwiegen (36).
Unter diesen Vorzeichen und Zwängen gab und gibt es für die SRV kaum eine Alternative zur engen Bindung an die Sowjetunion. Würde Hanoi auf die chinesische Karte setzen, so könnte es deshalb weder mit westlicher Unterstützung rechnen, noch mit umfangreicher qualifizierter Wirtschaftshilfe aus China. Vielmehr würde ihm die aus der vietnamesisch-chinesischen Geschichte hinreichend bekannte Rolle des Vasallenstaates zugewiesen, der sich der Globalpolitik Chinas einzuordnen hat. Um sicher zu gehen, müßte China trotzdem die indochinesischen Nachbarstaaten bevorzugen und stützen, um sie gegen Hanoi auszubalancieren. Solche Perspektiven dürften in Vietnam mit seiner rasch wachsenden Bevölkerung und seinen Zwängen zu angemessener Industrialisierung kaum auf Gegenliebe stoßen. Dies – so meine Vermutung –, mag dazu beigetragen haben, daß selbst ein so mächtiger und einflußreicher Vertreter chinesischer Strategien wie Truong-Chinh, der heutige Staatsratsvorsitzende, nicht gegen die Kooperationspolitik mit Moskau auftritt.
Für Vietnam geht es darum, trotz Isolierung und schweren Abhängigkeiten ein sicheres Maß an Selbstbestimmungsfähigkeit über seine Politik zu erhalten. Innen- und außenpolitische Schritte der SRV in den letzten Jahren lassen solches Bemühen deutlich erkennen. Die Grundüberlegung, auf der sie erfolgen, dürfte in der Einsicht liegen, daß nicht nur Vietnam von der Hilfe der Sowjetunion abhängt, sondern daß auch die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik keine Alternative zu Vietnam hat. Diese besondere



*Unvollendete chinesische Brücke in Hanoi*

Position gilt es deshalb aufrecht zu erhalten und gleichzeitig so weit wie möglich Abhängigkeiten abzubauen. Im innenpolitischen Feld muß unter dieser Perspektive die veränderte Wirtschaftspolitik Hanois gesehen werden, die vor allem darauf abzielt, die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln anzustreben. Auch das Zurückstecken in der ehrgeizigen Industrialisierungspolitik, die schnell zu einer 'sozialistischen Großproduktion' führen sollte, ist unter diesem Vorzeichen zu interpretieren (37). Daneben bemüht sich Vietnam nach wie vor um eine 'pluralistische Entwicklungshilfe' aus möglichst vielen Ländern der Welt. Dieses Bemühen war aufgrund der westlichen Verweigerungspolitik bisher nur mäßig erfolgreich, aber auf Dauer vielleicht doch nicht aussichtslos.
Im außenpolitischen Feld geht es Vietnam darum, seine dominierende Stellung in Indochina aufrechtzuerhalten und deshalb einen direkten starken Einfluß der Sowjetunion abzuwehren. Seine erhebliche Zurückhaltung gegenüber dem sowjetischen Wunsch, militärische Basen in Vietnam dauerhaft einzurichten, weist ebenso in diese Richtung wie die überraschende Kaltstellung des pro-sowjetischen Generalsekretärs der 'Kampucheanischen Front des nationalen Aufbaus' Pen Sovan und vieler seiner Gefolgsleute (38).
Im letzteren Falle war die eindeutige Botschaft an Moskau, nicht den Versuch zu unternehmen, direkte Brückenköpfe im indochinesischen Bereich, jenseits vietnamesischer Kontrolle, einzurichten. Abhängigkeit von der Sowjetunion im äußeren Feld würde auch reduziert, wenn es gelänge, für Kampuchea eine politische Lösung zu finden. Dadurch würde sowohl der Bedarf an sowjetischen Rüstungsgütern erheblich vermindert wie auch vietnamesische Kapazitäten freigesetzt, die dann auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert werden könnten. Ein Interesse Vietnams an einer Beendigung des Konfliktes darf deshalb ebenso unterstellt werden, wie ein Interesse an seiner Weiterführung bei den chinesischen oder westlichen Kontrahenten. Schließlich ist im außenpolitischen Feld auch auf die de facto Weigerung Hanois zu verweisen, sich dem sowjetischen Projekt eines Kollektiven Sicherheitsabkommens für Asien anzuschließen. Gerade weil dies die sowjetische Einflußbasis stärken würde, kann Vietnam an einem solchen Abkommen nicht gelegen sein. Vielmehr versucht es nach wie vor – bisher nur mit geringem Erfolg – seine Beziehungen zu den ASEAN-Staaten zu verbessern und diesen glaubhaft zu machen, daß Vietnam für die Region und die dort bestehenden

Herrschaftsverhältnisse keine Gefahr sei. Die immer wieder weltweit kolportierten Befürchtungen, Vietnam würde in einem 'unmäßigen Expansionsdrang Thailand angreifen', müssen unter solchen Gesichtspunkten als Zweckpropaganda gewertet werden.
Unter den gegebenen Bedingungen sind die sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen auf so starken gegenseitigen Interessen gegründet, daß die sicherlich immer wieder auftretenden gewichtigen Sannungen die Grundlage dieser Kooperation kaum erschüttern können. Eine Veränderung wesentlicher Art dürfte sich erst ergeben, wenn China seine regionale Konfrontationspolitik gegenüber Vietnam aufgibt, und die kapitalistischen Industriestaaten, allen voran die USA, bereit sind, Vietnam wesentliche und ausreichende Hilfe für die Entwicklung des Landes zu geben. Die jüngsten Versuche der Sowjetunion, ihre Beziehungen zu der VR China zu normalisieren und damit 'überflüssige' Spannungen und Reibungen zu vermeiden, betrachtet die vietnamesische Regierung zwar mit Skepsis, die dabei erzielbaren Ergebnisse dürften jedoch die hier skizzierte Konstellation für die sowjetische Außenpolitik nicht grundsätzlich ändern und werden auch nicht die Basis des sowjetisch-vietnamesischen Verhältnisses in Frage stellen.

Andreas Buro

**Anmerkungen**

1) vgl. Jahn 1974, 1982; Buro 1981, S. 94 ff.
2) vgl. v.B. Horlemann/Gäng 1966
3) zit. nach Horlemann/Gäng 1966, S. 31
4) vgl. Kanet 1974
5) Outline History of the Viet Nam Worker's Party (1930-1975), Hanoi 1976, S. 24.
6) Ruehl 1966, S. 32.
7) Nguyen Khac Vien 1975, S. 87.
8) Heinzig 1980, S. 8.
9) ders., S. 9.
10) vgl. hierzu die Schriften von Vo Nguyen Giap
11) vgl. Horlemann/Gäng 1966, S. 68 ff.
12) dies., S. 73 ff.
13) vgl. Mayer 1980, S. 5 ff.
14) vgl. Buro 1981, S. 231 ff.
15) Bergmann 1973, S. 215
16) vgl. Buro 1981, S. 259 ff.
17) vgl. hierzu Menzel 1978.
18) vgl. Fall 1964, S. 175-179.
19) Buro 1981, S. 261.
20) Horlemann/Gäng 1966, S. 121 und S. 161 f.; auf dem Kongress hieß es in der Schlußresolution: „Insbesondere hat der Kongress die pazifistische und neutralistische Außenpolitik der Front sorgfältig erwogen. Er erklärt feierlich, daß Südvietnam nach Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit diplomatische Beziehungen zu allen Ländern gleich welcher politischen Verfassung aufnehmen wird, und zwar in strenger Übereinstimmung mit den Prinzipien der Bandung-Konferenz; daß es keinem militärischen Bündnis beitreten wird; daß es von jedem beliebigen Land wirtschaftliche und andere Hilfe annehmen wird, sofern diese Hilfe an keine Bedingungen geknüpft wird." Weiter hieß es dann: „Nordvietnam gegenüber werden wir in gleicher Weise außenpolitisch den Geist des Friedens und der Neutralität wahren. Die Wiedervereinigung des Landes wird sich allmählich vollziehen, und zwar auf der Grundlage der Wünsche und Interessen aller sozialen Schichten, sowohl des Südens als auch des Nordens, und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, des Verhandelns und des Einverständnisses zwischen beiden Teilen"
21) Heinzig 1980, S. 10.
22) ders., S. 11.
23) vgl. Buro 1981, S. 259 ff.
24) Heinzig 1980, S. 11.
25) Buro 1981, S. 263 ff.
26) vgl. Mayer 1980, S. 9 ff.
27) vgl. Schneider 1974, S. 6 ff.
28) ders., S. 11 ff.
29) vgl. Menzel 1978
30) vgl. Schneider 1974, S. 5 f.
31) vgl. Bräker 1979, S. 12 ff.
32) ders., S. 16 f.
33) zur Wirtschaftlichen Situation der SVR und ihre Handelsbilanz vgl. Buro/Grobe 1983.
34) vgl. u.a. Mayer 1978, S. 8 ff.
35) ders., S. 19 ff.
36) ders., S. 23.
37) vgl. Buro/Grobe 1983.
38) Far Eastern Economic Review v. 8.1.82, S. 13/15.

**Zitierte Literatur**

Bergmann, Theodor: Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, Offenbach 1973
Bräker, Hans: Die Aufnahme Vietnams in den RGW und die Politik der Sowjetunion und der VR China in Südostasien, Ber.Bund.Inst.f. ostwiss. u. internat. Studien, Nr. 7-1979
Buro, Andreas: Autozentrierte Entwicklung durch Demokratisierung? Lehren aus Vietnam und anderen Ländern der Dritten Welt, Frankfurt 1981
Buro, Andreas / Karl Grobe: Vietnam! Vietnam? Die Entwicklung der Sozialistischen Republik Vietnam nach dem Fall Saigons, Frankfurt 1983 (erscheint im Herbst in der edition suhrkamp)
Fall, Bernard, B.: The two Viet-Nams. A political amd military analysis, revised edition, New York 1964
Heinzig, Dieter: Sowjetische Interessen in Indochina, Ber.Bund.Inst. f. ostwiss. u. internat. Studien Nr. 39-1980
Horlemann, Jürgen / Peter Gäng: Vietnam. Genesis eines Konfliktes, Frankfurt 1966
Jahn, Egbert: Kommunismus — und was dann? Reinbek 1974
Jahn, Egbert: Bürokratischer Sozialismus: Chancen der Demokratisierung? Frankfurt 1982
Kanet, Roger E.: The Soviet Union and the colonial question, 1917-1953, in: Kanet, Roger E. (Hg.): The Soviet Union and the developing countries, Baltimore/London 1974
Mayer, Hans Jürgen: Die sowjetische Südostasienpolitik seit dem Ende des Vietnamkrieges, Ber.Bund.Inst. f. ostwiss. u. internat. Studien, Nr. 26-1968
Dslb.: Zu den Ursachen des chinesisch-vietnamesischen Krieges von Februar/März 1979, ebenda, Nr. 16-1980
Menzel, Ulrich: Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells, Olpaden 1978
Nguyen Khac Vien: The long resistance, Hanoi 1975
Outline History of the Viet Nam Worker's Party (1930-1975), Hanoi 1976
Ruehl, Lothar: Vietnam. Brandherd eines Weltkonfliktes? Frankfurt/Berlin 1966
Schneider, Eberhard: Die sowjetische Vietnam-Politik und die Entwicklung der sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen 1972/73, Ber.Bund.Inst. f. ostwiss. u. internat. Studien, Nr. 22-1974
Truong-Chinh: Selected writings, Hanoi 1977

# Die Sowjetunion und Zimbabwe

Vorbemerkung

Die Redaktion der Blätter bat mich, eine Einschätzung der Motive der Sowjetunion gegenüber den Ländern der Dritten Welt einer Analyse der sowjetischen Politik gegenüber Zimbabwe voranzustellen, da diesen meinen „Umgang mit den Quellen" bestimme. Die Schwierigkeiten der Linken, eine unbeschwerte Auseinadersetzung mit der Politik der Sowjetunion zu führen, kommt für mich in dieser Bitte zum Ausdruck. Ich vermute, daß die ‚Blätter des IZ3W' bei einem Artikel über die amerikanische oder bundesdeutsche Politik gegenüber Zimbabwe kaum denselben Wunsch äußern würden. Ich bin kein Anhänger positivistischer Wertneutralität in der Sozialwissenschaft. Ich will deshalb auch nicht bezweifeln, daß ideologische Positionen die Anerkennung, Auswahl und Interpretation von Fakten beeinflussen. Deshalb muß man aber noch nicht jeder Analyse sein ideologisches Credo voranstellen, insbesondere dann nicht, wenn sich die Analyse auf eine Detailfrage beschränkt und nur auf beschränkten Daten fußt, mit denen ideologische Grundpositionen nicht bewiesen oder widerlegt werden können. Die Sowjetunion nimmt für sich in Anspruch, die Emanzipation der Völker zu unterstützen. Ein Emanzipationsziel einer ganzen historischen Etappe ist die nationale Selbstbestimmung der Völker. Ich zumindest identifiziere mich damit und versuche in der folgenden Analyse, die Politik der Sowjetunion gegenüber Zimbabwe daran zu messen: mit einem kritischen Ergebnis. Weitergehende Schlußfolgerungen über den Charakter des sowjetischen Systems oder darüber, welche Rolle die Sowjetunion bzw. ihr politischer Block im Verhältnis insbesondere zum amerikanischen spielt, kann ich aufgrund des Untersuchungsgegenstands und auch des Datenmaterials nicht ziehen. Eine „Vorgabe" zu diesen Fragen wäre also nicht hilfreich. Eine Fallstudie zu dem von mir genannten Erkenntnisziel halte ich aber dennoch für interessant und wichtig, wie ich auch mit dem abschließenden Hinweis auf Parallelen zur Entwicklung in Angola, mit der sich ja nicht nur die Afrikasolidaritätsbewegung hart auseinandergesetzt hat, deutlich machen will.

Ob mein kritisches Untersuchungsergebnis als „Vorgabe" die Auswahl und Interpretation von Fakten einseitig strapaziert hat, darüber möchte ich gerne den kritischen Leser urteilen lassen. Hier kommt sicher der Einwand, nicht nur die sowjetische, sondern auch die zimbabwische Führung würde sich zu den sowjetisch-zimbabwischen Beziehungen ganz anders äußern, als ich, wie z. B. die Erklärungen Robert Mugabes bei seinem kürzlichen Besuch in Osteuropa zeigten. Hierzu ist festzustellen, daß sich auch eine Kritik beispielsweise der Politik der Bundesregierung gegenüber Zimbabwe kaum auf offizielle Erklärungen anläßlich eines Staatsbesuchs und auch sonst stützen kann. Hinsichtlich der Sowjetunion, deren Politik gegenüber Zimbabwe ja Untersuchungsgegenstand ist und nicht umgekehrt, ist es aufgrund der monolithischen Struktur des sowjetischen Systems besonders schwer, zwischen offizieller Beschönigungspropaganda und tatsächlichen Positionen und Vorgängen zu unterscheiden. Dazu ein Beispiel aus der DDR. Nachdem sich die beiden zimbabwischen Befreiungsbewegungen, die Zimbabwe African People's Union (ZAPU) und die Zimbabwe African National Union (ZANU), 1976 zu einem gemeinsamen Dach, der Patriotischen Front, zusammengetan hatten, wurde auch in der osteuropäischen Berichterstattung die Patriotische Front und nicht mehr der alte sowjetische Bündnispartner, die ZAPU, in den Vordergrund gestellt. In keiner sowjetischen und prosowjetischen Publikation konnte man ab diesem Zeitpunkt auch nur eine versteckte Kritik an der ZANU lesen. Hinter dieser Kulisse sah es allerdings anders aus. Ein politischer Flüchtling aus einem afrikanischen Land, der sich jahrelang in der DDR aufhielt, also als Genossse von Partei und Staatsführung der DDR, vertrat nicht lange vor der Unabhängigkeit Zimbabwes in Diskussionen mit Arbeitskollegen die ja durchaus realistische Auffassung, daß nicht die ZAPU, sondern die ZANU die Hauptkraft im bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe sei. Er wurde darauf zur Leitung der Betriebszelle der SED zitiert und von ihr verwarnt, er solle aufhören, Propaganda für eine „reaktionäre Organisation wie die ZANU" zu machen. Da er nicht bereit war, seine Meinung zu ändern, war er von diesem Zeitpunkt an als Abweichler enttarnt und fand sich bald – weiterer krimineller Delikte beschuldigt – im Gefängnis und nach Absitzen der Gefängnisstrafe in den Westen abgeschoben.
Auch zimbabwische Studenten, die Stipendien und Studienplätze in Osteuropa nur mit einem ZAPU-Ticket erhielten, mußten ähnliche Erfahrungen machen, wenn sie sich als ZANU-Sympathisanten erklärten.
Insgesamt ist festzustellen, daß die Material- und Quellensituation zu den sowjetisch-zimbabwischen Beziehungen nur eine grobe Skizze erlaubt. Dennoch meine ich, daß die in der Untersuchung zusammengetragenen Tatbestände für eine Kritik der sowjetischen Zimbabwe-Politik eher die Spitze des Eisbergs sind, als irreführende Bojen.

**Hilfe zur Spaltung der zimbabwischen Befreiungsbewegung**

Sieht man davon ab, daß auch die Comecon-Staaten, insbesondere die UdSSR, die Wirtschaftssanktionen brachen, die die Vereinten Nationen gegen Rhodesien verhängten (1), dann sind die Beziehungen der Sowjetunion mit Zimbabwe hauptsächlich und eng mit dem nationalen Befreiungskampf Zimbabwes und dessen Spaltung verknüpft.
Seit 1963 gibt es in Zimbabwe die erwähnten zwei Befreiungsbewegungen ZAPU und ZANU. Die Hauptgründe für die Trennung der beiden Organisationen lagen im Führungsstil des Präsidenten der ZAPU, Joshua Nkomo, und in unterschiedlichen Vorstellungen über den Weg und die Mittel, mit denen die Unabhängigkeit erreicht werden könnte. Nkomo ließ sich mit den Repräsentanten des rhodesischen Siedlerregimes immer wieder auf höchst zweifelhafte Verhandlungen ein und hoffte, in erster Linie durch die Mobilisierung internationalen Drucks das Siedlerregime zu Konzessionen zu bewegen. Als gegen diese Politik im Zentralkomitee (ZK) der ZAPU Widerstand aufkam, insbesondere gegen die Pläne Nkomos, 1962/63 eine Exilregierung einzurichten, erklärte Nkomo die ZK-Opposition kurzerhand für abgesetzt und erzwang so die Spaltung der Organisation, aus der im August 1963 die ZANU hervorging. Die ZANU machte sich das Motto „wir sind unsere eigenen Befreier" zur Leitlinie ihrer Politik.
Entsprechend der politischen Generallinie zur Zeit Chruschtschows bestärkte die Sowjetunion in den 50er und 60er Jahren Illusionen von Führern nationaler Befreiungsbewegungen über den Erfolg friedlicher Mittel. Das läßt sich auch

aus der Zimbabwe-Berichterstattung der sowjetischen Presse zu jener Zeit ablesen. (2) Immer wieder wurde so getan, als ob die Forderung „one man, one vote" mit Streiks und Demonstrationen durchgesetzt werden könnte. Gleichzeitig wurde die herausragende Bedeutung des „Kampfs in der UNO" betont, den die UdSSR dort für Zimbabwe führen würde. Auf diesen Positionen fanden sich damals die Sowjetunion und Nkomo. Die ZANU fand demgegenüber zu jener Zeit weder Unterstützung noch positive Würdigung durch die Sowjetunion. Im Gegenteil, sie gehörte zu den Organisationen, die wie z. B. auch der PAC von Azania, als „Agenten des Imperialismus" angegriffen wurden. (3)

Die sowjetische Unterstützung für die ZAPU beschränkte sich damals auf Stipendien, organisatorische und propagandistische Maßnahmen. Ab 1973 durfte die ZAPU täglich Sendungen über Radio Moskau nach Afrika ausstrahlen. In Ost-Berlin wurden ihre Publikationen gedruckt und zensiert. (4) Besonders wichtig erwiesen sich internationale Organisationen wie insbesondere die ab 1967 von der Sowjetunion dominierte Afro-Asiatische-Volkssolidaritätsorganisation (AAPSO).

| | |
|---|---|
| ZAPU | Zimbabwe African People's Union (Nkomos Organisation); der bewaffnete Arm der ZAPU ist die ZIPRA. |
| ZANU | Zimbabwe African National Union; spaltete sich 1963 von der ZAPU ab. (Mugabes Organisation); der bewaffnete Arm der ZANU ist die ZANLA. |
| ZIPA | Zimbabwe People's Army; 1975 gebildete, aber nur kurzlebige gemeinsame Armee der ZANU und ZAPU. |
| PF | Patriotische Front; gemeinsame Dachorganisation von ZAPU und ZANU, 1976 gebildet. |

Um verhandlungsfähig zu werden, schlossen sich auf massiven Druck der Frontstaaten vier Organisationen zum Afrikanischen Nationakongreß (ANC) zusammen, wodurch zwielichtige und schon längst im politischen Abseits stehende Personen wie Bischof Muzorewa, der ehemalige ZAPU-Führer Chikerema, der damals als ZANU-Vorsitzender intern schon abgesetzte Sithole und natürlich Nkomo in international anerkannte Postitionen gelangten oder sich dort halten konnten. Die Verhandlungen auf der Eisenbahnbrücke über die Victoria-Fälle scheiterten aber dennoch schon nach wenigen Stunden. Nur Nkomo begab sich darauf ins Land, ließ sich auf einer Veranstaltung von seinen Anhängern zum Vorsitzenden der ANC wählen und verhandelte mit Smith weiter, ohne Erfolg. Dies war damals ein in jeder Hinsicht verräterisches Unterfangen, was fast zu einer Entmachtung Nkomos innerhalb der ZAPU und zum zeitweiligen Zusammenschluß von ZAPU und ZANU auf der Ebene der Guerillaverbände, in der Zimbabwe Volksarmee (ZIPA) führte. Die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" sah dies anders. Ihr zufolge wurde der ANC „auf Initiative der ZAPU" (5) gebildet, und Nkomo ließ sich nicht von seinen Anhängern, sondern von „5 500 Delegierten des ANC" zum ANC-Vorsitzenden wählen. (6) Zu den verräterischen Verhandlungen Nkomos mit Smith hieß es in der sowjetischen Presse, „die Verhandlungslösung sei der bevorzugte Weg der zimbabwischen Befreiungsbewegung". (7) Nach dem Scheitern der Verhandlungen hieß es dann wieder, „nur durch den bewaffneten Kampf kann wahre Unabhängigkeit gewonnen werden". (8)

**Die sowjetische Militärstrategie und ihre Folgen**

Für die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskampfs in Zimbabwe hatte die Sowjetunion bis zum damaligen Zeitpunkt wenig beigetragen, noch wichtiger, ihre militärstrategische Grundlinie, nicht Menschen, sondern Waffen entscheiden, hatte weitreichende Folgen für den zimbabwischen Unabhängigkeitskampf.

Charakteristisch ist das sogenannte Wankie-Abenteuer. 1967/69 entsandten die ZAPU und der ANC-Südafrika für kurze Zeit gemeinsam bewaffenete Stoßtrupps in den menschenleeren Wankie-Tierpark. Dort wurden sie von den rhodesischen Streitkräften schon früh erkannt und niedergemacht. (9) Dennoch berichtete die Moskauer „Neue Zeit" euphorisch, daß schon wenige Monate nach der „historischen Allianz" von ZAPU und ANC-Südafrika der bewaffnete Kampf im „großen Umfang" und in „vielen Teilen des Landes" geführt werde, und daß die Partisanen immer sicherer moderne Waffen und die Kampftechnik handhaben" würden. (10)

Ab Mitte der 70er Jahre verstärkte die Sowjetunion ihre Militärhilfe für die ZAPU beträchtlich. In Sambia und Angola entstanden große Ausbildungs- und Waffenlager. Ende der



*Zanu-Kämpferin*

70er Jahre besaß die ZAPU eine konventionell ausgebildete und gerüstete, mindestens 10 000 Mann starke Armee. Deren Bewaffnung, Panzer, B-4- und Sam-7-Raketen, Granatwerfer und Kampfhubschrauber, (11) war für den Guerillakrieg ungeeignet, umso mehr aber für die Endphase des Befreiungskampfs, wenn es um die Erringung oder Sicherung der städtischen Machtzentren gehen würde. In einem Interview im November 1982 beschrieb Robert Mugabe diese Strategie wie folgt: „Es gab schon lange einen Plan, eine Strategie zum Sturz der ZANU-Regierung auszubarbeiten. Diese Strategie wurde schon 1976, wenn nicht noch früher, ausgearbeitet. Der Plan hieß „Zero Hour" (Stunde Null). Wenn die Stunde Null kommen würde und die ZANU die Wahlen die Macht gewonnen hätte durch den Sturz des Feindes, dann wolte man bestimmte Ziele angreifen und eine Besatzungsmacht hereinbringen. Man glaubte, die ZAPU könne mit uns umgehen, wie die MPLA mit der UNITA." (12)
Zu dieser Einschätzung der Strategie der ZAPU, die von sowjetisch-kubanischen Militärberatern inspiriert und nur mit sowjetischer Waffenhilfe möglich war, gelangte die ZANLA nicht erst aufgrund jüngster Erkenntnisse. Wegen der Bewaffnungsfrage bestand sie immer wieder darauf, daß eine weitgehende Einheit mit der ZAPU nur und zuerst durch den Zusammenschluß der bewaffneten Streitkräfte, ZIPRA (ZAPU) und ZANLA (ZANU), und die Entwicklung einer gemeinsamen Militärstrategie möglich sei. Die 1975 gegründete ZIPA währte als Zusammeschluß von Guerillaverbänden nur sehr kurz. Angesichts der turbulenten Entwicklungen sowohl in der ZANU als auch in der ZAPU zu jener Zeit, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann (13), ist es auch heute noch schwer einzuschätzen, ob sich die pro-sowjetischen Kräfte in der ZAPU und die Sowjetunion selbst Hoffnungen machen, durch den Zusammenschluß in der ZIPA, Einfluß auf die ZANU zu gewinnen, oder ob dies eine für die Sowjetunion ungünstige Entwicklung war und deshalb von ihr hintertrieben wurde. Nkomo, der damals gerade mit Smith in Rhodesien verhandelte und deshalb Gefahr lief, in der politischen Versenkung zu verschwinden, stellte sich offen gegen die ZIPA. So z. B. kritisierte er bei der OAU-Jahrestagung in Mauritius 1976 die Behandlung der ZIPA als „dritte Kraft" durch das OAU-Befreiungskomitee und die Frontstaaten Mozambique und Tansania heftig. Ein Indiz für die sowjetische Interessenlage war, daß in ZAPU-Publikationen als einer der Hauptstreitpunkte in der ZIPA die Anwesenheit chinesischer Militärberater in den gemeinsamen tansanischen Lagern herausgestellt wurde. So kam es in diesen Lagern schon bald zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen ZIPRA und ZANLA-Kämpfern, die ZIPRA-Kämpfer wurden wieder nach Zambia abgezogen und auch die meisten ZIPRA-Vertreter im Oberkommando der ZIPA zogen sich zurück. Die ZAPU hatte ohnehin einen Teil der ZIPRA in der ZIPA integriert und setzte mit dann rasch wachsender Unterstützung der Sowjetunion den Aufbau ihrer konventionellen Streitmacht in Sambia und Angola fort. Auch Nkomo blieb Chef der ZAPU. Ab dieser Zeit mehrten sich aus Kreisen der OAU undder Fronstaaten deutlich an die Adresse der Sowjetunion gerichtete Aufforderungen, zur Einheit der zimbabwischen Befreiungsbewegung dadurch beizutragen, daß sie nicht mehr nur einseitig Waffen an die ZAPU liefere. Die schon erwähnte Gipfelkonferenz der OAU in Mauritius faßte den Beschluß, sämtliche Unterstützung für den bewaffneten Kampf in Zimbabwe solle in Zukunft über das OAU-Befreiungskomitee geleitet werden. (14) Die Sowjetunion hielt sich daran nicht, auch nicht nachdem im Oktober 1976 die Patriotische Front zwischen ZANU und ZAPU gegründet worden war.
Zwei Jahre später wandte sich Nyerere deshalb in dieser Sache mit einer Aufsehen erregenden Geste an die Öffentlichkeit. Er rief nacheinander alle Botschafter aus Osteuropa zu sich und forderte über sie ihre Regierungen auf, auch der ZANU Militärhilfe zu gewähren und zwar im selben Umfang wie der ZAPU, da sie sonst „die Einheit erschwerten". (15) Die Bedingung der Sowjetunion war, die ZANU müsse ihre engen Beziehungen zur VR China aufgeben. Dazu ließ sich die ZANU aber nicht breitschlagen. Um an Waffen heranzukommen und ein drohendes Übergewicht der ZIPRA an konventioneller Rüstung zu verhindern oder wenigstens politisch zu neutralisieren, war die ZANU-Führung Ende der 70er Jahre bereit, äußerste Kompromisse einzugehen.
Ein Beispiel hierfür ist die von der Mengistu-Regierung in Äthiopien bzw. der AAPSO im September 1978 durchgeführte Afro-Arabische Solidaritäskonferenz, an der neben



*Nkomo und Mugabe*

Castro und Vertretern fast aller „authentischen" Befreiungsbewegungen auch Mugabe und Nkomo teilnahmen. Die Konferenz war insofern eine Besonderheit, als auf ihr eine Resolution verabschiedet wurde, in der zum ersten Mal die VR China wegen angeblicher Kollaboration mit Südafrika und Israel verurteilt wurde. Mugabe hatte an der Abstimmung nicht mehr teilgenommen, und diese muß wohl unter eigenartigen Bedingungen nach der Konferenz abgelaufen sein. Bemerkenswert ist allerdings, daß die ZANU-Führung zu der von sowjetischer Seite verbreiteten Falschmeldung, die ZANU-Delegation habe an der Abstimmung teilgenommen, offiziell keinen Kommentar abgab. (16) Mugabe erklärte in einem Interview bald danach nur indirekt, aber deutlich genug: „Wir würden gerne Waffen in großen Mengen von sozialistischen Ländern bekommen, die dazu Ressourcen haben . . . Aber wir werden unsere Freundschaft mit China bewahren." (17)
In dieser Zeit bahnten sich relativ enge Beziehungen der ZANU mit Kuba und Äthiopien an, beide gaben der ZANU militärische Unterstüzung. Ob dies aufgrund von Widersprüchen zwischen den beiden Ländern und der Sowjetunion zustande kam, oder ob Kuba und Äthiopien im Rahmen einer abgesprochenen Arbeitsteilung mit der UdSSR vorgingen, ist noch schwer zu beurteilen. Schon bald machte Kuba jedenfalls einen militärischen Interventionsplan, der Zimbabwe in die unmittelbare Nähe einer Entwicklung wie in Angola brachte (18).



**Der kubanische Interventionsplan**

In Zimbabwe-Rhodesien war zu dieser Zeit die sogenannte innere Lösung, d. h. das verräterische Abkommen zwischen Smith und Muzorewa, Sithole, Chikerema und Chirau unterzeichnet, die Wahlen fanden verspätet im April 1979 statt, und die neue Verfassung trat am 1. 6. 1979 in Kraft. Kuba, vertreten durch das Politbüromitglied Raul Valdez Vivo, unterbreitete in dieser Situation den Vorschlag, noch bevor Muzorewa zum Ministerpräsidenten eingeschworen würde, eine Gegenregierung mit Nkomo als Präsidenten und Mugabe als Stellvertreter mit der Zuständigkeit für Verteidigung in einem befreiten Teil Zimbabwes auszurufen. Für den Fall eines zu erwartenden südafrikanischen Gegenschlages sollte die mozambiquanische Armee mobilisiert werden, in deren Gefolge dann wohl bald auch zumindest mit kubanischer Verstärkung zu rechnen gewesen wäre. Mugabe und die ZANU-Führung verhielten sich gegenüber dem Vorschlag zurückhaltend, wiesen ihn aber nicht kategorisch zurück, da alle wichtigen Frontstaaten (Mozambique, Sambia und Angola und möglicherweise sogar Tansania, darüber hinaus war auch noch Rhodesien eingeschaltet) dem Plan zugestimmt haben sollen. Sie waren dann allerdings erleichtert, als Nkomo ihnen die endgültige Entscheidung abnahm und von einer früheren Zustimmung wieder Abstand nahm, wodurch der Plan kurz vor seiner Ausführung zu Fall kam. Der Interventionsplan dürfte wohl kaum ohne Kenntnis und Zustimmung von sowjetischer Seite geschmiedet worden sein. Unklar ist allerdings, warum ihn Nkomo zum Schluß abgelehnt hat. Vermutet wird, dies sei darauf zurückzuführen, daß der Krieg auf dieser neuen Stufe sich dann noch mehr auf Nord- und Ost-Zimbabwe, der Hochburg der ZANU, konzentriert hätte und die ZANU dadurch gegenüber der ZAPU weiter militärische Vorteile gewonnen hätte.

Der weitere Gang der Ereignisse bis zu den Lancaster House-Verhandlungen schon knapp 6 Monate später und der folgenden Unabhängigkeit Zimbabwes am 18.4.1980 zeigt, daß es zumindest in Zimbabwe auch ohne eine externe militärische Intervention möglich war, die Unabhängigkeit zu erreichen. Daß die Sowjetunion mit dieser Entwicklung nicht zufrieden war, dafür gibt es sogar in der offiziellen sowjetischen Publizistik einige Hinweise. So z. B. kommentierte Valery Beljanski in Radio Moskau den Beginn der Unabhängigkeitsverhandlungen in London: „Die Konferenz ist gescheitert, bevor sie überhaupt angefangen hat." (19) Zum Beschluß der ZANU, sich allein zur Wahl zu stellen, schrieb „Die Wahrheit" (SEW): „Ein störender Faktor bei diesen Wahlen ist der Standpunkt des ZANU-Flügels der Patriotischen Front . . . Die Nachricht, daß die ZANU sich außerhalb des Rahmens der Patriotischen Front zu den Wahlen stellen wird, wurde von . . . Robert Mugabe . . . bestätigt. Das ist natürlich eine bedauerliche Entwicklung." (20)

Nach der Unabhängigkeit ließ sich die Mugabe-Regierung mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR Zeit. Drei sowjetische Delegationen mußten unverrichteter Dinge wieder das Land verlassen. Erst als die sowjetische Regierung schriftlich zugesagt hatte, „keinerlei Verträge, Absprachen oder Verhandlungen mit jedwelcher Organisation (Zimbabwes) einzugehen, ohne vorhergegangene Konsultationen und ausdrückliche Zustimmung der (zimbabwischen) Regierung" (21) – eine sicherlich nicht häufige



*Zanla-Kämpfer beim Kartenstudium*

Klausel bei der Vereinbarung von diplomatischen Beziehungen – war es im Februar 1981 soweit. Die Vereinbarung zielte natürlich auf eine Beendigung der Sonderbeziehungen der ZAPU mit der UdSSR. Das fällt der sowjetischen Führung offensichtlich schwer. Noch am 16. 10. 1980 konnte sich ein ZAPU-Sprecher in einer regelmäßigen Sendung der ZAPU in Shona-Sprache in Radio Moskau beschweren, daß „die Art, wie unser Land regiert wird, mit unseren sozialistischen Zielen unverträglich ist . . . Jemand muß die Eröffnung einer sowjetischen Botschaft in Zimbabwe blockieren." (22)
Der zimbabwischen Regierung ging es natürlich um mehr, als nur ZAPU-Sendungen in Radio Moskau abzustellen. Sie wollte bei der Integration der Streitkräfte nicht das umfangreiche sowjetische Waffenarsenal der ZAPU einschließlich der sowjetischen Techniker und Berater „erben". Am liebsten wäre es ihr geesen, wenn die schweren sowjetischen Waffen der ZIPRA unter Armee-Kontrolle in die Sowjetunion zurückverfrachtet worden wären. (23) Wie brisant die Angelegenheit war, zeigte sich schon bald.


*Soldaten der zimbabwischen Nationalarmee*

### Die pro-sowjetischen Putschpläne der ZAPU nach der Unabhängigkeit

Am 7. Februar 1982 explodierte in Harare eine politische Bombe, die allerdings hinter den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ZAPU-Dissidenten im Matabeleland und der zimbabwischen Armee von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. Zur Eröffnung des Hochverratsprozesses gegen ZAPU-Führer, die angeklagt sind, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben, verlas der Staatsanwalt einen Brief, der es wert ist, im Wortlaut wiedergegeben zu werden. Einer der beiden Hauptangeklagten, Dumiso Dabengwa, der Chef des Sicherheitsdienstes der ZAPU und zeitweilig Mitglied des Oberkommandos der vereinigten Nationalen Armee Zimbabwes, hatte schon 10 Tage nach der Unabhängigkeit des Landes folgendes Schreiben an den Chef des sowjetischen Geheimdienstes, KGB, damals Andropow, gerichtet: „Lieber Genosse Vorsitzender, Im Zusammenhang der persönlichen Bitte, die der Genosse Nkomo an Sie gerichtet hat, bin ich von ihm beauftragt, einige Punkte zu präzisieren und ergänzende Erläuterungen zu machen, so daß unsere Position für Sie klarer ist. Der Genosse Nkomo kann gegenwärtig das Land nicht verlassen aufgrund der angespannten Situation, die sich infolge des provokativen und agressiven Verhaltens von ZANU-Elementen, die der prowestlichen Politik Mugabes zum Durchbruch verhelfen wollen, explosiv entwickeln könnte. (Mugabes) deutliche Neigung zu den anglo-amerikanischen Imperialisten hat schon allen Regierungen, die in der Vergangenheit dazu beitrugen, die Massen von Zimbabwe zu unterdrücken, die Türen ins Land weitgeöffnet. Die Massen Zimbabwes sind zutiefst davon überzeugt, daß Mugabe sich als noch reaktionärer und pro-westlich entpuppt hat als Muzorewa und daß seine Politik die nationalen Interessen Zimbabwes und des (zimbabwischen) Volkes unterhöhlt. Es ist klar geworden, daß die britische und die US-amerikanische Regierung einen Erfolg in ihren neokolonialistischen Wünschen erreichen und Zimbabwe zum Schlüsselland in der Region für ihre Einflußachse im südlichen Afrika machen wollen . . . In Anbetracht dieser Umstände bitten wir Sie, Genosse Vorsitzender, uns weitere Unterstützung für unseren nächsten Kampf gegen imperialistische Intrigen und gegen die subversiven Aktivitäten der Geheimdienste (dieser Mächte) gegen Zimbabwe zukommen zu lassen. Was die politische Machtfrage In Zimbabwe anbelangt, so betrachten wir diese als eine interne Angelegenheit, die das zimbabwische Volk entscheiden muß. Um an die Arbeit gehen zu können und bessere Ergebnisse im genannten Sinn zu erreichen, bitten wir Sie, Ihren Vertreter, den Genossen Maxim, unter seiner gegenwärtigen Tarnung in Sambia zu belassen und ihm freien Zugang zu allen fünf Frontstaaten – Sambia, Tansania, Mozambique, Botswana und Angola (vielleicht auch Lesotho) zu gewähren, so daß er sich in seiner Arbeit auf alle KGB-Einrichtungen in diesem Teil der Welt stützen kann. Wir sind zuversichtlich, daß wir seine Besuche in Zimbabwe arrangieren können. Ich möchte Sie weiterhin versichern, daß Genosse Präsident Nkomo schon die Zustimmung von Präsident Kaunda für den weiteren Aufenthalt von Maxim in Sambia – vorbehaltlich Ihrer Zustimmung – eingeholt hat . . . Mit besten Grüßen, Dumiso Dabengwa, Sekretär der NSO"(nationale Sicherheitsorganisation der ZAPU). (24)
Dabengwa hat im Prozeß Existenz und Inhalt des Briefes bestätigt. Zu seiner Verteidigung erklärte er, man könne allerdings daraus keine Hochverratsabsicht ableiten, da er den KGB um Hilfe gegen die subversiven Machenschaften der Geheimdienste anderer Länder, besonders Südafrikas, gebeten habe. Da die Verteidigung darüber hinaus erklärte, der Brief sei noch vor der Unabhängigkeit verfaßt und nur aufgrund von Übermittlungsproblemen nachdatiert worden – zu einem Zeitpunkt also verfaßt worden, da Dabengwa noch nicht gegenüber der Mugabe-Regierung loyalitätsverpflichtet war – sprach ihn das Gericht frei. Der vorsitzende Richter bekleidete unter der Smith-Regierung das Amt des Justizminsiters. (25)
Die sowjetische Regierung soll nach Auskunft des zimbabwischen Informationsministers, Nathan Shamuyarira, dem Ansinnen der ZAPU-Führer nicht entsprochen haben (26). Bestätigt werden aber erneut der enge Kontakt zwischen dem KGB und dem Sicherheitsdienst der ZAPU und die prosowjetische Orientierung Zimbabwes im Fall einer Machtübernahme durch die ZAPU. Auch die Rolle Kaundas ist noch beachtenswert. Der Brief wurde im April 1981 zusammen mit dem Archiv der ZAPU gefunden bei der

Durchsuchung einer von 22 Farmen, die Nkomo und seine engsten Freunde für rund 35 Mio. DM in strategisch wichtigen Positionen gekauft haben. Die Tatsache, daß die Sowjetunion den Brief der zimbabwischen Regierung nicht zuspielte, läßt auf keine freundschaftliche Haltung der sowjetischen Führung gegenüber der Mugabe-Regierung schließen. Wenn Dabwenga in seinem Brief erwähnen muß, die politische Machtfrage in Zimbabwe sei Angelegenheit des zimbabwischen Volkes, dann deutet dies darauf hin, daß eine sowjetische Intervention nicht für undenkbar gehalten wird. Der Brief spricht die Putschabsichten der ZAPU zwar nicht offen aus. Zu ergänzen sind aber noch die Äußerungen Nkomos vor dem Zentralkomitee der ZAPU nach der verlorenen Wahl im März 1980, daß die Mugabe-Regierung schon Ende 1980 auseinanderbrechen und gestürzt werde. (27) Daß es sich dabei nicht nur um beschriebenes Papier und starke Reden handelt, bestätigen schließlich die geheimen Waffenlager der ZAPU, bei denen Anfang 1982 ein sowjetisches Waffenarsenal gefunden wurde, mit dem eine ganze Division konventionell bewaffnet werden konnte. Auch das massenhafte Desertieren von ehemaligen ZIPRA-Soldaten aus der nationalen Armee erst nach dem Aufdecken der Waffen, der Verhaftung einiger ZIPRA-Kommandeure und der Entlassung Nkomos aus dem Kabinett bestätigt, daß Teile der ZAPU-Führung die Zeit für einen „2. Befreiungskrieg" gekommen sahen.

### Geht die ZAPU den Weg der UNITA?

Die Putschabsichten von Teilen der ZAPU sind also nur zu offensichtlich. Sie erschweren die Stabilisierung der Unabhängigkeit des von Südafrika bedrohten Landes. Denn Südafrika besitzt in und gegenüber Zimbabwe ein breites Destabilisierungsinstrumentarium, angefangen von wirtschaftlicher Erpressung und engsten Verflechtungen mit der weißen Siedlerschicht und alten Bindungen von schwarzen Kollaborateuren– es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein hoher zimbabwischer Beamter als südafrikanischer Agent entlarvt wird – bis hin zu militärischen Stoßtruppaktionen. Südafrika verfolgt eine klare Strategie, den Krieg in die Frontstaaten hineinzutragen, wie die Besetzung von zwei Provinzen in Angola und die Überfälle in Mozambique zeigen. Das Apartheidregime glaubt nicht warten zu können, bis sich die Frontstaaten wirtschaftlich und politisch konsolidiert haben und dann den azanischen und namibischen Befreiungsbewegungen mehr Unterstützung gewähren können.

Auch in Zimbabwe ist deshalb die Kette südafrikanischer Sabotageaktionen und Mordanschläge inzwischen schon lang geworden. Drei südafrikanische Stoßtrupps, die nach Zimbabwe eingedrungen waren, haben die zimbabwischen Sicherheitskräfte seit Oktober 1982 abgefangen. Die Situation wird insofern noch kompliziert, als die ZAPU ihre Putschabsichten nicht nur mit eigenen Kräften bzw. alten sowjetischen Waffenlieferungen aus dem Unabhängigkeitskampf verfolgt und um weitere sowjetische Hilfe nachsucht, sondern auch Verbindungen zu Südafrika aufgenommen hat. Zur Zeit, als Dabwenga in seinem Brief an Andropow Mugabe eine „pro-westliche" Politik unterstellte, arrangierte Nkomo in seiner Eigenschaft als Innenminister zwei Geheimtreffen mit südafrikanischen Militärführern. Einem Bericht des ehemaligen rhodesischen Armeechefs Peter Walls zufolge, fragte dabei Nkomo bei den Südafrikanern nach, wie diese sich bei einem Staatsstreich in Zimbabwe verhalten würden. Im Kabinett zur Rede gestellt, verteidigte Nkomo die Geheimtreffen damit, daß er herausfinden woll-



te, ob Pretoria bereit wäre, Ausbildungshilfe für die zimbabwische Polizei zu gewähren (28). Auch dies war für die ZANU keine beruhigende „Rechtfertigung". Inzwischen mehren sich die Berichte, daß ehemalige ZIRPA-Soldaten nach Südafrika übergelaufen sind, um beim Aufbau einer „Matabele-Brigade" mitzuwirken und daß die Dissidenten in Zimbabwe über neuen Waffennachschub aus Südafrika verfügen. (29) Zwischen eingeschleusten Provokateuren aus Südafrika und ZIRPA-Dissidenten ist ohnehin schon länger schwer zu unterscheiden. Dies sollte eigentlich für die ZAPU-Führer Grund genug sein, ihre Putschabsichten aufzugeben und das Angebot Mugabes anzunehmen, einen nationalen Kompromiß in der Form einer Einheitspartei anzunehmen. Seit der Flucht Nkomos nach England und der tragischen Zuspitzung des Konflikts im Matabeleland sind hierüber nunmehr Verhandlungen zwischen ZANU und ZAPU aufgenommen worden.

Die Analyse der Beziehungen zwischen der UdSSR und Zimbabwe hat gezeigt, daß die UdSSR eher rückschrittliche Tendenzen und die Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung Zimbabwes gefördert hat. Die von der Sowjetunion der ZAPU zugeführte Militärstrategie lieferte den Nährboden für Putschismus und bahnte langfristig neue Abhängigkeiten von der Sowjetunion an. Inwieweit die Sowjetunion und ihr Bündnisspektrum selbst lenkend in die Politik der ZAPU eingegriffen und stellenweise vielleicht sogar Fraktionierungen in der ZAPU beeinflußt hat, kann mit dem vorliegenden Material nicht eindeutig belegt werden. Der Internventionsplan Kubas gegen die „interne Lösung" und die z. B. im Brief Dabengwas an den KGB gemachten Hinweise auf die Effizienz der Arbeit des KGB „in diesem Teil der Welt" legen den Schluß nahe, daß die UdSSR mehr als nur militärische und finanzielle ‚hardware' geliefert hat.

Die zimbabwischen Erfahrungen eröffnen auch eine neue Perspektive zur Beurteilung der Ereignisse in Angola 1975/76. Dort konnte die MPLA auf eine – zweifellos äußerst schwierige – Bündnispolitik gegenüber den anderen beiden Befreiungsbewegungen, UNITA und FNLA, „verzichten" und ab Juli 1975 den „2. Befreiungskrieg" ausrufen, als sie der militärischen Interventionshilfe seitens der Sowjetunion und Kubas sicher war. Diese fand auch statt. Die Schwierigkeiten, in denen sich die MPLA-Regierung und vor allem das angolanische Volk noch heute befinden, sind möglicherweise nicht minder, als sie gewesen wären, wenn die MPLA 1975 an einer Politik von „Einheit und Kampf" gegenüber den anderen Organisationen festgehalten hätte.

In Zimbabwe fand 1979 die kubanisch-sowjetische Intervention glücklicherweise nicht statt. Die ZAPU möchte seit der Unabhängigkeit nun doch noch nach dem angolanischen Vorbild einen „zweiten Befreiungskrieg" anfachen. Dies steht offen in und zwischen den Zeilen des Dabengwa-Briefs. Die ZANU ist aber nicht die UNITA, wie Mugabe feststellt, (30) und die Mugabe-Regierung ist zu umsichtig und deshalb zu stark – bei allen schwierigen und bei kurzsichtiger Betrachtungsweise nicht leicht zu verstehenden Kompromissen –, als daß die „Super-ZAPU" von Dabengwa und Co. mit Nkomo an der Spitze eine ernsthafte Chance besäße. Dies dürfte dem KGB und der sowjetischen Führung auch nicht entgangen sein. Die kürzliche Reise Mugabes nach Osteuropa zeigt, daß die sowjetische Führung versucht, sich auf dessen Seite zu schlagen.

Es sieht vielmehr eher so aus, als ob die vom sowjetischen Lager mit dem Gütezeichen einer „authentischen Befreiungsbewegung" versehene ZAPU den Weg der UNITA in die Fänge Südafrikas geht. Das sollte nicht nur zu denken geben.

Konrad Melchers



**Anmerkungen:**

1) vgl. K. Melchers, Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew, Berlin 1980, S. 157 ff. und Financial Times 19. 9. 1980 sowie 26. 11. 1980
2) vgl. Brigitte Schäfer, Die Politik der Sowjetunion und die nationale Befreiungsbewegung Zimbabwes, unveröffentlichte Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin, 1978 S. 62 ff. und Neue Zeit, Moskau, Nr. 40, 1964, Nr. 43, 1965 und Nr. 47, 1965 sowie Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 10, 1964.
3) vgl. z. B. Interview von Don Barnett und G. Nyandoro, damaliger Generalsektretär der ZAPU, am 16. 5. 1968, publiziert in LSA Information Centre, Oakland, 1970, S. 8
4) vgl. K. Melchers a. a. O. S. 69
5) Unsere Zeit (DKP), 25. 3. 1976
6) ebenda
7) zit. nach B. Schäfer a. a. O. S. 68
8) zit. nach ebenda S. 69
9) vgl. Richard Gibson, African Liberation Movements, London 1972, S. 167
10) Neue Zeit, Moskau Nr. 12 und Nr. 13, 1968
11) David Martin in Observer, 5. 3. 1978 und Africa Confidential, London, Bd. 19 (1968) Nr. 19, S. 3
12) in Moto, Harare, November 1982, „The „Zero Hour' Plan"
13) u.a. die sog. Nhari-Revolte in der ZANU 1974 (Thomas Nhari und seine Anhänger, die Kontakt zum rhodesischen Geheimdienst aufgenommen hatten, sollen u. a. kritisiert haben, daß die ZANLA keine russischen Waffen beschaffen würde. Vgl.: David Martin u. Phyllis Johnson: The Struggle for Zimbabwe, London, Boston 1981: 164, die Ermordung des Vorsitzenden der ZANU im Ausland Herbert Chitepo am 18. 3. 1975 und die folgende Inhaftierung der Mehrzahl des Auslandsvorstands der ZANU (Dare), die Absetzung von Ndabiningi Sithole als Präsident der ZANU und die Wahl Robert Mugabes als Nachfolger und schließlich die Widersprüche der ZIPA-Führer aus der ZANU zum Dare und der Mugabe-Führung sowie die Ermordung des Auslandsführers der ZAPU Jason Moyo 1977, vgl. hierzu ausführlich D. Martin und P. Johnson a. a. O.
14) vgl. Africa Research Bulletin, 15. 8. 1976
15) zit. nach. The Guardian, London, 23. 10. 1978
16) eigenes Interview mit dem damaligen Europa-Vertreter der ZANU und heutigen Minister für Industrie- und Energieentwicklung, Simba Makoni
17) in Newsweek, 2. 10. 1978
18) vgl. D. Martin und P. Johnson a. a. O., S. 305 ff. Alle weiteren Angaben über den Internventionsplan stammen aus diesem Buch, sie wurden bisher nicht dementiert.
19) Colin Legum et al. (Hrs.) Africa Contemporary Record 1979/80, London 1980, S. A 28
20) zit. Eric Singh, Dar es Salaam, in: Die Wahrheit (SEW), 25. 1. 1980
21) zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. 2. 1981
22) zit. nach Africa Contemporary Record 1980/81, S. A 139
23) ebenda S. B 936
24) zit. nach The Herald, Harare 8. 2. 1983
25) ebenda
26) Interview mit N. Shamuyarira am 15. 3. 1983
27) Interview mit N. Shamuyarira ebd.
28) vgl. Africa Contemporary Record 1980/81 S. B 918
29) vgl. u. a. The Herald, Harare, 3. 11. 1982, 23. 10. 82, 21. 10. 82, 9. 1. 83, 24. 1. 83 und 14. 2. 83.
30) in Moto, Harare, November 1982 (vgl. Fußnote 16)

## Literatur zum Thema


Asow, Viktor: Der Handel - ein Faktor des Friedens und der guten Beziehungen. Moskau 1982 (APN-Verlag)

Brutenz, Karen: Die befreiten Länder in der Welt von heute. Berlin (0) 1982, Dietz-Verlag

Chandra, N.K.: UdSSR and Third World: Unequal distribution of Gains, in: Economic and Political Weekly, Vol. XII, Nos. 6,7,8, Annual Number 1977, S. 349-376

Clarkson, Stephan: The Soviet Theory of Development: India and the Tird World in Marxist-Leninist Scholarship. Toronto 1978

Damus, Renate: Die Ökonomie der Sowjetunion und die Dritte Welt. in: Links, 138/9, Oktober 1981

Damus, Renate: Die polnische Wirtschafts- und Gesellschaftskrise: Folge des Ost-West-Handel, Sowjetischer Raubhandel oder verfehlter wirtschaftlicher Entwicklungsstrategie? in: PROKLA 12 (1982)3, S. 19-66

Donaldson, Robert H. (Hrsg.): The Soviet Union and the third world: success and failures. Boulder/Colo., London 1981

Duncan, W.R.: Soviet Policy in the third world. New York, Oxford u. a. 1980

Frank, Andre G.: Long live trans-ideological enterprise. Socialist economies in capitalist international division of labour. in: Economic and Political Weekly, Vol. 12, no. 6-8, Annual Number 1977

Halliday, Fred: Moscow and the third world: the evolution of Soviet Policy. in: Race & Class, XXIV,2(1982), Autumn, S. 137-149

Halliday, Fred: Threat from the east. Soviet policy from Afghanistan and Iran to the Horn of Africa. Middlesex 1982 (Penguin)

Hubel. H./Kupper, S.: Sowjetunion und Dritte Welt. Politische Beziehungen und Interessen. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1981

Iskenderow, A.: Die nationale Befreiungsbewegung. Frankfurt/M. 1972

Jahn, E. (Hrsg.): Sozioökonomische Bedingungen der sowjetischen Außenpolitik. Frankfurt 1975

Kanet, Roger E. (Hrsg.): The Soviet Union and the Developing Nations. Baltimore/London 1974

Kelley, Donald R. (Hrsg.): Soviet Politics in the Brezhnev Era. New York 1980

Leggewie, Claus: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg-Alternative, Bluff oder Herrschaftsideologie? in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.); Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1. Hamburg 1982 (Neuauflage), S. 395-413

Lopatov, Vladimir: UdSSR-Africa. Trust, Understanding, Cooperation. The Soviet Viewpoint. Moscow 1982 (Novosti)

Lüders, Carl H.: Ideologie und Machtdenken in der Außenpolitik der Sowjetunion. in: aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/81

Melchers, Konrad: Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew. Berlin 1980 (Oberbaumskript)

Menon, Rajan: The Soviet Union, the armstrade and the Third World. in: Soviet Studies, vol. XXXIV, No. 3, July, S. 377-396

Schmiederer, Ursula: Die Außenpolitik der Sowjetunion. Stuttgart 1980

Schmiederer, Ursula: Imperial oder Imperialistisch? Zur Außenpolitik der Sowjetunion. in: Links 138/9, Okt. 1981

Schmiederer, Ursula: Die 'ewigen' Ziele Russlands. Hintergründe der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik. in: Weltpolitik. Jahrbuch für internationale Beziehungen. Frankfurt/New York 1981 (Campus) S. 46-62

Senghaas, Dieter: Sozzialismus - Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung. in: Leviathan 8 (1980)1, S. 10-40

Staruschenko, G.B.: Die sozialistische Orientierung in Entwicklungsländern. Frankfurt/M. 1980 (Verlag Marxistische Blätter)

Szymanski, Albert: Is the red Flag Flying. The Political Economy of the Soviet Union. London 1979 (ZED)

Tibi, Bassam: Zur Kritik der sowjetmarxistischen Entwicklungstheorie. in: Tibi, B./Brandes, V. (Hrsg.); Handbuch 2. Unterentwicklung. Frankfurt/Köln 1975, S. 64-86

Tjulpanow, S.I.: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Frankfurt 1972

Weinstein, Warren/Henriksen, Thomas H. (Hrsg.): Soviet and Chinese aid to African nations. New York 1980

Wohlmuth, K.: Sozialistische Länder und Dritte Welt. in: Tibi, B./ Brandes V. (Hrsg.); a.a.O., S. 271-300

Yodfat, Aryeh Y.: The Soviet Union and the Arabian Peninsula. London/Canberra/New York 1983




# NACHRUF

# Aus Trauer muß Kraft werden

*Sie glaubten, sie könnten dich morden mit dem Befehl „Feuer'!"*
*Sie glaubten, sie könnten dich unter die Erde bringen, aber sie legten nur in die Erde die Saat.* *Ernesto Cardenal*

Albrecht Pflaum, den seine Freunde Tonio nannten, ging im Juni 1980 nach Nicaragua, um dort als Arzt zu arbeiten. Seine Frau Marilyn begleitete ihn. Er kam an eine kleine Klinik in Wiwili nahe der Grenze von Honduras. Marilyn arbeitete in dem 100 km entfernten Jinotega, und Tonio besuchte sie und ihren 9 Monate alten Sohn Daniel fast jedes Wochenende, wenn er meinte, seine Klinik für ein oder zwei Tage verlassen zu können. Auch am 30. April wollte er zu seiner Familie. Am Abend dieses Tages erhielt Marilyn die Nachricht, daß Tonio tot ist, ermordet wurde. Eine Bande der rechtsextremen FDN, Anhänger der gestürzten Somozadiktatur, hatten einen mit Coca Cola Kisten beladenen Lastwagen aufgehalten, den Fahrer erschossen, den Laster als Straßensperre benützt. Der Jeep, in dem Tonio und 13 Nicaraguaner fuhren – 2 Krankenschwestern und Techniker der sandinistischen Regierung – mußte anhalten. Die bewaffnete Bande zerrte alle aus dem Jeep und ermordete sie. Der exakte Hergang wird nie ganz aufgeklärt werden können, denn die Zeugen sind tot, aber in Managua wird angenommen, daß die Horde aus 200 Mann bestanden haben muß.
Die Mörder waren Söldner der antisandinistischen Kontrarevolution, „Contra", die immer wieder von Honduras aus in Nicaragua eindringen. Sie werden von der Reagan Administration in Trainingscamps in Honduras ausgebildet, ausgerüstet und finanziert. Dieser Massenmord ist im heutigen Nicaragua kein Einzelfall. Seit 1980 sind nach Angaben der Revolutionsregierung 362 Sandinisten zu Tode gekommen. Hinzu kommen 49 Entführungen, 19 Verschwundene und 62 Verletzte im Grenzgebiet zu Honduras. Nach der Rede des Präsidenten Reagan zu seiner Mittelamerikapolitik hatten die Contras zusammen mit honduranischen Truppen für Anfang Mai eine Offensive angekündigt. Die 13 Nicaraguaner und Tonio waren die ersten Opfer dieser Offensive.
Tonio hatte in Freiburg studiert und bei verschiedenen politischen Organisationen mitgearbeitet, wie z.B. bei der Basisgruppe Medizin, bei der Lateinamerikagruppe und später bei der Anti-AKW-Bewegung. Er war kein Freund von endlosen und oft fruchtlosen politischen Diskussionen. Sein Engagement war nie theoretischer Art, das entsprach seinem Charakter nicht. Er wollte etwas Konkretes tun, und so entstand sein Entschluß, als Arzt nach Nicaragua zu gehen.
An ein Risiko für sich selbst dachte er nicht. Und als er vor zwei Monaten von einem Vertreter des DED gefragt wurde, ob er nicht in eine weniger gefährdete Zone versetzt werden wolle, antwortete er nur, daß er seine Patienten nicht im Stich lassen kann.
Damals, kurz vor seiner Abreise nach Nicaragua, kamen bei Tonio Bedenken auf, wie er es wohl schaffen werde, mit seiner Medizinerausbildung in der „zivilisierten" Welt, die sich bei Diagnose und Heilung im Wesentlichen auf technische Geräte stützt, kranken Menschen in Nicaragua, wo Apparate und Medikamente nur sehr spärlich vorhanden sind, helfen zu können. Aber er hat es geschafft. Seine kleine Klinik in Wiwili, die bei seiner Ankunft 20 Betten besaß, ist inzwischen aus den Nähten geplatzt, eine Krankenstation auf der anderen Seite des Flusses mußte eingerichtet werden. Auch dort arbeitete Tonio fast täglich. Die Patienten kamen oft aus 300 km Entfernung – eine beschwerliche mehrtägige Reise – nach Wiwili. Sie nannten ihn „Doctor Tonio" oder liebevoll „Doctor Tonito".
Als Tonio Ende 1982 auf einer Urlaubsreise in die Bundesrepublik kam, hat er die Zeit genützt, um für medizinische Geräte und Medikamente für seine Klinik zu sammeln.
Ein sandinistischer Staatsminister hat eine Bilanz von Tonios Tätigkeit bis Mai 1982 gezogen: 24.783 Patienten, 209 Entbindungen, 1.140 stationäre Patienten, 79 Vollnarkosen und unzählige ambulante Patienten.
Bei der Trauerfreier in Steinen sprach unter anderen der Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes. Er las auch eine Passage aus Tonios Bewerbungsschreiben vor, in dem er geschrieben hatte:

*„Ich habe den Wunsch, jetzt praktisch bei der Unterstützung eines gesellshaftlich-politischen Prozesses, der gerechte gesellschaftliche Verhältnisse zum Ziel hat, und damit die Grundbedingung für Entwicklung überhaupt bietet, mitzuwirken. Ich wünsche mir eine Mitarbeit im medizinischen Sektor, z.B. eines Basisgesundheitsdienstes, der an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert ist, wo die Betroffenen die Arbeit weiterentwickeln und somit ausländische Hilfe überflüssig werden lassen, das heißt, wo keine zusätzliche Abhängigkeit vom Ausland entsteht."*



Auf einem der zahlreichen Transparente zu Marilyns Empfang im Frankfurter Flughafen stand zu lesen „aus Trauer muß Kraft werden". Viele waren gekommen, um ihre Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk und ihre Trauer um Tonios Tod zu demonstrieren. Später fand eine Pressekonferenz statt, an der auch der Botschafter von Nicaragua und ein stellvertretender nicaraguanischer Staatsminister des FIR, der Marilyn auf dem Flug begleitet hatte, teilnahmen. Bei dieser Pressekonferenz, bei der es immerhin um die Ermordung eines deutschen Arztes durch bewaffnete Gegner einer ausländischen Regierung ging, war kein Vertreter der Bundesregierung auszumachen, dahingegen ein unverhältnismäßig großes Aufgebot an Polizeibeamten dort, wo sich die Menschen mit ihren Transparenten schweigend aufgestellt hatten.
Aus Trauer muß Kraft werden. Diese Kraft muß sich ausdrücken in der Forderung an die Bundesregierung, die Unterstützung für Nicaragua nicht nur fortzusetzen sondern zu erweitern und sich von der Kriegspolitik der USA in Mittelamerika zu distanzieren.
Die Reagan Regierung gibt in aller Öffentlichkeit zu, daß sie die Contra finanziert. Sie unterstützt die CIA mit 30 Mill. US Dollar, unterhält US-Ausbilder in den Trainingscamps in Honduras, bereitet honduranische und argentinische Militärs für Terroraktionen in Nicaragua vor. Die Somozagetreuen, die nach Honduras geflüchtet waren, kennen ihr mörderisches Geschäft. Auch sie erhalten ihren Sold von den USA.
Wir zweifeln nicht daran, daß der Mord an Tonio kein Zufall war, sondern gezielt begangen wurde, um die Bundesregierung zu veranlassen, die Entwicklungshelfer aus Nicaragua abzuziehen und finanzielle und technische Hilfe überhaupt zu streichen. Vielerorts wird behauptet, in Nicaragua fände ein Bürgerkrieg statt. Diese Behauptung muß energisch zurückgewiesen werden. Es ist eine Aggression von außen, ein Terror gegen den sich Nicaragua verteidigt, verteidigen muß.
Wir sind sicher, daß die Nicaragua-Komitees und die Lateinamerikagruppen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um sich für Nicaragua und seinen Kampf um eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.
AUS TRAUER MUSS KRAFT WERDEN.

Helga Goldberg

**Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika**

Herr Präsident,
am 30. April 1983 wurde der Arzt und Entwicklungshelfer Tonio Pflaum zusammen mit 13 Nicaraguensern auf dem Weg von Wiwili nach Jinotega erschossen. Die Täter, Terrorbanden des gestürzten Diktators' Somoza, setzten damit ihre Serie von hinterhältigen Morden fort, mit der sie Angst und Schrecken verbreiten wollen.
Wir, die Eltern, die Ehefrau und die Geschwister, sind tief erschüttert und bestürzt über dieses Verbrechen. Unser Schmerz und unsere unsagbare Trauer über diesen für uns unbegreiflichen Verlust werden uns aber nicht in Niedergeschlagenheit und Resignation verharren und schweigen lassen.
Zu lebendig und zu eindringlich sind für uns der bewundernswerte Mut und die feste Entschlossenheit, mit denen Albrecht T. Pflaum sich als Arzt und als Mensch für Nicaragua und insbesondere für die Bevölkerung der Region Wiwili engagierte. Zu lebendig sind auch die Erinnerungen an einen fröhlichen, lebensbejahenden Menschen mit warmer Ausstrahlung, dessen Politikverständnis stets etwas mit konkretem, verantwortungsbewußtem Handeln und praktizierter Menschlichkeit zu tun hatte.
Vor fast 3 Jahren ging Albrecht T. Pflaum im Auftrag des Deutschen Enwicklungsdienstes als Arzt nach Nicaragua, um am Aufbau des Gesundheitswesens mitzuarbeiten. Tagtäglich wurde er mit den verheerenden Folgen der 40-jährigen Somozadiktatur konfrontiert. Unter extrem schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen beteiligte er sich in Wiwili am Aufbau einer umfangreichen medizinischen Basisversorgung, durch die die dort lebenden Menschen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes mit einem Arzt, mit medizinischer Betreuung und Vorsorgemaßnahmen in Berührung kamen.
Herr Präsident, aus unserer persönlichen Trauer und aus unserem Schmerz erwächst aber auch gleichzeitig ein tiefes Mitgefühl für die Hinterbliebenen all der Opfer antisandinistischer Terrorakte, die die Destabilisierung Nicaraguas zum Ziele haben. Dieses Mitgefühl verpflichtet uns, Anklage zu erheben gegen die menschenverachtende Politik der US-Regierung, welche die somozistischen Banden moralisch, finanziell und militärisch unterstützt. Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahrhundert, daß eine US-Regierung in Nicaragua interveniert, um die unübersehbaren und lebensverbessernden Erfolge einer eigenen, selbstbestimmten Entwicklung zunichte zu machen.
Herr Präsident, woher nimmt Ihre Regierung die Legitimation für diese Politik, und wie können Sie selbst diese vor Gott und den Menschen verantworten?
Wir möchten an Sie, Herr Präsident, appellieren, die jahrzehntelange Politik der Einmischung in Mittelamerika aufzugeben und sie durch eine neue, den tatsächlichen Gesellschaftsproblemen in dieser Region aber umso aufgeschlosseneren Politik zu ersetzen.

Wir hoffen, daß die Arbeit und der für uns so furchtbare Tod von Albrecht Tonio Pflaum nicht umsonst waren, sondern aufrütteln und sensibilisieren für politische Prozesse und Schrecken und Terror beenden helfen, damit Nicaragua – sowie die gesamte Region – Recht und Möglichkeit erhalten, ihre Entwicklung selbst zu bestimmen.

*Maria Lilia Rigat-Pflaum*
*Emma und Karl Pflaum*
*Fides Pflaum-Wölfle*
*Monika Pflaum-Lumeau*
*Ulrich Pflaum*
*Christoph Pflaum*

Kopie an: Mr. Michael Barnes, Chairman of the Inter-American Subcommittee of the Commission of Foreign Affairs

# Treffen der Dritte-Welt-Zeitschriften

## Konzeptionslosigkeit angesichts vieler offener Fragen

**Am 28. und 29. Mai fand in Berlin ein Treffen von Dritte-Welt-Zeitschriften statt; vertreten waren: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), blätter des iz3w, Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK), Informationsdienst El Salvador (IDES), ila-info, Internationaler Kulturaustausch (IKA), Istmo, Lateinamerika-Nachrichten und Peripherie.**
**Wichtigster Tagesordnungspunkt waren die Diskussion über das geplante Projekt »1., 2., 3. Welt und Frieden« - der Versuch, ein zweites Mal eine gemeinsame Zeitschrift aller entwicklungspolitischen Zeitschriften für die Friedensbewegung anläßlich der Aktionen gegen die Raketenstationierung in diesem Herbst zu produzieren. Außerdem waren wir bei der TAZ eingeladen, um das Verhältnis der Dritte-Welt-Zeitschriften zur Tageszeitung zu klären und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu finden.**
**Wichtigste Ergebnisse: die gemeinsame Zeitung der Dritte-Welt-Zeitschriften in ihrer bisherigen Konzeption(slosigkeit) wird es nicht geben; die Zusammenarbeit mit der TAZ nimmt erste konkrete Formen an.**

Obwohl das vor Monaten geplante Projekt »1. 2. 3. Welt und Frieden« eigentlich schon abgeschlossen sein sollte (Redaktionsschluß 10. 6.; einige Artikel sowie ein Finanzierungsplan lagen bereits vor), wurde von den anwesenden Mitgliedern der einzelnen Zeitschriften noch einmal grundsätzlich über dieses gemeinsame Projekt diskutiert. Dabei wurde in Zweifel gezogen, ob es sinnvoll ist, eine Dritte-Welt-Zeitschrift für die Ökologie- und Friedensbewegung zu machen. Ist es nicht doch sinnvoller, wenn man in die bestehenden Publikationen dieser Bewegung geeignete Diskussionen hineinträgt. Es besteht die Gefahr, daß ein Extra-Heft, das für und nicht von dieser Bewegung gemacht wird auf ein publizistisches Prestige-Objekt ohne politische Wirkung hinausläuft. Dies vor allem dann, wenn kein Konzept vorhanden ist, das auf konkretes und aktuelles Interesse stößt und zu Fragen der Solidaritätsarbeit Stellung bezieht.
Trotz aller geäußerter Bedenken konnte doch eine Einigung darüber erzielt werden, daß es sinnvoll sei, eine Zeitung für die Friedensbewegung und für die Aktionen im Herbst zu machen. Eine ausführliche längere Diskussion entstand jedoch über die bereits vorliegenden Artikel für das 1. 2. 3. Welt-Heft. Kritisiert wurde vor allem, daß die Artikel nach dem Zufälligkeitsprinzip (reprints bereits erschienener Artikel) entstanden seien und eher einem Sammelsurium (kein erkennbarer roter Faden, zu wenig Themenschwerpunkte) als einem gut durchdachten Prinzip entsprechen.

Eine gemeinsame Zeitschrift sollte zu folgenden Fragen Stellung beziehen:
- die grundsätzlichen Probleme internationaler Solidaritätsarbeit; Fragen nach dem Demokratieverständnis der Befreiungsbewegungen (aufgeworfen durch den Tod der Kommandanten Ana Maria und Marcial, s. offener Brief); Befreiungsbewegungen an der Macht;
- die Auseinandersetzungen um den bewaffneten Widerstand überhaupt (Waffenspenden oder Terroranschläge der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC u.v.m.);
- was hat die Raketenstationierung hier mit der Dritten Welt zu tun;
- welche Verbindungen lassen sich zwischen dem Ost-West-Denken und dem Nord-Süd-Konflikt (Militarisierung der DRITTEN Welt, Militärregime, Kriege in der Dritten Welt) herstellen

Wie aus den Fragen hervorgeht, handelt es sich nicht nur um Fragen der Friedensbewegung an uns, sondern auch um unsere eigenen, um die sich die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung allzu oft selbst herumdrückt.
Aufgrund der Kritik an der bisher vorliegenden Fassung des Zeitschriften-Projektes, die die oben dargestellten Fragen und Probleme weitgehend ausläßt, entschieden sich die meisten anwesenden Mitglieder der einzelnen Redaktionen, sich nicht mehr an dem »Sammelsurium«-Projekt zu beteiligen. Daß diese - wie wir meinen konstruktive Kritik - so spät kommt verstehen wir auch als Selbstkritik, weil wir uns diese Fragen bisher nicht gestellt haben. Verständlich ist auch, wenn die Leute, die bisher viel Zeit und Energie in die Durchführung dieses Projektes investiert haben, sich allein gelassen fühlen und verärgert sind. Nur meinen wir, daß eine gute inhaltliche Öffentlichkeitsarbeit Vorrang vor Sachzwängen haben sollte.
Wollten die an »1. 2. 3. ...« redaktionell beteiligten Zeitschriften das Projekt alleine durchziehen, müßten sie deutlich machen, daß es **kein** gemeinsames Projekt der Dritte-Welt-Zeitschriften ist. Auf dem Treffen wurde vereinbart, die oben genannten Fragen in die Redaktionen hineinzutragen, um so bis Ende August zu einer neuen Konzeption zu gelangen. Das Produkt, das dabei herauskommt, soll aktueller, darf in Umfang und Aufmachung aber durchaus bescheidener sein.

Wie sich sicherlich noch viele erinnern können, hat die Palaver-Werbeaktion der TAZ im Herbst 82 für heftige Kritik und Aufruhr der anderen 3.-Welt-Zeitschriften und der 3.-Welt-Solidaritätsbewegung gesorgt. Während für das Projekt Palaver kräftig die Werbetrommel gerührt wurde, werden den seit Jahren gewachsenen 3.-Welt-Zeitschriften (deren finanzielle Polster außerdem äußerst dünn ist) kaum

Werbe- und Darstellungsmöglichkeiten ihrer Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit in der TAZ geboten. Um diese Verstimmung auszuräumen und um nach Möglichkeiten einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der TAZ zu suchen, waren die anwesenden 3.-Welt-Zeitschriften zur Diskussion in die TAZ-Redaktion/Berlin eingeladen.

Vorschläge an die TAZ-Redaktion, zukünftig monatlich eine Zeitschriftenschau zu veröffentlichen sowie die Publikationen der einzelnen Zeitschriften (kritisch) in der TAZ zu rezensieren, wurden positiv aufgenommen und sollen in die Tat(z) umgesetzt werden.
Die Zusammenarbeit zwischen den 3.-Welt-Zeitschriften und der TAZ soll aber vor allem inhaltliche Impulse erfahren. Angestrebt wird ein Austausch von Artikeln und Informationen sowohl zu länderspezifischen als auch länderübergreifenden Dritte-Welt bezogenen Themen. Denn keine der Redaktionen verfügt über so viele Leute mit Fachwissen oder gar über eigene Korrespondenten in Ländern der 3. Welt. Kein Wunder also, wenn auch die TAZ – eine häufig geäußerte Kritik – oft in eine »Konjunkturwelle« Berichterstattung oder in Schlagzeilenjournalismus verfällt, d. h. viele Länder, Probleme und Themenbereiche bleiben daher unberücksichtigt. Da Aktualität in der TAZ nicht einiges Kriterium für ihre Berichterstattung sein soll, sind alle 3.-Welt-Zeitschriften dazu aufgefordert, Hintergrundberichte und -informationen an die einzelnen zuständigen TAZ-Redakteure zu schicken.
Dies ist umso mehr erfreulich, weil die TAZ – als einzige linke bundesdeutsche Tageszeitung – besonders häufig dem Druck und der Kritik aus der 3.-Welt-Solidaritätsbewegung ausgesetzt ist (siehe Berichterstattung zu Nicaragua, El Salvador, Waffenkonto etc.).
Allen anwesenden Mitgliedern der einzelnen Redaktionen ist dabei wieder einmal klar geworden, wie schwierig, aber auch wie wichtig es ist, »unpopuläre« Informationen aufzugreifen und »heiße« Eisen innerhalb der Solidaritätsarbeit anzupacken. Ein gemeinsamer Schritt in die »richtige« Richtung sind sicherlich der offene Brief und das Telex nach Managua.
Wir alle müssen kritische Fragen wie beispielsweise zu den Ereignissen in El Salvador stellen, damit die Solidaritätsbewegung in der BRD ihre Glaubwürdigkeit behält und nicht wieder in Perspektivlosigkeit und Resignation verfällt (vietnamsyndrom). Tabuisierte und vernachlässigte Themen und Probleme innerhalb der Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit sind umso überwindbarer, wenn weder die TAZ noch die Solidaritätsbewegung als starres, sondern als veränderbares Gebilde begriffen wird. Die 3. Welt Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit ist auf eine Vielfalt von Informationen **und** Kritik angewiesen. Die 3.-Welt-Zeitschriften und die TAZ verstehen sich deshalb nicht nur als »Informationsbetriebe« mit »fertigen« Antworten, sondern hoffen auf konstruktive Kritik aller an einer Gegenöffentlichkeit Interessierten.

# Offener Brief

Am 6. April wurde die Comandante Ana Maria, Führungsmitglied der salvadorianischen FPL, auf grausame Weise ermordet aufgefunden. Niemand zweifelte zunächst daran, daß hinter diesem Verbrechen der CIA stehen würde.
Später wurde bekannt, daß Ana Maria von Rogelio Bazzaglia (»Commandante Marcelo«), ebenfalls Führungsmitglied der FPL, und vier Mittäter umgebracht worden war.
Nur wenige Tage später, am 12. April, wurde dann der Tod des »legendären« Führers der FPL, Cayetano Caprio (Commandante Marcial) gemeldet. Er soll aus Schmerz über diese Tat Selbstmord begangen haben. In einer Erklärung hat die FPL diese Vorgänge bestätigt. Als Ursache werden »verschiedene ideologische und politische Divergenzen« angegeben, der Mord an Ana Maria als Tat eines Einzelnen hingestellt, der sich durch Täuschung die Komplizenschaft seiner vier Genossen erheischte.
Die bisherigen Erklärungen der salvadorianischen Befreiungsbewegungen lassen viele Fragen offen, insbesondere nach dem plötzlichen Tod Cayetano Caprios und der inneren Verfassung der salvadorianischen Organisationen.
Viele Menschen in unserem Land konnten in den vergangenen Jahren davon überzeugt werden, daß zum Sturz unmenschlicher Regime und zum Kampf um eine gerechte und humane Gesellschaft Waffen nötig sein können. Genannt seien nur das überzeugende Auftreten Ernesto Cardenals vor dem Sturz Somozas und die taz-Kampagne »Waffen für El Salvador«.
Wir sind zutiefst verunsichert; an der Beantwortung dieser Fragen hängt unsere Glaubwürdigkeit als Solidaritätsbewegung. Mit einem offenen Brief an die salvadorianischen Organisationen haben die Dritte-Welt-Zeitschriften um Klärung gebeten und ihre Betroffenheit und Verunsicherung öffentlich gemacht.



Comandante „Marcial" am 9. 4. 83 während der Beerdigung von Ana Maria (mit dem nicaraguanischen Innenminister Thomás Borge)
*Foto: Cordelia Dilg*

**Offener Brief an**
**Informationsstelle El Salvador**
**Argencia de Prensa de Informacion alternativa (apia)**
**Die Organisationen der FMLN/FDR**

Wir als Mitglieder der Redaktionen der Dritte-Welt-Zeitschriften der BRD haben die Verpflichtung, über alle Fragen der nationalen Befreiungsbewegungen zu berichten, mit denen wir solidarisch sind. Wir sehen es als unsere vorrangige Aufgabe an, über den gerechten Kampf und die Erfolge dieser Bewegungen zu berichten und die Unterstützung dafür in der BRD zu fördern und zu verbreitern. Um die Solidaritätsarbeit effektiv und glaubwürdig zu erhalten, ist es notwendig, auf Probleme und Kritik einzugehen und zu ungeklärten Fragen Stellung zu beziehen.
Die Ermordung der Kommandante Ana Maria und der Tod des Kommandante Marcial haben die Solidaritätsbewegung tief betroffen. Die Umstände und Zusammenhänge dieser Ereignisse sind nach wie vor ungeklärt. Die Solidaritätsbewegung unterstützt den Kampf, der zu einer freien, demokratischen und gewaltlosen Ordnung in El Salvador nach dem Sieg führen soll; hier sind Fragen und Zweifel aufgetaucht, die nicht ausgeräumt werden konnten und die die Solidaritätsarbeit stellenweise lähmen.
Ähnliches gilt für den Fall des Ex-Kommandante Montenegro. Zunächst haben wir gegen seine gewaltsame Entführung auf Betreiben der salvadorianischen Organisationen protestiert; heute tritt er für die Gegenseite in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit auf. Gerade weil wir seinen Erklärungen keinen Glauben schenken, sind wir über seine Wandlung überrascht. Eine befriedigende Erklärung seiner Wandlung durch die FMLN steht bisher aus.

Die Eröffnung der Kampagne „Waffen für El Salvador" hat einen qualitativen Sprung in der Solidaritätsarbeit ermöglicht. Es ist möglich geworden, die sogenannte Gewaltfrage bei vielen Leuten positiv zu verändern, die bis dahin nicht begreifen wollten, daß ein Befreiungskampf nicht ohne Waffen geführt werden kann. Viele kirchliche und humanitäre Menschen haben unsere Argumentation akzeptiert. Wir können nun über die genannten Probleme nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir sind uns selbst zur Klärung verpflichtet. Darüber hinaus ist diese Klärung unverzichtbar, um die notwendige gemeinsame politische Grundlagemit der Friedensbewegung in der BRD zu schaffen, die eine Verbindung herstellt zwischen der Unterstützung des Befreiungskampfes in Mittelamerika und dem Widerstand gegen die Raketenstationierung durch die USA in Westeuropa.
Deswegen fordern wir Euch auf, uns durch eine bessere Informationspolitik bei der Klärung dieser Fragen zu unterstützen!

Mitglieder der beim Dritte-Welt-Zeitschriftentreffen am 28./29. Mai in Berlin versammelten Redaktionen: blätter des iz3w, Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK), Informationsdienst El Salvador (Ides), ila-info, Internationaler Kulturaustausch (IKA), Istmo, Lateinamerika Nachrichten, Peripherie




Beerdigung der Comandante Ana Maria *Foto: Cordelia Dilg*

# Zeitschriftenübersicht

Das ila-info in Bonn und die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN haben in ihren Mai-Ausgaben zu der Ermordung Ana Marias Stellung genommen.

*»Wurde Ana Maria von einem einzelnen Individuum getötet oder gehört »Marcelo« einer Fraktion an, die den Mord zu verantworten hätte? In welchem Zusammenhang mit ihrem Tod steht der Selbstmord von Cayetano Carpio? Wer übt die Macht in der FPL aus? Wir stellen diese Fragen nicht, um uns in die politische Angelegenheiten einer Partei in El Salvador einzumischen. Wir stellen sie auch nicht aus moralischer Empörung, obwohl wir in der Tat empört und völlig verunsichert sind, über die Art, wie Führer einer Befreiungsbewegung hier miteinander umgingen. Wir stellen diese Fragen aus grundsätzlichen politischen Erwägungen, um klären zu können, ob und wie wir eine solche Befreiungsbewegung weiterhin unterstützen können. (...) Wir haben Angst, daß »Marcelo« nicht ein bösartiger Einzelfall war, sondern, daß es noch mehr »Marcelos« in der FPL geben könnte. Was da geschehen ist, war Gewalt gegen eine Weggefährtin. Es war nicht Gewalt gegen die Herrschenden, es war also auch nicht die einzige Form von Gewalt, die im emanzipatorischen Sinne akzeptabel ist, wenn die Mehrheit eines Volkes diese zum Durchbruch und zum Schutz einer neuen Gesellschaft anwenden will.«* ila-info Nr. 66, Mai 1983

*»(...) im Moment wissen wir fast nichts zu sagen. Wir sind überhaupt nicht vorbereitet auf eine solche Situation. Das führt zu einer Art Lähmung, die überwunden werden muß. (...)*

*Es wird schwer sein, unter den gegebenen Umständen der breiten Unterstützung näher zu kommen, die unser Ziel sein muß.*
*Wir werden es ganz bestimmt nicht erreichen, wenn wir diejenigen mit einer Handbewegung abweisen, die erst einmal nicht mehr können, denen die Fragen hochkommen, die sie immer verschluckt haben, die genug haben vom vielen Vereinfachen, Verschweigen, Glätten. Wer glaubt, daß zu viel Dreck hochkommt, als wir schlucken können, wer meint, daß kritische Solidarität dem Verrat gleichkommt, wer diejenigen beschimpft, die echte Zweifel haben, wird alleine bleiben, sagen wir fast, denn ein Häuflein von Gerechten hat sich noch jedes Mal zusammengefunden.«*

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN, 115, Mai 1983

**AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 6/1983**
Nicaragua: Auf eine und mehr Invasionen eine Antwort: Frieden • El Salvador: Der tragische Tod der Comandantes Ana Maria und Marcial • Südafrika: Militarisierung – Bilanz der Guerilla • UNCTAD 6 • Mexico • Kultur: Nazim Hikmet, Symbol des Widerstands • Friedensbewegung • 48 Seiten, Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 25,– DM.
Bezug: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

**Brasilien Nachrichten, Nr. 78/1983**
Großprojekte in Brasilien: Das Delirium der Großprojekte – Der Staudamm von Itaparica – Wasserkraftwerke – Itaipu – Carajas und die Indianer – Siedler gegen Staudämme – Großprojekte garantieren keinen Sieg der Regierung – Alkoholprojekt – Balbina und die Indianer •
Einzelpreis 7,– DM, Bezug: Brasilien Nachrichten, Postfach 1110, D-4532 Mettingen

**EPK-Entwicklungspolitische Korrespondenz 2/1983**
„Die Schuldenfalle": Die Ursachen der Verschuldung der Entwicklungsländer • Die Auflagenpolitik des IWF • Die Umschuldungen • Fallbeispiele: Jamaika, Zaire, Ghana • Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Reform des Weltwährungssystems • Glossar währungs- und finanzpolitischer Begriffe •
Preis 4,– DM, Bezug: EPK, Pf 2846, 2000 Hamburg 19

**FORUM, Nr. 67/68/1983**
Offener Brief an Kiel • Stellungnahmen zum FORUM-Konflikt • KA-Protokoll • Frauenarbeit der UNO • Vorbereitungsmaterial zum BUKO 7: Zusammenfassendes Papier – AG1 „Agrobusiness" – AG5 „Innerimperialistische Konkurrenz" – Freire-Brief – AG7 „Alternative Entw.- und Außenpolitik" – Charakter und Aufgaben GRÜNER 3.-Welt-Politik – AG9 „IWF und Weltbank" • Nähkooperativen in Mosambik •
Einzelpreis 3,– DM, Jahresabo 36,– DM, Institutionen 50,– DM
Bezug: FEA-Verlag, Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

**ila-info Nr. 66, Juni 1983**
Schwerpunktthema: Nicaragua, Demontage einer Hoffnung • Berichte: El Salvador, die alte neue Krise der Herrschenden – Argentinische Außenpolitik – Für eine Handvoll Dollars ... IWF • Nachrichten: Bolivien, Costa Rica, Honduras • Bericht über das Bundestreffen der Nicaragua-Komitees • Stellungnahme zu den Ereignissen um Commandante Ana Maria • Brief aus einem uruguayischen Gefängnis • 7. BUKO • Notizen aus der Bewegung •
Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabo 25,– DM
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstraße 88, 5300 Bonn 1

**informationsdienst südliches afrika Nr. 4/5 1983**
Schwerpunktthema: Zimbabwe 3 Jahre Unabhängigkeit • Solidarität mit Zimbabwe • Der Konflikt im Matabele-Land • Dissidenten in der Mangel • Pretorias Politik gegenüber Zimbabwe • Gesundheit, Erziehung, Selbsthilfe, deutsche Lehrer, Frauen in Zimbabwe •
Einzelpreis 5,– DM, Jahresabo 40,– DM, Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (issa), Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

**Lateinamerika-Nachrichten Nr. 115 Mai 1983**
Argentinien: Toterklärung der Verschwundenen • Chile: Streik am 11. Mai – Rückblick o Kolumbien • Brasilien: Arbeitslose -- Amazonas • Costa Rica: Die Widersprüche spitzen sich zu • Peru: Sendero Luminoso • Rezensionen: „Krauts" erobern die Welt – Peripherie 10/11 – Rüstungsexport •
88 Seiten, Einzelpreis 3,50 DM, Jahresabo 40,– DM
Bezug: LAN, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

**Peripherie Nr. 10/11 1983**
Befreiungsbewegungen an der Macht? • Grenzen eigenständiger Entwicklung • Sozialwissenschaftler und nationale Befreiungsbewegung • Klassischer Sozialismus • „Sozialistische Entwicklungsländer" • Nordkorea: Geschichte und Besonderheiten • Wissenschaftliche Arbeitsorganisation in der vietnamesischen Landwirtschaft • Guinea-Bissau: Die Möglichkeit des Scheiterns • Indianer in Nicaragua • Palästina-Problem und Entstehung der PLO •
Einzelpreis 8,– DM, Doppelheft 16,– DM, Jahresabo 28,– DM
Peripherie c/o FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

# ISRAEL

# Eine Reise nach Israel

## Auf der Suche nach der Realität

**Freunde und Kollegen reagieren überrascht und mißtrauisch - was willst du jetzt in Israel? Oder fährst du in die Westbank? Nein, nach Israel. Nach einer Weile macht es mir sogar Spaß, mit dieser Mitteilung über mein Reiseziel Verwirrung zu stiften. Einige wissen, daß mich der Nahe Osten beschäftigt, ich in der Solidaritätsbewegung zu Palästina mich engagiert habe. Und jetzt fährt sie nach Israel. Noch dazu mit SPD'lern. Die spinnt ja. So ein Land boykottiert man doch; wenn man schon nicht auf seine Jaffa-Apfelsinen verzichten will, dann zumindest durch Nicht-Zur-Kenntnis-Nehmen, durch Nicht-Hinfahren. Das alte linke Dogma/Schema funktioniert noch gut. Entweder für die einen oder für die andern.**

Also, ich war einfach noch nie dort. Und ich wollte mir auch einmal das ansehen, was dort offiziellerseits den vielen deutschen Besuchern (Jugendgruppen, Sportvereinen, - Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern, Partnerstadtbewohnern und so weiter) gezeigt wird, schließlich treffe ich hier in Deutschland in der Diskussion über die Problematik Israel/Palästina häufig mit Menschen zusammen, die aus solchen Reisen ihre Hauptinformation und Meinung beziehen. Zum zweiten erschien es mir interessant, mit älteren Deutschen gerade dorthin zu verreisen, wo deren Vergangenheit nicht mehr verdrängbar, sondern lebendig wird.

So schlossen wir uns zu dritt einer von sozialdemokratischen Frauen organisierten Studienreise an. Die Frauen (auch ein paar Männer sind dabei), zum Teil erheblich älter als wir, sind sehr reiselustig - »letztes Jahr, da waren wir in Albanien, also das war ja schön da, aber wenn ich noch mal hinfahre, nehme ich so Kugelschreiber und dünne Damenstrümpfe mit, und, na und Heftpflaster - so was gibts da nicht, sind ja alle wahnsinnig arm da«.
In Israel waren sie schon, eine macht die Reise schon zum vierten Mal mit - »aber es gibt in Israel immer etwas Neues zu sehen und der israelische Reiseleiter ist ein Traum«. Auch nach Israel hat man etwas mitgebracht: Bohnenkaffee und Seife. Gibt es zwar, aber ist doch so teuer ...

**Verdrängung bei den deutschen Besuchern ...**

Diese Reise beginnt mit einem einwöchigen Seminar in einer Bildungsstätte in Haifa. Es geht thematisch um Faschismus in Deutschland und seine Folgen für alle Beteiligten.
Zum Beispiel steht auf dem Programm »Der Holocaust vom Blickpunkt der jüdischen Frau«. Referentin ist die Schriftstellerin Rut Bondi, geboren in Prag, gewesen in Theresienstadt, Auschwitz, in Bergen-Belsen 1945 befreit. Sie spricht ruhig, langsam, leise, erzählt gleichsam von sich als einer von Millionen Frauen, die versucht haben, auch unter den Bedingungen eines KZ ein menschenwürdiges Leben miteinander, nicht gegeneinander zu leben. Sie erzählt, wie wichtig es den Frauen gewesen sei, sich rein zu halten, wie sehr das dem Schmutz Widerstandleisten Leben, bloße Existenz bedeutete. Wie die alleinstehenden Frauen besser überleben konnten als die, denen ihre schon vergasten Kinder den letzten Funken Lebenswillen mit in die Öfen genommen hatten, »Eltern begräbt man eh, man tröstet sich, aber ohne Kinder können die Frauen nicht überleben.« 1.500.000 jüdische Kinder wurden umgebracht, viele Mütter entschieden sich an der Rampe für den Tod mit ihren Kindern.
Alle sind sehr betroffen, einige weinen. Nun die Frage: Wie konnte es dazu kommen? Jetzt geht alles blitzschnell. Die dämonische Ausstrahlung eines Adolf Hitler, dem sich niemand habe entziehen können, wird beschworen von einer Lehrerin und - wir trauen unseren Ohren nicht - niemand in Deutschland wußte von der Existenz von Konzentrationslagern, das haben wir ja alles erst später erfahren, na ja, man hätte ja genug eigene Sorgen, die kamen dann doch zuerst, ist doch klar, nicht, wir hatten doch auch nichts zu essen, mußten schauen, wo das Nötigste herkriegen - und schon beginnt ein Geschichtenerzählen eigener Nöte und wie tapfer man sich jeweils durchgeschlagen hat, vergessen sind die Juden, auch die, die mit uns im selben Raum sitzen. Aber es meldet sich schon dauernd ungeduldig ein alter Gewerkschafter und langjähriger Sozialdemokrat zu Wort: also, da konnten wir gar nichts gegen machen, das war schlechthin unmöglich, auch viel zu gefährlich, man wäre ja gleich selbst ins KZ gekommen, man mußte halt abwarten, bis alles vorbei war. Ja, die im Ausland - auf einen Einwurf, daß z.B. die holländischen Arbeiter in einen Generalstreik getreten sind, als sie ihre holländischen Juden ausliefern sollten, oder die Dänen, die sich selbst den Stern anhefteten, um Juden zu schützen vor der Deportation - für die war das ja alles viel einfacher, eigentlich war es gar nichts Besonderes, denn ihnen drohte ja nicht annähernd das, was Deutschen bei solchen Aktionen gedroht hätte. Und außerdem, es waren ja auch gar nicht viele Deutsche beteiligt an den Massentötungen, nein, nur wenige.
Ich halte es nicht mehr aus, wie schnell von einigen verdrückten Tränen zur Rechtfertigung ausgeholt und für ein nächstes Mal schon das gleiche Handeln sichtbar wird. Mario Offenbergs Film »Alptraum als Lebenslauf« über und mit einer Frau, die vier Jahre im Konzentrationslager Ravensbrück war, lief gerade bei den Berliner Filmfestspielen im Forum des Jungen Deutschen Films. Ich erzähle, wie die Frau von einem internationalen, antifaschistischen Marsch in den fünfziger Jahren berichtet. Sie ging mit einer ehemaligen Mitgefangenen zu Fuß den Weg noch einmal ab, den sie täglich vom KZ zu den Arbeitsbaracken zurücklegen mußten. Sie gingen täglich durch ein Dorf und in eben diesem Dorf trinken sie jetzt Limonade in einem Laden, dessen Besitzer, ein alter Mann, die beiden Frauen fragt, ob sie auch »dort« gewesen seien. Als sie bejahen, schüttelt er den Kopf - wie schrecklich und man hat gar nichts davon gewußt. Viele lange Jahre zogen zwei Mal täglich an seinem Laden menschliche Wracks in Sträflingskleidern vorbei, schleppten ihre Kranken und auch ihre Toten mit sich. Und er hat nichts gewußt.
Und es gab viele solche Dörfer in Deutschland. Wir fragen nach den vielen deutschen Bürokraten, die mit der säuberlich peniblen Endabfertigung der nicht mehr lebenden, aber in den Akten noch zu löschenden Bürger beschäftigt waren: vom Schließen der Bankkonten über das Streichen von Lebensmittel- und Kleiderkarten, von der ordnungsgemäßen Auflösung und Übergabe der Wohnung an

arische Mitbürger bis zur Sammlung, Katalogisierung und Wiederausgabe bzw. -verkauf von Bekleidung, Gebrauchsgegenständen, Schmuck, Zähnen, Haaren der Opfer. Im Museum der Ghettokämpfer in Lohame bei Akko ist ein Dokument, eine Liste einzusehen, auf der säuberlich getrennt vermerkt ist, wieviele der erfaßten Wecker oder Rasierapparate z. B. reparaturbedürftig und wieviele sofort gebrauchsfähig sind. In einer Extraspalte wird die geschätzte Summe der Gegenstände in Reichsmark aufaddiert.
Auch das brauchte Bürokraten.
Haben sie auch nichts gewußt?[1)]

Wir fragen auch direkt an, ob es denn noch mal so passieren könne - wenn mal wieder ein Demagoge vorbeikommt, dem man nicht widerstehen kann - vielleicht dieses Mal mit den Türken als Opfern. Schließlich hat die faschistische Repression in Nazideutschland sich auch stetig und über einen Zeitraum von fast zehn Jahren gesteigert bis der Beschluß zur Massenvernichtung auf der Wannsee-Konferenz am 20. 1. 1942 technisch »umgesetzt« wurde (am 30. 1. 1939 hatte Hitler die Vernichtung der jüdischen Rasse im Rahmen der Neuordnung Europas bereits offiziell angekündigt). - Ach, das kann man doch nun wirklich nicht vergleichen, die Juden haben doch genauso ausgesehen wie die Deutschen, die waren doch auch Deutsche, während die Ausländer ..., also nein, so einfach ist das nicht. -

**... Trauma bei den Überlebenden**

Der israelische Leiter der Bildungsstätte, ehemals führendes Mitglied des zionistischen Widerstands in der Tschechoslowakei und Österreich, kommt später auf uns drei zu, sagt, er sei sehr beeindruckt gewesen von unserer Widerrede, auch besonders, was den Vergleich mit den Ausländern angehe. Wir sind überrascht, das war doch das Mindeste, was man dazu sagen mußte? Oh nein, was glauben Sie, in manchen deutschen Gruppen geht die Rechtfertigung viel schneller und manifester. Er ist traurig, aber nicht böse darüber, er findet es wichtig, daß die Alten in Israel ihr Trauma abarbeiten, auch dazu gehört leider, zu sehen, wie armselig diese deutschen Menschen sind, die damals stumme Zuschauer, Mitwisser waren. Mein Gott, warum müssen wir gerade in dem Volk aufgewachsen sein.

Wir treffen in Haifa ständig auf sie, die Überlebenden: es ist Deutschland im Orient. Kleine alte Menschen, im grauen ordentlichen Regenmantel (es ist kalt in Haifa), Baskenkappe, abgewetzte Aktentasche oder das gestrickte Einkaufsnetz in der Hand, sitzen sie ordentlich und freundlich in der U-Bahn oder machen ihre Einkäufe z. B. - zwischen Möbel-Spitzer und der Weisfisch-Drogerie. Die meisten der dem Faschismus entkommenen deutschen Juden, die Jeckes, haben sich in den Städten an der Küste angesiedelt, in Haifa oder in Nahariya, sie lesen ihre deutsche Zeitung, die Israel-Nachrichten, sie treffen sich in landsmannschaftlichen Verbänden, sie fahren nach Deutschland, sie sprechen mit Deutschen - »ach bitte kommen Sie doch, mein Mann möchte sicher gerne mit Ihnen sprechen, er spricht so gerne Deutsch« sagt eine Frau auf englisch zu mir. Ich bin verwirrt, sage im Blick auf den kleinen alten Mann auf der nahen Parkbank »vielleicht will er aber gar nicht«. Aber er will, er fragt mich nach der deutschen Jugend, zitiert mir lächelnd und ohne zu stocken »unsern« Goethe, »unsern« Schiller. Die Deutschen sind nicht anders als andere Völker auch, sagt er, warum sollte ich Haß haben auf sie?
Es ist für uns kaum vorstellbar, dieses Keinen-Haß-Haben. Wie sind sie damit fertiggeworden?
Ein Referent sagt, »wie können Menschen nicht neurotisch sein, nach diesen traumatischen Erfahrungen im Faschismus? Die Gefahr der vollständigen Ausrottung besteht nach wie vor und wir werden noch eine ganze Weile damit leben. Aber es wird nie mehr passieren«, »sie (gemeint sind die Palästinenser) oder wir, es gibt nichts anderes« - diese und ähnliche Sätze wiederholen sich immer wieder, werden von nahezu allen älteren Diskussionspartnern in egal welchem Zusammenhang gebraucht. In ihren Köpfen haben die Palästinenser die Rolle der deutschen Faschisten übernehmen müssen, zu deren Nachkommen man heute wieder diplomatische und auch sogar freundschaftliche Beziehungen pflegen kann. Der Haß ist nicht verschwunden, nicht »abgearbeitet«, er ist auf ein anderes Objekt übergegangen.
Aber auch dieser Haß ist ein Produkt, ein sehr spätes, des deutschen Faschismus. Es zeigt für Israelis und Juden (und hoffentlich auch für viele von uns) nicht nur knapp verdeckten, wieder aufbrechenden deutschen Antisemitismus, wenn in Deutschland schnell gerufen wurde, die Juden, diese Schweine, machen ja dasselbe mit den Palästinensern wie die Nazis mit ihnen damals (bis zu dem für manche glücklichen Ergebnis: Beirut - nun sind wir ja quitt), es übergeht in verantwortungsloser Weise die Tatsache, daß gerade die Paranoia, die zu solch mörderischem Handeln befähigt und treibt, eine Krankheit ist, sozusagen eine Spätfolge des Holocausts. Diese Krankheit gehört einfach zu den Öfen dazu, ist nicht trennbar davon. Viele Menschen in Israel leiden daran, auch die Kinder der Überlebenden. Sie sind ja schließlich im Schatten gebrochener Eltern aufgewachsen, »in kaputten, reduzierten Familien, ohne Großeltern, Onkeln, Tanten« (ein Referent). So wie auch wir, die wir im Schatten der Täter großgeworden sind, nicht unberührt geblieben sind.
Dieses Faktum in Betracht ziehen oder dafür plädieren heißt nicht, kritiklos alles gutzuheißen, nur weil es Israelis tun, »weil es den Juden ja einmal so schlecht ergangen ist, nun laßt sie mal«, es heißt nicht mehr, aber auch nicht weniger als begreifen, daß auch das noch »deutscher Faschismus« bedeutet.



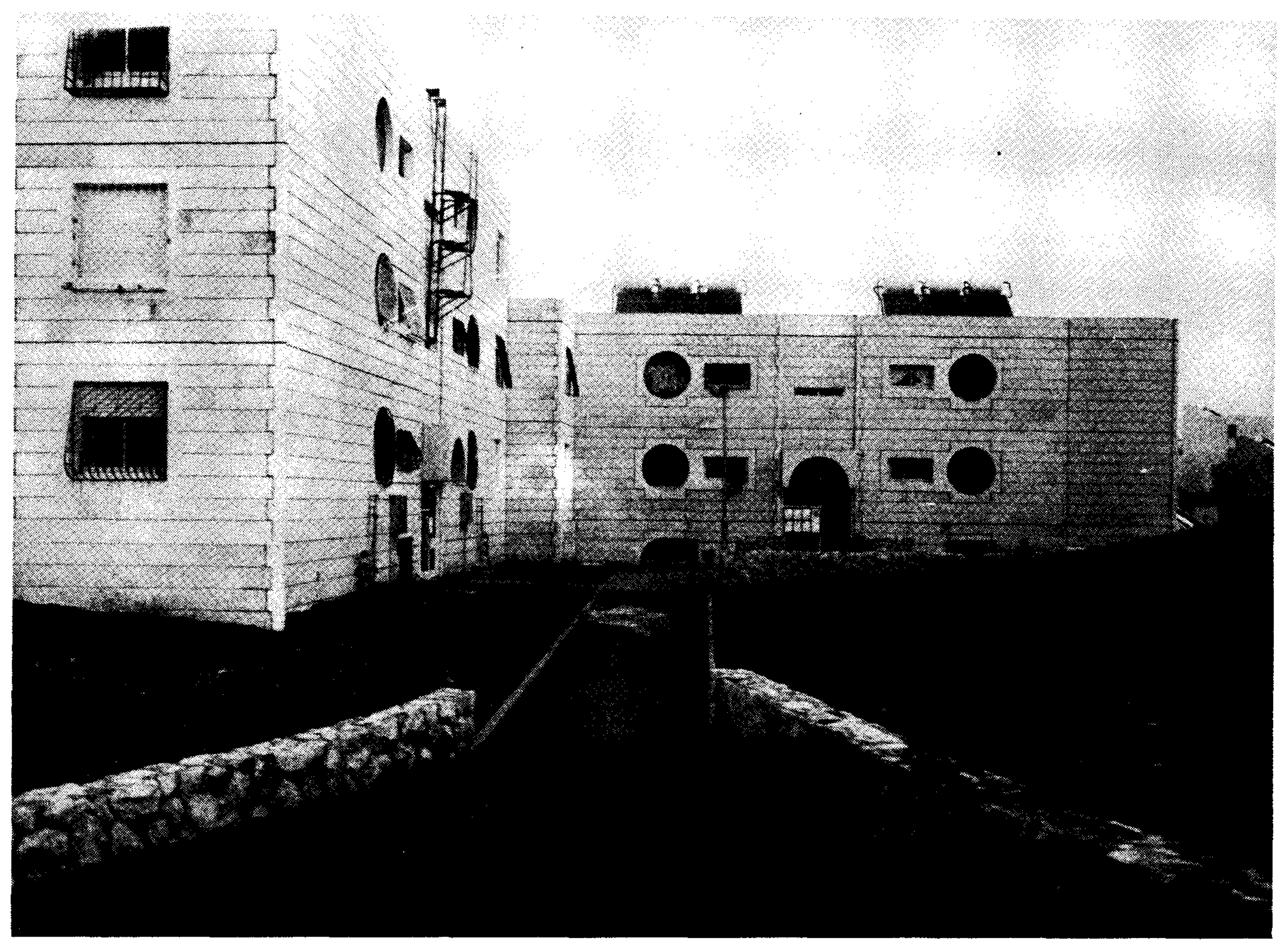
*Jerusalem - ein Jude und orthodoxe Juden*

**Die Frage der Palästinenser steht nicht auf dem offiziellen Seminarprogramm**

Warum interessiert Ihr Euch dauernd für die Palästinenser? Warum nicht für die Juden?
Wir drei, an die sich die Frage richtet, antworten, die Palästinenser müßten heute sicher nicht als Flüchtlinge außerhalb ihres Landes oder als Deklassierte in Israel leben, hätte es keinen deutschen Faschismus und deshalb auch keine Masseneinwanderung nach Palästina gegeben. In der Einschätzung und Beurteilung der jetzigen jüdischen Bürger des Staates Israel, die von manchen leichtfertig schlechthin als Zionisten, schon immer gewesene, abgestempelt werden, wird in Deutschland häufig die Tatsache übersehen, daß Palästina für viele der einzige Zufluchtsort war, weil andere europäische und außereuropäische Länder auch nach 1945 wenig Interesse an der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge hatten.
Die nationalsozialistische deutsche Vergangenheit findet sowohl in der Beurteilung der Israelis bzw. aller Juden als auch bei der Suche nach einem eigenen Standort keine Berücksichtigung. – Ein Freund sagte einmal treffend, wir haben lange Palästinasolidaritätsarbeit gemacht, als wenn wir in Australien oder auf dem Mars leben würden, nur nicht in Deutschland. Deshalb fühlen wir uns mitverantwortlich für das Schicksal der Opfer der Opfer. Ein weiterer Punkt ist, daß eben dies beschriebene paranoide Verhalten, diese absolute Ausgrenzung und zur Todfeinderklärung der Palästinenser auch direkt auf dem fußt, was der Faschismus seinen Opfern angetan hat.

**'Problemfelder der israelischen Gesellschaft'**

Der äußere Feind hält nur noch mit Mühe das Aufbrechen der innerisraelischen Widersprüche zurück, als Thema wird es uns unter »Problemfelder der israelischen Gesellschaft«, d. h. das Zusammenleben verschiedener Kulturen dargeboten. Sehr schnell kristallisiert sich hierbei heraus, daß es um den Widerspruch zwischen privilegierten, aus Europa kommenden, gebildeten Juden (den Aschkenasen, die die Schlüsselfunktionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft einnehmen) geht, und ihren armen orientalischen Verwandten (den Sepharden), die aus nordafrikanischen Ländern wie Marokko, Tunesien, Jemen nach Israel einwanderten und die mit 60 % die Bevölkerungsmehrheit bilden. Im Augenblick kommen pro Monat zwischen 1.000 und 1.500 jüdische Neueinwanderer nach Israel. »Die Einwanderung ist stark zurückgegangen, wir leben heute so von Wellen, z. B. der russischen, aber das ist so ein Problem – keine Ahnung vom jüdischen Leben, überhaupt nicht erzogen, nur gut in naturwissenschaftlichen Fächern, kaum einsetzbar«[2]. Und da viele Israelis wieder aus Israel auswandern und das demographische Damoklesschwert ständig abgewehrt werden muß, sprich: krampfhaft so etwas wie eine jüdische Mehrheit angestrebt wird gegen die geburtenstarke israelisch-arabische Bevölkerungsminderheit, muß man eben alles nehmen, was kommen will. Auch Leute aus Nordafrika, mit denen man sich eigentlich gar nicht mehr so recht verwandt fühlen möchte – »es kamen Eltern, die mit dem Daumen unterschrieben haben, dann kann man von den Kindern heute nicht viel erwarten, das ist nicht in einer Generation aufzuholen«. Heute gibt es etwa 400.000 Halbanalphabeten in Israel, während es kurz nach der Staatsgründung – vor der Einwanderung der orientalischen Juden – fast keine Analphabeten gab. Deshalb – wegen der Schwierigkeiten mit den Eltern, den Älteren – wird auch die Jugendaliya (Jugendeinwanderung)[3] heute besonders gefördert, denn: Jugendliche lassen sich anscheinend besser verpflanzen als Erwachsene, »ihre eigene nationale Kultur hat sich bei ihnen noch nicht so festgesetzt, sie sind leichter integrierbar, fühlen sich eher als Israelis« (Pädagogikprofessorin in Haifa). »Die Kinder dieser Einwanderer, der sozial benachteiligten Schichten bzw. Familien werden bei ihrer Ankunft einer Batterie von IQ-Tests unterworfen und dann, wenn gutes Potential, nach Ramat Hadassa oder Kiryat Yarin gebracht, um dort ein bis zwei Jahre eine besondere Förderung zu erhalten auf intellektuellem Gebiet« (Päd. Prof.).
So weit, so gut. Aber was wird mit den Familien, wie werden die Jugendlichen mit ihrer sozialen und familiären Entfremdung fertig? Auf welche nationalen Eigenheiten/Besonderheiten werden sie denn geschult, an was für eine Kultur sich anzupassen sollen sie denn lernen? Was ist denn das spezifisch Jüdische, was macht den jüdischen Staat jüdisch? Wir fragten einige Jugendliche, die Ramat Hadassa demnächst verlassen müssen, was dann mit ihnen passiert. Sie wirken hilflos, nein, zu ihren Eltern könnten sie nicht zurück, zum Alleinleben sind sie noch zu klein, vielleicht in ein Heim? ...
Das Stichwort bei all dem ist Intelligenz. Immer wieder taucht dieser Begriff auf. Der westliche Kulturdünkel kann im eigenen Land nicht zum Kulturimperialismus werden, wir erleben ihn in Israel in Form eines offenen, unverblümten Rassismus. Daß die Palästinenser bzw. die Araber, wie sie absichtlich von vielen Israelis genannt werden, in dieser Stufenleiter ganz unten, noch weit unter den Sepharden stehen, versteht sich beinahe von selbst. »Wir haben den Fehler gemacht, die orientalischen Juden in den fünfziger Jahren wohnmäßig zu ghettoisieren, sie erziehungsmäßig zu entwurzeln, wir sehen ein, daß das falsch gewesen ist, aber wer will denn mit ihnen zusammenleben, sie werfen ihren Müll aus den Fenstern« oder eine junge Frau, im Kibbuz aufgewachsen: »ich hasse sie, sie sind dumm, stinken und heute wählen sie Begin« oder »als wir ihnen ordentliche Wohnungen mit aller Hygiene bauten, machten sie ihre Gurken im Klo ein, na ja, ihr kennt das ja von euren Türken« (ein Vertreter einer Berliner Partnerstadt).
50.000 Jugendliche sind heute so entwurzelt, daß sie im Heim leben, 30.000 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren sind nicht »ausbildungsfähig«, gehen keiner Arbeit nach.
Wir können nicht feststellen, daß heute weniger entwurzelt, weniger ghettoisiert wird. Die Begründungen sind nur anders, differenzierter: was in den Städten nicht integrierbar (ertragbar?) erscheint, wird in gigantischen sogenannten Entwicklungsstädten à la Märkisches Viertel mitten in der Landschaft, in den letzten Jahren bevorzugt an strategisch wichtigen Punkten angesiedelt. Eine russische Stadt, eine marokkanische, eine jemenitische, »man nimmt das mit dem Erlernen der Sprache nicht mehr so streng wie früher, die Leute wollen und können das nicht, sie sollen weiter so leben wie bisher, in ihrer Sprache, in ihrer Gemeinschaft« (israelischer Reisebegleiter), aber: in einer zerschlagenen Struktur, im Ghetto der Hochhäuser, ohne Bezug zu den Menschen, zu denen sie eingewandert sind, mit dem Verlust ihrer eigenen Kultur, ohne Stolz.
Der säuberlich getrennte und trennende Vielvölkerstaat. Bitte keine Berührung. Aber das ist ja Rassismus? Nein, es hat mit Ausbildung, mit Bildung zu tun. »Es wird seine Zeit brauchen, bis wir ein annähernd gleiches Niveau geschaffen haben werden« (ich frage mich: ist Bildung allein schon identitätsstiftend in einem Staat?) oder »Sie müssen verstehen, Israel ist ein demokratisches Land, umgeben von Ländern, in denen heute größtenteils keine demokratischen Verhältnisse herrschen, wo die Menschen in Unfreiheit leben müssen. Wir liegen geographisch auf dem Schnittpunkt zwischen Europa und Afrika, zwischen Kultur und Unkultur«.
Angesehen ist nur der, der aus der »Kultur« kommt. Hier stellt sich die Frage, inwieweit die europäische Kultur und Intelligenz als Maßstab taugt, denn auch SS-Männer haben abends ihren Mozart gehört oder selbst virtuos Klavier



*Wohnhäuser einer Entwicklungsstadt in Nordgaliläa*

gespielt, nicht mit den Fingern gegessen und ein Weinglas nicht mit einem Bierglas verwechselt - nach ihrer bestialischen Arbeit.
Fragen, ob nicht auch die europäische Kultur von der orientalischen etwas lernen könne, ob nicht diese die nationale Idendität bilden könne (demographisch bildet die orientalisch-jüdische Bevölkerung ja die Mehrheit) oder warum nicht jede ethnische Gruppe ihre eigene Identität behalten und leben könne, werden mit verständnislosem Erstaunen beantwortet: wie können Sie als kultivierter Mensch nur so etwas fragen?

**Unversöhnliche Feindbilder**

Wir drei haben viele unkultivierte Fragen in dieser Seminarwoche gestellt und haben dabei für uns einige sehr erstaunliche Erfahrungen, auch verwirrende gemacht. Wir bauten z. B. unsere Berührungsängste ab, wobei uns unsere israelischen Gesprächspartner allerdings sehr entgegenkamen, z. B.: Sehen Sie, unser Krieg im Libanon, er war ungeheuer wichtig für uns. Unser Ziel war es, die Terroristen insgesamt auszumerzen; natürlich ist ein Krieg für die Zivilbevölkerung nie schön, aber das ist nun mal so. Aber sie hatte Glück, die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung, daß sie es mit der israelischen Armee zu tun hatte, denn da handelt es sich um eine der humansten der Welt. Unsere Jungs haben häufig genug mit ihrem eigenen Leben bezahlen müssen, wenn sie die Zivilbevölkerung schützen wollten. Heute wissen unsere Jungs, daß sie keinem Palästinenser trauen dürfen. Nie. Die benehmen sich wie die Tiere, morden, vergewaltigen ... Aber selbst diesen Terroristen gegenüber sind unsere Jungs human. Ich sehe, daß Sie über Beirut sprechen möchten, auch mich interessiert Ihre Meinung dazu. Kommen Sie doch heute abend zum Tee in mein Haus. Wir kommen. Mir schlottern die Knie, sicher wird es unerträglich, mit solchen Menschen rede ich in Deutschland keine fünf Sätze, wenn es geht, warum müssen wir das hier tun, statt uns einen ruhigen Abend zu machen? Na ja, wahrscheinlich wirft sie uns nach fünf Minuten eh raus, wenn wir es nicht selbst vorziehen zu gehen.
Es gibt Tee, Kekse und frische Erdbeeren. Es ist hart. Uns stockt mehrmals der Atem, sie ist in ihren Ausführungen über den »gerechten Krieg«, das »Reinigen eines Streifens« und das Recht auf Eretz Israel (ein geographisch nicht begrenztes Land Israel) für Juden, aber niemals für Palästinenser noch weitaus offener als am Vormittag, das benützte Vokabular ist kaum beschreibbar. Ob es ihr auch so geht, wenn wir reden? Es ist nicht feststellbar.
Überraschend und neu ist für uns, daß man sich gegenseitig ausreden läßt; das sind wir von Deutschland in vergleichbaren Situationen nicht gewohnt. Wir müssen uns aber dazu zwingen, uns immer wieder innerlich zu sagen, daß es ja unser Interesse ist, zu erfahren, wie »die Harten« in Israel denken. Ob sie wirklich so denken, wie wir befürchten.
Und sie denken wirklich so, aber es ist trotzdem anders als wir erwarteten und annahmen, auch hierzu gibt es Geschichte: sie zum Beispiel kam mit einem Kindertransport aus dem faschistischen Deutschland nach Palästina. Sie hat dann lange im Zelt gelebt, unter großen Entbehrungen einen Jugendkibbuz mitbegründet, in dem viele Kinder, die ohne Eltern überlebt hatten, Platz finden soll-

ten und auch fanden. In ihrem Leben sah sie immer Feinde um sich: nach den Nazis war es die britische Mandatsmacht, die die Einwanderung von Flüchtenden und Überlebenden nach Palästina nicht duldete. Gegen deren unmenschlichen Widerstand und Willkür setzte sie im täglichen Kampf die illegale Landung und Unterbringung von unzähligen Menschen mit durch.[4]
Diese sich durch die Einwanderung plötzlich und sprunghaft verstärkenden Neuansiedlungen auf ihrem Land erfuhren die arabischen Bauern als noch größere Bedrohung ihrer Existenz als in den Jahren und Jahrzehnten zuvor und sie wehrten sich vehement dagegen. Den oft ahnungslosen Neuankommenden wurde auch nicht offiziell vermittelt, daß sie nun auf arabischem Boden lebten. Für sie war diese Bedrohung nur ein weiterer Baustein in einem Leben, dessen Hauptmerkmale Verfolgungen waren.
Sie lebt auch heute mit und gegen Feinde, in Israel, um Israel und in der ganzen Welt.
Jedesmal wenn das Thema Bedrohung, Kampf oder Widerstand auch nur gestreift wird, klappt sozusagen das Visier vor dem ansonsten sehr freundlichen Gesicht herunter, wird nur noch zurück- oder besser präventiv geschlagen, gibt es keine Diskussion mehr. An dem Abend fällt uns dieser Gegensatz zum ersten Mal besonders auf (in späteren Gesprächen wiederholt sich der Eindruck). Bei allen anderen Themen ist nämlich eine große, auch persönliche Offenheit und Bereitschaft zur Auseinandersetzung zu spüren, gerade und besonders mit ganz Neuem, auch für sie Verwirrendem sie erzählt von ihren Erfahrungen bei einem Besuch, den sie als Gastreferentin über Jugendproblematik in Berlin im letzten Sommer machte. Sie selbst beschreibt ihr Erlebnis als Kulturschock - ihr Sich-Nicht-Zurechtfinden in der Berliner Szene, wo sie unvorbereitet auf ein für sie neues menschliches Beziehungswirrwarr, das Tommy-Weisbecker-Haus und die Hausbesetzerwelt trifft - sozusagen ein Sündenbabel findet, »mit ausgesprochen lieben Menschen, aber eigentlich schließt sich das ja aus«.
Wir erfahren sie in dem Zusammenhang als einen anderen, suchenden und unvoreingenommenen Menschen und das macht es dann sogar aus, daß die Verabschiedung herzlich ist.
Wieder draußen, stellen wir gemeinsam Verwirrung fest: Gefühle zwischen Überraschung, »da paßt kein Raster mehr«, Angst und Ekel, vor allem und schließlich aber Depression, da bei dieser Art zu denken an ein Leben zweier Völker, des jüdischen und des palästinensischen in Gleichberechtigung auf demselben Boden nicht zu denken sein wird. Sie ist übrigens, wie fast alle, mit denen wir sprachen, keine Parteigängerin von Menachem Begin, sondern Mitglied der Arbeiterpartei.

### »Man kann nur für Israel sein oder gegen«

Was unsere mitreisenden deutschen Sozialdemokraten angeht, mit ihnen sind so offene Aussprachen schon schwieriger zu haben; da gibt es die Palästinenser manchmal gar nicht - »Palästina hatte nie festgelegte Grenzen, es läßt sich gar nicht definieren, wer das eigentlich *gewesen* sein soll, die Palästinenser«. Der Blick ist selten auf die Gegenwart, nie auf die Zukunft, meist auf die zurückliegende Geschichte gerichtet. Nach den Hintergründen und Konsequenzen aus der Geschichte für die Palästinenser wird nicht gefragt, weil sie zu eng mit der eigenen, unverarbeiteten Geschichte zusammenhängen. Wenn es zufällig einmal nicht um die Bibel und die daraus ableitbare Anspruchslage auf das Land der Väter für die Israelis geht, dreht sich die Diskussion immer wieder um das an zwei Parteien zugleich gegebene Versprechen der Briten während des ersten Weltkriegs: für seinen Kriegseintritt an der Seite Großbritanniens gegen das Osmanische Reich wurde die Unabhängigkeit von Saudi-Arabien, Syrien, Libanon, Jordanien, Irak und auch Palästina König Hussein und seinem Sohn Feisal für ihre Pläne von einem Großarabischen Reich zugesagt; gleichzeitig Palästina aber mit Einverständnis der britischen Regierung den Juden als Heimstätte versprochen.[5]
An diesem Punkt endet leider für viele Deutsche schon die Geschichte. Bis dahin darf diskutiert werden, ab da nicht mehr. Man kann nur für Israel sein oder gegen. Entweder gibt man volle Solidarität - und die geht mindestens bis Beirut, wenn nicht noch weiter oder man wagt es, kritische Fragen zu stellen und das stellt die Solidarität dann grundsätzlich in Frage. So rechtet man lieber hin und her, wer damals (um 1917) weniger Recht hatte und deshalb auch heute hat oder nicht hat: im Fällen von Urteilen sind die Deutschen anscheinend schon immer und noch Meister, da kann man selbst hübsch draußen bleiben, macht sich nicht naß.
Ohnehin ist man hergekommen, um etwas wieder gut zu machen an den Juden. Ich frage mich, wird man irgendwann vielleicht auch an den Palästinensern versuchen, etwas wieder gut zu machen und auf wessen Kosten wird das dann sein?
Oder - kann dies Denken und Handeln von erklärten »Freunden Israels« eine Hilfe oder Unterstützung für Israel sein, wenn es doch dazu beiträgt, den Prozess der unerträglichen Selbstfesselung und Selbstzerstörung aufrecht zu erhalten bzw. zu beschleunigen, den die Leugnung, Zerstörung bzw. Auflösung und Verstreuung des palästinensischen Volkes (in der israelischen Gesellschaft) bewirkt, ganz abgesehen von den Konsequenzen für das palästinensische Volk? In der Frage »Israel/Palästina - wie soll/kann es weitergehen?« halten sich die meisten unserer älteren Mitreisenden (nicht alle) zurück und schweigen. Denken sie so eindimensional in »Schuldkategorien«, daß ihnen die Schuldscheuklappen die Sicht verdecken, haben sie Angst, bei möglicher Kritik gerade als Deutsche des Antisemitismus bezichtigt zu werden?
Ein Vertreter der Reinickendorfer Partnerstadt Kiryat Ata hat aber - was das betrifft - zumindest eines deutlich gemacht: »Wir haben auf Post gewartet in den langen Wochen und Monaten des Libanonkrieges. Auf irgendein Zeichen von Freunden, ja auch und gerade aus Deutschland, aber es kam nichts, keiner hat uns unterstützt - außer Österreich und Frankreich. Und wir hätten es so bitter nötig gehabt«. Er meint die Sozialdemokraten, aber vielleicht trifft es auch auf viele private Kontakte und Freundschaften zwischen Israel und der BRD zu, die - angeknackst vom israelischen Agressionskrieg gegen die PLO im Libanon und den von Israel mitzuverantwortenden Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila - einen scharfen, teilweise tödlichen Riß erhielten, weil keine Seite es wagte, offen Farbe zu bekennen, wobei ich es denen in Deutschland hart anlasten würde, denn »politische und moralische Verantwortung zu tragen heißt auch Stellung beziehen«.[6]
Sogar als wir unseren israelischen Gesprächspartnern die Frage nach einer Entzionisierung des Staates Israel stellten - worunter einige ja schon die Auflösung des ganzen Staates, zumindest seine Infragestellung verstehen, während ich darunter zuerst und nur die Auflösung der Exklusivität der vollen Staatsbürgerrechte und -pflichten für jüdische Israelis verstehe, also die Auflösung des rein jüdischen Charakters des Staates - als einer möglichen Perspektive für ein gemeinsames Leben beider Völker (oder Kollektive) in einem gemeinsamen Staat, hat uns von israelischer Seite niemand des Antisemitismus bezichtigt; im Gegensatz zu vielen Gesprächen mit Deutschen in Deutschland wurden unsere Fragen in Israel nicht nur zugelassen, sondern wir wurden aufgefordert, sie wieder und wieder zu stellen.

Fazit: wir haben der Realität ein bißchen mehr in die Augen gesehen, auch wenn es nicht leicht war und wir uns mit einem sehr unguten, traurigen Gefühl verabschieden.
Juliane Rolshoven-Pietsch

**Anmerkungen:**

1) Der in England lebende Historiker Walter Laqueur hat seine umfangreichen Recherchen u.a. darüber, wie viele Menschen in Deutschland z.B. von der Existenz von KZ's wußten oder auf die eine oder andere Art mit dem Massenmord Berührung hatten, in einem wichtigen Buch veröffentlicht, das all die Lügen straft, die nichts wissen zu können glaubten: »Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers Endlösung, Frankfurt 1982«.
2) Nach einer Psychoanalytikerin in Haifa. Von ihr sind auch die folgenden, wenn nicht anders gekennzeichneten Zitate.
3) Aliya = Aufstieg, wird aber heute in Israel als Begriff für Einwanderung allgemein benutzt.
4) Zahlen zur illegalen Einwanderung: 108.000 Menschen kamen auf 116 Schiffen, viele andere Schiffe wurden gezwungen, vor der Küste zu drehen, einige sanken – seeuntüchtig und überladen auf offenem Meer, in 3 Flugzeugen kamen 150 Menschen, auf dem Landweg 5.500, mit falschen Pässen gelang 8.500 Menschen die Flucht aus dem besetzten Europa nach Palästina. Die Zahlenangaben stammen aus dem Clandestine Immigration and Naval Museum in Haifa.
5) S. dazu den Artikel 'Zur Entstehung des Palästina-Konflikts' in 'blätter des iz3w Nr. 106, Dez. 1982.
6) So Micha Brumlik in dem Artikel 'Moral in Deutschland ...' in blätter des iz3w Nr. 107,

# Tagungshinweise

**„Hunger ist kein Schicksal – Hunger wird gemacht"** einführendes Seminar mit dem Film „Septemberweizen" 1. – 3. Juli in 5970 Bad Oeynhausen

* * *

**Studienreise nach Tansania**, ca. 10. Dezember – 10. Januar 1984, verpflichtende Vorbereitungswochen 24. – 26. Juni (Extertal) und 28. 10. – 1. 11. (Emlichheim)
Anmeldung für Tagung und Studienreise: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

* * *

**Frauenworkcamp „Wie müssen wir Frauen kämpfen?"** für in- und ausländische Frauen, 16. – 29. Juli 83, in 4925 Kalletal, Information und Anmeldung bei AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1

* * *

**Internationales Sommerlager „Salvador Allende"**, Kiel 22. – 31. 7. 1983, Information und Anmeldung: AK Chile-Solidarität, c/o D. Jordan, sandkrug 28, 2300 Kiel 14

**Training für Gewaltfreie Aktionen** (Training für Trainer), 15. – 24. Juli 83, Heimvolkshochschule Frille, Information und Anmeldung bei Otto Drese, Wernscheid 6 b, 5277 Marienheide

* * *

**Arbeitstreffen von Brasilien-Arbeitskreisen:** Informations- und Gedankenaustausch, Möglichkeiten der Zusammenarbeit, 25. / 26.6., Osnabrück, Information und Anmeldung bei Brasilien-Hilfe, Postfach 1110, 4532 Mettingen

* * *

**„Konfliktlösung"** Seminar zur Einübung gewaltfreier Methoden, 24. – 26. 6., BDKJ-Friedensdorf bei Schwäbisch-Gmünd, Information und Anmeldung bei Hans-Peter Hamm, Kolpingstr. 55, 7000 Stuttgart 50

* * *

**„Dritte Welt-Arbeit vor der wirtschaftlichen Macht"**, 24. – 26. Juni, Homburg/Saar, Information und Anmeldung bei: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn

* * *

**„Der organisierte Hunger"**, 15. – 22. Juli, in AGAPE/Italien
**„Die Palästina-Frage"**, 23. – 30. Juli, in AGAPE/Italien
Information und Anmeldung: Centro ecumenico di AGAPE, 10060 Prali, Italien

# Neuerscheinungen

H. Hinzen/W. Leumer: **„Adult Education and Development"** Deutscher Volkhochschulverband, Bonn 1983/143 Seiten

---

Koordination für Flüchtlinge in Zentralamerika (Hrsg.) **„Mittelamerika"** Bonn, Dez. 1982 /70 A-4-Seiten, zu beziehen über CIES, ILA, 3.-Welt-Läden 6,– DM

---

E. Avenarius (Hrsg.): **„T'OLBILHA"**, Verlag der Ev.-Luth. Mission Erlangen 1981/152 Seiten

---

Informationszentrum 3. Welt Hannover: **Indien" – ein Reisetagebuch** Postfach 224, 3152 Ilsede 1 / 214 Seiten

---

Jochen Blaschke (Hrsg.).: **„Perspektiven des Weltsystems"** Materialien zu Immanuel Wallersteins: 'Das moderne Weltsystem', Campus Verlag, Ffm. 1983/ 256 Seiten 29,50 DM

---

Dokumentation der **Anti-Apartheid-Bewegung (AAB)** in der BRD u. West-Berlin, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1: **„Die gesetzlichen Bestimmungen für den Rüstungsexport der BRD"**, Bonn, Febr. 1983 2,50 DM

---

David Werner: **„Donde no hay doctor"** Mexico. Editorial / Pax-Mexico 1975

---

Nikolaus Echardt: **„Die Regenbogenkämpfer"** Aktion Greenpeace, Signal-Verlag, Baden-Baden 1983 29,90 DM

**„Jahrbuch 3. Welt"** – Daten, Übersicht, Analysen C. H. Beck Verlag, München 1983/ 240 Seiten 19,80 DM

---

Asiatische Entwicklungsbank (Hrsg.): **„Fragen und Antworten"** Informationsbüro d. asiat. Entw.-bank, P.O. Box 789 /Manila 1982

---

Toni Stadler: **„Ziege frißt Hyäne"** Zytgbogge-Verlag 1982, Eigerweg 16, CH-3073 Gümlingen

---

DED-Dokumentation: **„Statusbericht 82"** Stand der Mitarbeit des DED in den Gastländern am 15.1.83

---

Jürgen Martini (Hrsg.): **„Gesellschaft und Kultur der Karibik"** Beiträge zur 1. interdisziplinären Karibik-Tagung an der Universität Bremen/ Bremen 1982. 229 Seiten 6,– DM
Vertrieb: Uni Bremen / Presse u. Informationsamt – Postfach 330440, 2800 Bremen 33

---

Loseblattsammlung Nr. 14 der Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung: **„Modernisierung des Elends"** – Drei Familiengeschichten stellen exemplarisch grundlegende Probleme Lateinamerikas dar. Freiburg 1983 / 46 Seiten 6,- DM
Bezug: pädex-Verlag-GmbH, Rotlindstr. 45 H, 6000 Ffm.

---

Schriftenreihe der GTZ Nr. 139: **„Bildung und Wissenschaft in der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern"** Eschborn, Dez. 1982

---

Far Eastern Economic Review: **Asia Yearbook 1983** Postadresse: GPO Box 160 / Hamburg




# Sehnsucht nach einer Heimat, die es nicht gibt

## Ausländer in der BRD

**Paul Geiersbach:**
**Bruder, muß zusammen Zwiebel und Wasser essen!**
**Eine türkische Familie in Deutschland.**
**Berlin – Bonn 1982 (Dietz Verlag) 280 S., DM 24,–**

Der Titel deutet es bereits an: genau so, wie sie deutsch spricht, kommt die erzählende türkische Familie zu Wort. Nur wo Verständigungsschwierigkeiten auftreten könnten, sind Worte und Silben eingefügt; ansonsten wurde die Sprache weder stilistisch noch grammatikalisch korrigiert. Dieser Sprachstil ist dem Leser vertraut und trägt wesentlich dazu bei, ihm die Familie Ylrulmaz näherzubringen, ihren Erlebnissen beizuwohnen. Er überwindet eine typische Schwierigkeit der Immigrantenliteratur, in der den deutsch sprechenden Ausländern ein so flüssiges deutsch in den Mund gelegt wird, daß die Sprache allzu schnell künstlich wirkt.
Doch nicht nur wegen der Sprache ist Geiersbach Reportage bemerkenswert. Indem alle Familienmitglieder zu Wort kommen, wird jedes Ereignis aus unterschiedlichen Sichtweisen beschrieben. Damit treten die einzelnen Personen mit ihren Widersprüchen plastischer hervor; sie sind uns nicht unentwegt sympathisch, sie sind nicht immer nur unschuldige Opfer, sondern sie erscheinen uns gelegentlich auch als spießig und ärgerlich. Gerade daß sie keine unangreifbaren Helden sind, sondern wie Nachbarn, wie du und ich, mit Fehlern besetzt, macht diese Menschen so liebenswürdig und glaubhaft.
Hervorzuheben ist auch, daß Geiersbach mit seiner Reportage nicht nur eine Erzählung, sondern zugleich eine zoziologischen Studie vorgelegt hat, die in den Berichten und Kommentaren eine Fülle von Informationen enthält, z.B. über Arbeitsbedingungen, über die Schwierigkeiten bei den Ämtern, mit den Nachbarn, über die Wohnsituation usw.. Sämtliche Probleme unserer Gesellschaft spiegeln sich auch in den Denkmustern und Konflikten der Familie Yorulmaz wider.
Ausgangspunkt der Handlung ist ein handfester Ehekrach. Frau Yorulmaz – die leider viel zu selten zu Wort kommt – mußtmaßt, daß ihr Mann fremdgeht, wofür es viele Anzeichen gibt. Herr Yorulmaz ist deprimiert, fühlt sich in Deutschland nicht mehr wohl und möchte in die Türkei zurück:

*„Paul, ich ganze Tag arbeiten, schwer Arbeit, viel stinken, viel schwitzen. Jetzt ich 15 Jahre Deutschland arbeiten, zwei Schicht arbeiten, Überstunde(n) machen. Ich immer meine Frau denken, meine Kinder denken. Ich sag: 'Du mein Frau. Ich dich lieben. Du und ich zusammen heiraten, 25 Jahre schon verheiratet fertig, zusammen sechs Kinder machen. Bitte, nicht wieder anfangen, schlecht reden! Ich will Ruhe sein!' – Ich sag; 'Bitte Frau, du mir helfen, zusammen Türkei gehen, du mitkommen, Kinder mitkommen. Türkei wieder alles Ordnung machen' ... (...)*
*Aber mein Frau will nicht zurück Türkei, haben Angst, Türkei viel Politik, jede Tag zehn Leute tot. Leben Türkei jetzt gefährlich...*
*Aber weiter Deutschland bleiben, mein Leben auch gefährlich.*
*Ehrlich, Paul, ich schon paar Mal denken, besser Auto sitzen, Baum fahren, Schluß, alles fertig!...*
*Oder ich Frau schlagen, Frau gehen Friedhof, ich gehen Gefängnis. So auch nicht gut, oder?" (S. 30/31)*

Im Verlauf der Handlung werden die Hintergründe aufgerollt, Herr Yorulmaz bedauert, daß er sein wohlhabendes und glückliches Leben in der Türkei aufgegeben hat. „Paul, hier Deutschland, ich bin (nur) Arbeiter, Türkei ich bin Kapitalist!" (S. 81) Die jüngere Generation, insbesondere die 21jährige Tochter Alda und ihr Freund Hoppa, steht zwischen den Kulturen, möchte „moderner, bißchen wie bei Deutschen" (S. 94) leben; die beiden verstricken sich mit ihren Haltungen zu Konsum und Liebe zunehmend in Schwierigkeiten.
„Bruder, muß zusammen Zwiebel und Wasser essen!" ist von der Sprache, von der Ausdruckskraft und vom informatorischen Gehalt her ein Buch, das nicht nur einige Eindrücke vermittelt, sondern einen umfassenden und überzeugenden Einblick in das Leben einer türkischen Einwandererfamilie zu geben vermag.

**Aysel Özakin:**
**Soll ich hier alt werden?**
**Erzählungen**
**Hamburg 1982 (Buntbuch Verlag) 96 S., Dm 12,80**

Aysel Özakin, die Autorin des Frauenromans „Die Preisvergabe", lebt seit Anfang 1981 in West-Berlin. Die Erzählungen spielen z.T. in der Türkei, z.T. in der BRD, doch alle beschreiben mit sehr viel Einfühlsamkeit und genauer Beobachtung, wie es im Leben von Benachteiligten immer wieder Lichtblicke gibt.
Die Autorin erzählt in kritischer Distanz, doch mit Wärme, von Landsleuten, die sie in Deutschland kennenlernt – Kinder, Kleinbürger, Arbeiter, Intellektuelle, Behinderte. In „Yusuf" sind es zwei Asylbewerber, Yusuf und Selim.

*„Selim fühlt sich wie eine dem Mutterboden entrissene Blume, die man in einer Vase zum Vertrocknen verurteilt hat. Seine Freunde werfen ihm seine Hoffnungslosigkeit vor. Viele wollen mit ihm darüber diskutieren, aber er zieht sich in die Schale seines Pessimismus zurück. Von seinen Freunden in der Türkei hört er nichts.*
*Aber er kennt Yusuf, und das gibt ihm eine leichte Wärme. Yusuf ist Ausgeglichenheit. Yusuf ist die Ruhe zwischen den früheren und den jetzigen Schwierigkeiten, zwischen dem wenigen Leben und dem wenigen Träumen. Wie kommt es nur, daß Yusuf an diesem Leben als Verbannter, wo alles so anders verläuft als gewohnt, nicht zerbricht?" (S. 58/59)*

Aysel Özakin möchte Mut machen: „Die Sehnsucht, ja, die darf man nie verlieren."

Eberhard Gohl

**Wird fortgesetzt!**

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg